

# zentralasien- analysen



[www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## DER POLITISCHE PROZESS IN USBEKISTAN DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER TÜRKEI UND DEN ZENTRALASIATISCHEN STAATEN DER KONFLIKT IN XINJIANG UND SEINE AUSWIRKUNGEN AUF ZENTRALASIEN DIE PRÄSIDENTENWAHLEN IN KIRGISTAN

■ ANALYSE	
Die Beharrlichkeit des Vergangenen und Aufruf zu neuem Denken	2
Von Farchod Tolipow, Taschkent	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Worldwide Governance Indicators	6
Corruption Perception Index	11
<hr/>	
■ ANALYSE	
Nicht frei von Konflikten –	
Die Entwicklung der türkisch-zentralasiatischen Beziehungen von 1992 bis heute	12
Von Fahri Türk, Edirne/Türkei	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Der türkische Außenhandel mit den zentralasiatischen Staaten	16
Zentralasiatische Stipendiaten in der Türkei	19
Schulen der Fethullah-Gülen-Bewegung im Jahr 2008	20
<hr/>	
■ DOKUMENTATION	
Vom schwelenden Konflikt zum zukünftigen Flächenbrand?	20
■ KARTE	
Chinesische Provinz Xinjiang – Bevölkerungsanteile	25
<hr/>	
■ DOKUMENTATION	
Wie der Alte zum Neuen wurde	26
Kirgistan vor den Wahlen – ein Stimmungsbild	28
Kommentare und offizielle Stellungnahmen zur Wahl	33
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 20. Juni bis zum 20. August 2009	38

*Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.*



**Analyse**

## Die Beharrlichkeit des Vergangenen und Aufruf zu neuem Denken Der politische Prozess in Usbekistan als Fortsetzung der sowjetischen Tradition

Von Farchod Tolipow, Taschkent

### Zusammenfassung

In Usbekistan wie in den anderen zentralasiatischen Staaten haben sich seit der Unabhängigkeit Denk- und Handlungsmuster erhalten und verfestigt, die ihre Wurzeln in der politischen Kultur der Sowjetzeit haben. Im Folgenden werden die daraus folgenden Defizite des politischen Systems in Usbekistan analysiert und aus usbekischer Sicht Lösungen für den Ausbruch aus tradierten Konfigurationen politischen Handelns vorgeschlagen.

Seit Usbekistan die Unabhängigkeit erlangt hat, sind inzwischen 18 Jahre vergangen, dennoch leidet das politische System des Landes noch immer unter einem »sowjetischen Syndrom«. Gleichzeitig lässt sich im politischen Prozess der Einfluss von prä- und postsowjetischzeitgenössischer politischer Kultur feststellen. Wie in allen anderen ehemaligen Sowjetrepubliken wurde auch in Usbekistan von Beginn an ein Kurs des demokratischen Aufbaus verkündet. Doch mit der Zeit machte die demokratische Euphorie der gesellschaftlichen Frustration und der Konservierung der autoritären Natur des politischen Systems Platz. Auf der einen Seite verkündet die Verfassung einen demokratischen Rechtsstaat und es wurden sogar formale rechtliche und institutionelle Elemente eines demokratischen Systems eingeführt. Auf der anderen Seite stehen diese formalen Aspekte im Gegensatz zur realen Qualität des politischen Systems und der gesellschaftlichen Verhältnisse. Deshalb klappt zwischen der Demokratie de jure und de facto eine große Lücke.

### Eigenheiten des Systems

Die usbekische »Demokratie« zeichnet sich durch einige Besonderheiten aus. Erstens bleibt in Usbekistan unter den Bedingungen eines unvollendeten Formierungsprozesses des Staatsvolkes als moderne Nation und der Zivilgesellschaft nicht nur die große Rolle des Staates bestehen, sondern dieser bekräftigt auch, dass er selbst die Demokratisierung initiiert und unterstützt. Zweitens bilden sich demokratische Normen nicht einfach in der Wechselbeziehung von Staat und Gesellschaft heraus, sondern werden durch den Modernisierungsprozess von außen herein getragen. Drittens zeichnet sich der politische Prozess im Land durch das Fehlen einer entwickelten politischen Opposition aus. Ganz offensichtlich geht die Entwicklung der Demokratie deshalb weniger aus einem politischen Kampf hervor, sondern vielmehr aus einer langsamen politischen Evolution einerseits und politischen Kampagnen sowjetischen Zuschnitts

andererseits. Viertens ist die Entwicklung der Demokratie als Teil eines weiter gefassten Erneuerungsprozesses direkt mit anderen Richtungen dieser Reformen verflochten (Übergang zur Marktwirtschaft, Schaffung moderner Staatlichkeit, nationale Wiedergeburt, internationale Beziehungen, Schaffung eines Systems nationaler Sicherheit, regionale Integration usw.) und in vielerlei Hinsicht von diesen abhängig. Fünftens sind das Tempo und der Zeitpunkt des demokratischen Aufbaus wichtige Faktoren.

Doch der wichtigste Faktor des politischen Prozesses ist das Unvermögen der Führung Usbekistans, wie im Übrigen auch vieler anderer post-sowjetischer Staaten, das sowjetische Erbe zu überwinden und einen anderen Weg als den der Reanimierung des Autoritarismus sowjetischen Typs einzuschlagen. Das Grundmerkmal dieses Typs des Autoritarismus ist eine übertriebene Ideologisierung, Ideologie und Propaganda durchdringen jegliches gesellschaftliche und politische Leben im Land.

Das Regime hat sich sogar die einzig mögliche Auslegung des Wesens von Demokratie und der Wege zu deren Schaffung angemaßt. Im Endergebnis hat sich nicht ein nationales Demokratiemodell etabliert, sondern eher ein Modell seiner Negation. Der politische Diskurs wird auf beispiellose Weise zur Huldigung der jetzigen Führung und des in den Jahren der Unabhängigkeit Erreichten degradiert, während aktuelle Fragen, die eine offene und lebendige Diskussion erfordern würden, kaum Beachtung finden.

Usbekistan steht heute vor einer ganzen Reihe praktischer Probleme und konzeptioneller Dilemmata des demokratischen Aufbaus. So steckt das Parteiensystem in einer Krise, Oppositionsparteien fehlen, mehr noch, durch die Ähnlichkeit der bestehenden Parteien in Zielsetzung, Programmatik und Formen politischer Aktivitäten wird nur die Imitation von tatsächlichem Parteienpluralismus geschaffen. Hier wie im Bereich der Medien werden keine von der herrschenden Meinung abweichenden

den Ansichten vertreten, was freie Meinungsäußerung oder gesellschaftliche Mitbestimmung behindert. Die Organe der lokalen Selbstverwaltung (Mahalla) sind nicht wirklich selbstständig und stehen praktisch völlig unter der Kontrolle des Staates. Es fehlt zudem ein Mechanismus zur Erforschung der öffentlichen Meinung, der die Berücksichtigung gesellschaftlicher Interessen in die politische Entscheidungsfindung ermöglichen würde und als Verbindung zwischen Gesellschaft und Staat dienen könnte. Stattdessen haben sich Überbleibsel von Klanwesen und lokalen Netzwerken erhalten, in denen selbst Präsident Karimow eine Gefahr für die nationale Sicherheit sieht, da sie die Konkurrenz zwischen den Regionen des Landes erhöhen und gleichzeitig die ohnehin schon omnipräsente Korruption noch verstärken. In diesem Zusammenhang ist auch die Einmischung des Staates in Marktmechanismen und Privatwirtschaft zu sehen, in denen Experten nach wie vor Elemente eines Rentenkapitalismus erkennen. Dies alles wird umschlossen von einer ideologischen Klammer, die das Missverhältnis von politischer Propaganda und der tatsächlichen gesellschaftlichen Lage nur überdeckt und somit ganz der sowjetische Tradition verschrieben bleibt.

Neben diesen praktischen Problemen wird das politische System von wesentlich fundamentaleren konzeptionellen Dilemmata beeinflusst. Einer dieser Widersprüche liegt in der Unvereinbarkeit des Säkularismus im sowjetischen Verständnis mit einem Anwachsen der Bedeutung religiöser Grundsätze im individuellen und gesellschaftlichen Leben, ein anderer in der stereotypen Behauptung, dass islamische und demokratische Prinzipien unvereinbar seien. Weitere Systemdilemmata sind vorwiegend mit unterschiedlichen Auffassungen von Staatsaufbau in Verbindung zu bringen. So wird nicht selten deshalb gegen eine demokratische Entwicklung Usbekistans argumentiert, weil in einer traditionellen Gesellschaft bzw. einem orientalischen oder asiatischen Staat statt liberaler vor allem paternalistische politische Traditionen dominieren würden, was ihn vor allem für eine autokratische Regierungsform qualifiziere, während andere meinen, dass die usbekische Gesellschaft reif für eine Modernisierung sei. Damit verbunden wird die Ansicht vertreten, dass die vollständige Demokratisierung und die Schaffung voller Freiheiten für die Bürger die nationale Sicherheit beeinträchtigen würden. Jedoch kann die Unterdrückung von Freiheit und Demokratie auch der Grund für Unzufriedenheit der Bevölkerung und damit eine Gefährdung der Stabilität sein. Daraus folgt ein Meinungsunterschied in Bezug auf das Tempo der Demokratisierung. Die eine Seite hält die Bevölkerung für noch nicht reif für eine rasche Demokratisie-

rung, will langsam in Etappen vorgehen, dem widersprechen andere, die im Gegenteil glauben, dass der notwendige Entwicklungszustand gegeben sei und ein langsames Vorgehen den Autoritarismus fördere und fehlende Reformen rechtfertige.

Ein weiteres Dilemma ist dadurch entstanden, dass usbekische Ideologen das Konzept der usbekischen Demokratie in Reaktion auf internationale Kritik und äußeren Druck entwickelt haben. Letztlich führte das zu einer Bedeutungsminderung oder Vernachlässigung der universellen demokratischen Prinzipien.

### Die internationale Dimension

Von der Wichtigkeit und sogar internationalen Bedeutung der demokratischen Entwicklung Usbekistans und Zentralasiens als Ganzem zeugt unter anderem eine Anhörung, die im Jahr 2008 im Politischen Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarats stattfand und die sich speziell dieser Region widmete. Europa bemüht sich, die Entwicklungsperspektiven der Länder der Region zu verstehen und zu bewerten. Diese standen nicht selten im Zentrum scharfer Kritik von Seiten des Westens (nicht des Ostens oder Nordens) wegen ihrer Unfähigkeit (lies: ihres »Unwillens«) demokratische Reformen durchzuführen und wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen. Beispiele hierfür gibt es viele.

Nach dem Bericht der Weltbank über die Qualität der Regierungsführung (Governance Matters 2007) nahmen Usbekistan und Turkmenistan neben der Demokratischen Republik Kongo, Irak, Myanmar und Somalia einen sehr niedrigen Platz im Rating zu Regierungseffizienz und Korruptionskontrolle ein. Und auch von Transparency International wurde Usbekistan 2008 wie Turkmenistan auf einer Skala von 10 (»no corruption«) bis 0 (»high degree of corruption«) mit 1,8 bewertet, Tadschikistan bekam eine 2,0 und Russland 2,1.

Außerordentlich symptomatisch und anschaulich war auch eine Konferenz der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) am 5. Mai 2003 in Taschkent. EBRD-Präsident Jean Lemierre unterstrich dort in seiner Rede, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen »die Zivilgesellschaft im Zentrum des Entwicklungsprozesses steht. Dies ist eine wichtige Errungenschaft [...] Das zukünftige Entwicklungsniveau der Zusammenarbeit der EBRD mit Usbekistan wird von der Erfüllung der von Taschkent übernommenen Verpflichtungen abhängen [...] Wir haben die Wahl zwischen einer Vorwärtsbewegung und Investitionen und der Einschränkung unserer Tätigkeit, wie wir es in anderen Ländern getan haben.« Die Bemerkungen Lemierres stehen in deutlichem Widerspruch

zu den tatsächlichen Beziehungen der EBRD zu Usbekistan: Nach Angaben von Vertretern der Bank wurden von den bis 2003 in Zentralasien investierten 2,4 Mrd. US-Dollar allein 2,1 Mrd. nach Kasachstan transferiert. Damals stellte die EBRD Usbekistan mehrere politische und ökonomische Bedingungen für eine Fortsetzung ihrer Tätigkeit im Land, die, insbesondere im politischen Bereich, bis heute nicht erfüllt sind.

Nach den Vorfällen von Andischan im Jahr 2005 verhängte die Europäische Union Sanktionen gegen Usbekistan. Im Mai 2005 hatten Anhänger der extremistischen Organisation »Akromija« in der Provinzstadt Andischan zur Freipressung von Gesinnungsgenossen aus der Haft Regierungsgebäude angegriffen und einen Menschenauflauf auf dem zentralen Platz der Stadt für ihre Zwecke genutzt. Die Armee eröffnete das Feuer auf sie und tötete Hunderte Menschen. Der Westen, die USA und die EU, drückten gegenüber der usbekischen Führung ihre Kritik an diesem Vorgehen aus und forderten eine internationale Untersuchung. Diese wurde von der usbekischen Führung abgelehnt und die EU verhängte Sanktionen, die erst im November 2008 aufgehoben wurden.

Wie wir sehen, ist der internationalen Gemeinschaft unsere demokratische Entwicklung wichtig. Darüber hinaus bin ich heute wie schon vor fast 20 Jahren, als die USA die Perestroika begrüßten und sich zu einer wirtschaftlichen Unterstützung der UdSSR entschlossen, davon überzeugt, dass die USA und andere führende demokratische Staaten der Welt an der Hilfestellung zu politischen und wirtschaftlichen Reformen in allen neu entstandenen Staaten interessiert sind.

### Alte Mittel für neue Lösungen

Wenn also der politische Prozess in Usbekistan eine Fortsetzung der sowjetischen Tradition darstellt, so kann man ihn in vielerlei Hinsicht ändern, wie sich ja auch die sowjetische Tradition selbst änderte. Mit anderen Worten braucht Usbekistan nun das, was das sowjetische Volk 1985 zum Aufwachen gebracht hat: Perestroika und neues Denken. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen, der wichtigste ist die Ähnlichkeit der sozioökonomischen Situation des heutigen Usbekistan mit der sowjetischen am Vorabend der Perestroika. Ihre grundlegenden Elemente sind folgende: das Ideologie-Monopol einer Partei, das Fehlen von Pluralismus und Kritik an Unzulänglichkeiten, das Fehlen einer Opposition, wirtschaftlicher Stillstand, die starke Betonung von Losungen und Kampagnen, Dogmatismus und Apologetik in den Geisteswissenschaften, die Schaffung eines äußeren Feindbildes usw.

Die sowjetische Führung hat damals den Mut und den Willen aufgebracht, die Krisensituation des Staates, das Vorhandensein eines bremsenden Mechanismus, einzugestehen und beispiellose Reformen zu beginnen. In seinem Buch »Umgestaltung und neues Denken für unser Land und die ganze Welt« schrieb Michail Gorbatschow 1988: »Die Anwendung von Arbeitsmethoden, die unter extremen Bedingungen entstanden waren, haben unter veränderten Bedingungen zum Stillstand des sozioökonomischen Wachstums geführt.« Diese These kann auch auf Usbekistan angewendet werden. Anders formuliert bekräftigt sie, dass die Anwendung von in der Sowjetzeit entstandenen Handlungsmethoden zum Zurückbleiben des Landes hinter dem weltweiten Globalisierungstempo und fortschrittlichen Standards demokratischer Entwicklung führt.

Die sowjetische Reformstrategie hatte zwei Dimensionen – eine innere, die Perestroika, und eine äußere, das neue Denken. Unsere Perestroika könnte eine ganze Reihe von Innovationen enthalten. Erstens ist es unerlässlich, Offenheit und Transparenz im politischen Prozess zu schaffen. Zweitens ist es an der Zeit, das Parteiensystem realistisch zu bewerten und sich an seine Reformierung zu machen. Drittens muss eine tief greifende Verwaltungsreform durchgeführt werden, die Klanwesen, lokale Netzwerke in der Politik und Korruption bekämpft. Viertens ist es wichtig, eine soziale Atmosphäre zu erzeugen, die offene und freie Diskussion und Kritik der in Gesellschaft und Staat bestehenden Probleme zulässt.

Unser neues Denken könnte ebenfalls für viele Neuerungen sorgen. An allererster Stelle ist es notwendig, in einen neuen Dialog mit dem Westen zu treten und alte strategische Beziehungen wiederzubeleben. Zweitens ist die Zeit reif für eine ernsthaft betriebene Regionalisierung, also eine regionale Integration in Zentralasien. Drittens sollte auch das Profil Usbekistans in solchen Organisationen wie UN, OSZE, NATO und GUS geschärft werden.

Hinter dem Begriff Transparenz (»Glasnost«) steckt natürlich ein hoher Anspruch, noch dazu, weil dies nicht nur Aufgabe der Medien ist, sondern sich dahinter auch eine politische Denkweise verbirgt. Gelegentlich geht es bis zur Panikmache, wenn die Rede darauf kommt. Es wird unterstellt, dass die offene und freie Diskussion von Problemen im Land Auseinandersetzung, Konflikt und Destabilisierung der gesellschaftlichen und politischen Situation Vorschub leiste. Diese These ist nur eine Formel des Stillstands, die wissenschaftlich nicht fundiert ist. Sicherlich werden sich im Land immer jene finden, die aus Reformen nur ihren persönlichen Vorteil ziehen

wollen und konservative und reaktionäre Kräfte, die mit allen Mitteln Neuerungen behindern und deren Anhänger diskreditieren. Doch kann das kein Hinderungsgrund für die Einführung von Reformen und Skeptizismus gegenüber dem Erfolg von Demokratie in einem »asiatischen Staat« sein.

### Vorsichtiger Wandel

Derweil war das Jahr 2008 in Hinsicht auf bestimmte vorsichtige Bewegungen im Reformprozess Usbekistans herausragend. So fand zum Beispiel im Oktober in Taschkent das Media-Forum statt, an dem auch bekannte internationale Organisationen teilnahmen, darunter solche, die auf die Menschenrechtsproblematik spezialisiert sind. Auf dem Forum kam ein ausgesprochen offener Dialog gerade zur Menschenrechtsfrage und zum Gang der politischen Reformen in Usbekistan insgesamt zustande.

Seit Beginn des Jahres wurde (offiziell) die Todesstrafe abgeschafft und weitere Änderungen im juristischen Bereich vorgenommen. Zum Beispiel müssen Haftbefehle nun von den Gerichten ausgestellt werden. Zudem wurde in Verbindung mit dem Jahrestag der Internationalen Deklaration der Menschenrechte ein spezielles Programm verabschiedet. Usbekistan hat außerdem eine Konvention zur Abschaffung der schlimmsten Formen der Ausbeutung von Kinderarbeit ratifiziert. Solche Schritte haben selbstverständlich positive Bedeutung. Dennoch gehören sie alle zu dem, was wir oben als

Demokratie de jure bezeichnet haben. De facto bleibt die Lage bisher unverändert.

Die heutige Lage Usbekistans ist Resultat einer dramatischen Verschmelzung von subjektiven und objektiven Verhältnissen, wobei die letzteren erstere verstärken. Ist es doch so, dass derjenige, der Politik macht, einen Staat führt usw., nicht in einem Vakuum, nicht unter »klinisch sterilen Bedingungen« agiert, sondern unter schwierigen Bedingungen des inneren wie äußeren politischen Prozesses. Der zentralasiatische, aber auch der internationale Kontext, in dem sich Staat und Staatlichkeit Usbekistans entwickeln, wirkt sich direkt auf den Charakter und Inhalt der zu treffenden politischen Entscheidungen aus. Dieser Kontext gestaltet sich heute nicht gerade in für Usbekistan vorteilhafter Weise. Die geopolitische Konkurrenz der Großmächte in der Region erreicht ihren Höhepunkt und bringt mehr Destruktives, denn Konstruktives mit sich, denn sie findet unter der Maßgabe des »Kräftegleichgewichts« bzw. »Nullsummenspiels« statt.

Unter diesen Bedingungen findet sich ganz Zentralasien und insbesondere Usbekistan in einem Zustand der Verirrung wieder. Der begonnene Demokratisierungsprozess in Usbekistan (und anderen Staaten der Region) ist nicht nur wegen der Fehler und des Charakters von Personen eingefroren, sondern auch durch den objektiven, unausweichlichen Einfluss der neuen Weltordnung.

*Aus dem Russischen von Henryk Alff*

### Über den Autor:

Dr. Farhod Tolipov lehrt an der Nationalen Universität von Usbekistan. Von 1998 bis 2002 war er im Beraterstab des Präsidenten tätig; zahlreiche Fellowships in den USA, Italien und Deutschland. Seine Forschungs- und Publikationsschwerpunkte erstrecken sich auf regionale Sicherheit und Integration sowie Nationalismus und Demokratisierung in Zentralasien.

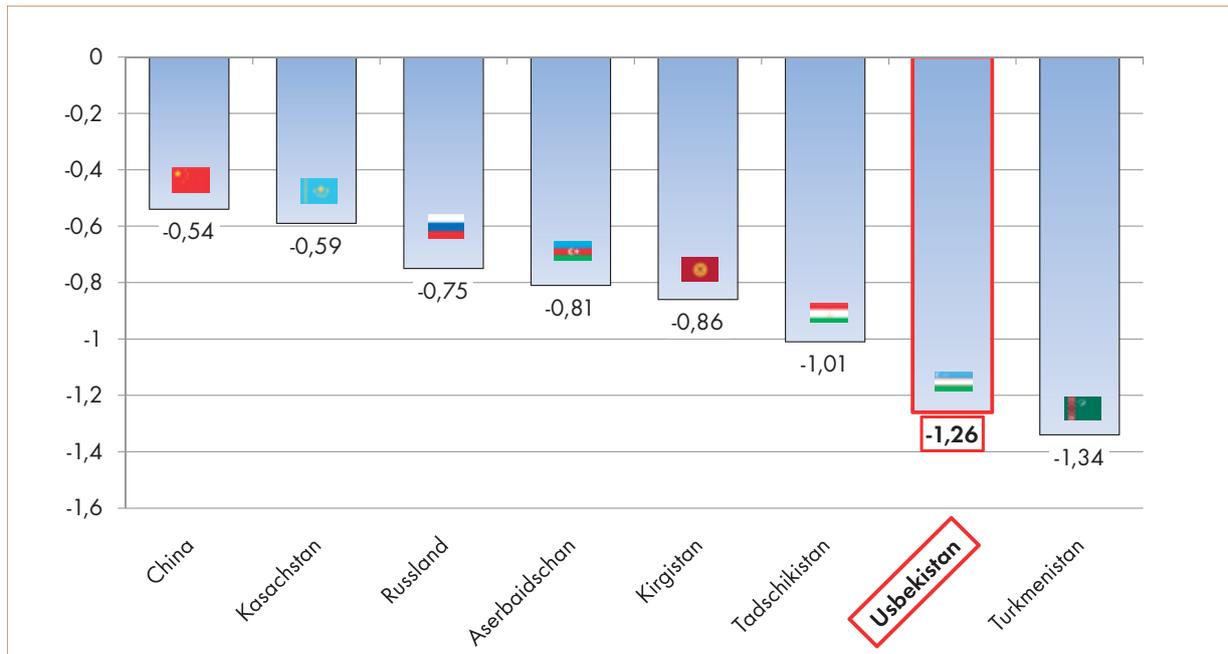
### Lesetipps:

- International Crisis Group, Usbekistan: Stagnation and Uncertainty, Bishkek/Brussels, Asia Briefing No 67, 22. August 2007 <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5027&l=1>
- Ismailov, Sukhrobjon; Jarabik, Balazs, The EU and Uzbekistan: Short-Term Interests versus Long-Term Engagement. EUCAM Policy Brief, 23. Juli 2009, [http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item\\_id=1881](http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1881)
- Dosym Satpaev: Uzbekistan is one of the major destabilization factors in the region, Interview auf Ferghana.ru, 23. Juli 2009, <http://enews.ferghana.ru/article.php?id=2561>

Tabellen und Grafiken zum Text

## Worldwide Governance Indicators

Grafik 1: Worldwide Governance Indicators 2007 (Durchschnittswerte)



Quelle: <http://info.worldbank.org/governance/wgi2007/>

Tabelle 1: Worldwide Governance Indicators 2007

	Bürgerbeteiligung	Politische Stabilität	Regierungseffizienz	Regulierung	Rechtsstaatlichkeit	Korruptionskontrolle	Durchschnitt
China	-1,70	-0,33	0,15	-0,24	-0,45	-0,66	-0,54
Kasachstan	-1,06	0,37	-0,58	-0,45	-0,83	-0,91	-0,59
Russland	-1,01	-0,75	-0,40	-0,44	-0,97	-0,92	-0,75
Aserbaidschan	-1,13	-0,69	-0,65	-0,50	-0,83	-1,04	-0,81
Kirgistan	-0,64	-1,11	-0,75	-0,40	-1,19	-1,08	-0,86
Tadschikistan	-1,26	-0,87	-0,97	-1,02	-1,13	-0,83	-1,01
Usbekistan	-1,91	-1,42	-0,74	-1,45	-1,06	-0,95	-1,26
Turkmenistan	-2,07	-0,08	-1,37	-2,02	-1,33	-1,18	-1,34

Quelle: <http://info.worldbank.org/governance/wgi2007/>

Zu der Methodik der Rankings siehe Zentralasien-Analysen 17

<http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=../zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen17.pdf>

Grafik 2: Worldwide Governance Indicators: Politische Stabilität 1996–2007

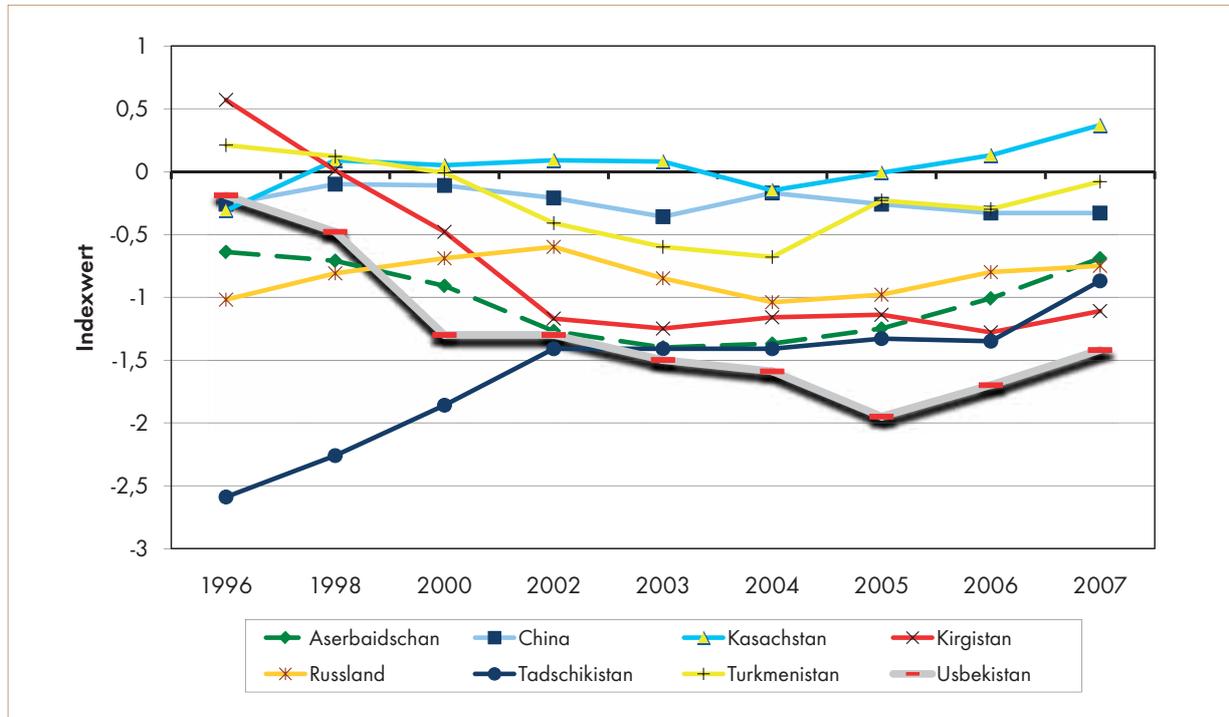


Tabelle 2: Worldwide Governance Indicators: Politische Stabilität 1996–2007

	1996	1998	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Aserbaidtschan	-0,64	-0,71	-0,91	-1,27	-1,40	-1,37	-1,25	-1,01	-0,69
China	-0,26	-0,10	-0,11	-0,21	-0,36	-0,17	-0,26	-0,33	-0,33
Kasachstan	-0,31	0,09	0,05	0,09	0,08	-0,15	-0,01	0,13	0,37
Kirgistan	0,57	0,01	-0,48	-1,17	-1,25	-1,16	-1,14	-1,28	-1,11
Russland	-1,02	-0,81	-0,69	-0,60	-0,85	-1,04	-0,98	-0,80	-0,75
Tadschikistan	-2,59	-2,26	-1,86	-1,41	-1,41	-1,41	-1,33	-1,35	-0,87
Turkmenistan	0,21	0,12	-0,01	-0,41	-0,60	-0,68	-0,23	-0,30	-0,08
Usbekistan	-0,19	-0,48	-1,30	-1,30	-1,50	-1,59	-1,95	-1,70	-1,42

Quelle: <http://info.worldbank.org/governance/wgi2007/>

Zu der Methodik der Rankings siehe Zentralasien-Analysen 17

<http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=../zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen17.pdf>

Grafik 3: Worldwide Governance Indicators: Regierungseffizienz 1996–2007

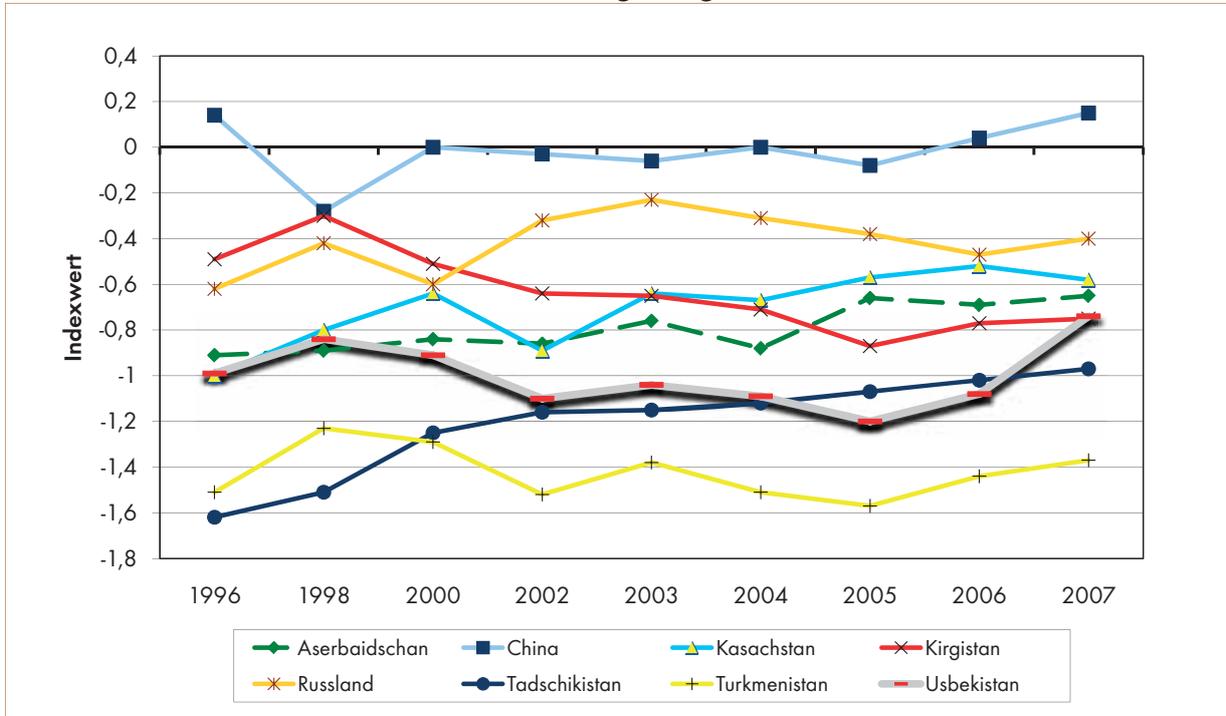


Tabelle 3: Worldwide Governance Indicators: Regierungseffizienz 1996–2007

	1996	1998	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Aserbaidtschan	-0,91	-0,89	-0,84	-0,86	-0,76	-0,88	-0,66	-0,69	-0,65
China	0,14	-0,28	-0,06	-0,03	-0,06	0,00	-0,08	0,04	0,15
Kasachstan	-1,00	-0,80	-0,64	-0,89	-0,64	-0,67	-0,57	-0,52	-0,58
Kirgistan	-0,49	-0,30	-0,51	-0,64	-0,65	-0,71	-0,87	-0,77	-0,75
Russland	-0,62	-0,42	-0,60	-0,32	-0,23	-0,31	-0,38	-0,47	-0,40
Tadschikistan	-1,62	-1,51	-1,25	-1,16	-1,15	-1,12	-1,07	-1,02	-0,97
Turkmenistan	-1,51	-1,23	-1,29	-1,52	-1,38	-1,51	-1,57	-1,44	-1,37
Usbekistan	-0,99	-0,84	-0,91	-1,10	-1,04	-1,09	-1,20	-1,08	-0,74

Quelle: <http://info.worldbank.org/governance/wgi2007/>

Zu der Methodik der Rankings siehe Zentralasien-Analysen 17

<http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=../zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen17.pdf>

Grafik 4: Worldwide Governance Indicators: Rechtsstaatlichkeit 1996–2007

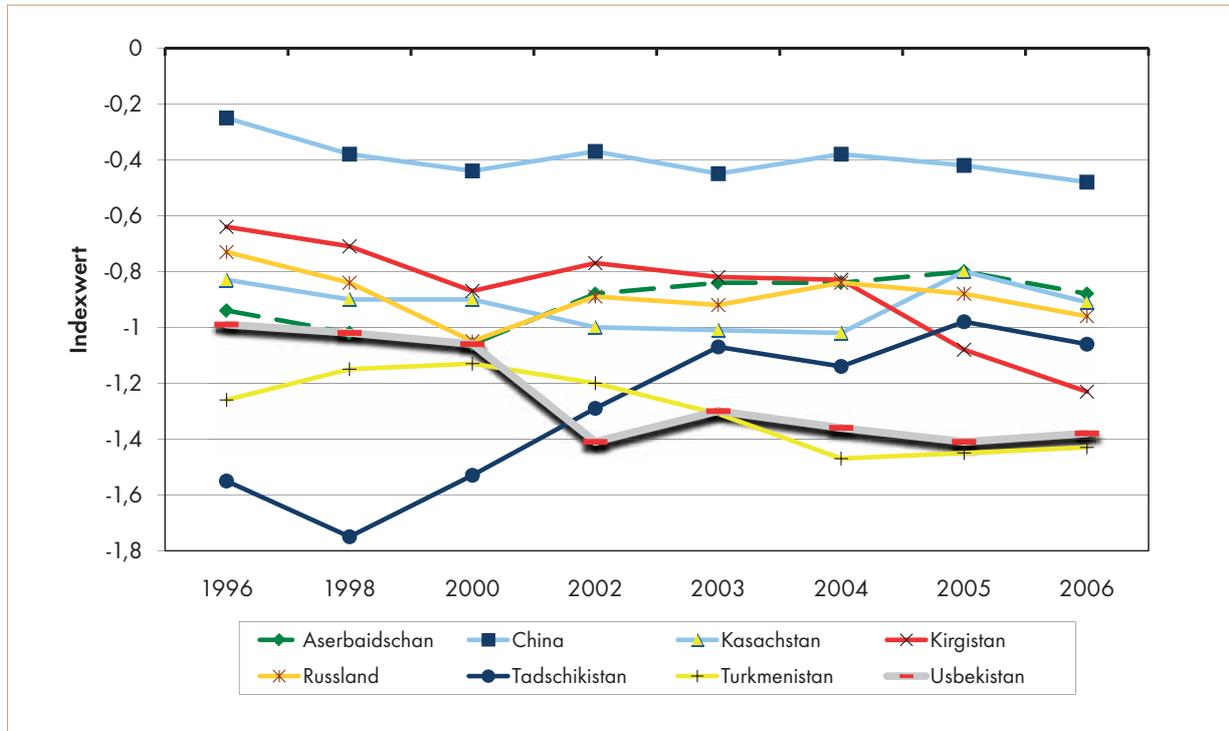


Tabelle 4: Worldwide Governance Indicators: Rechtsstaatlichkeit 1996–2007

	1996	1998	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Aserbaidshan	-0,94	-1,02	-1,06	-0,88	-0,84	-0,84	-0,80	-0,88	-0,83
China	-0,25	-0,38	-0,44	-0,37	-0,45	-0,38	-0,42	-0,48	-0,45
Kasachstan	-0,83	-0,90	-0,90	-1,00	-1,01	-1,02	-0,80	-0,91	-0,83
Kirgistan	-0,64	-0,71	-0,87	-0,77	-0,82	-0,83	-1,08	-1,23	-1,19
Russland	-0,73	-0,84	-1,05	-0,89	-0,92	-0,84	-0,88	-0,96	-0,97
Tadschikistan	-1,55	-1,75	-1,53	-1,29	-1,07	-1,14	-0,98	-1,06	-1,13
Turkmenistan	-1,26	-1,15	-1,13	-1,20	-1,31	-1,47	-1,45	-1,43	-1,33
Usbekistan	-0,99	-1,02	-1,06	-1,41	-1,30	-1,36	-1,41	-1,38	-1,06

Quelle: <http://info.worldbank.org/governance/wgi2007/>

Zu der Methodik der Rankings siehe Zentralasien-Analysen 17

<http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=../zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen17.pdf>

Grafik 5: Worldwide Governance Indicators: Korruptionskontrolle 1996–2007

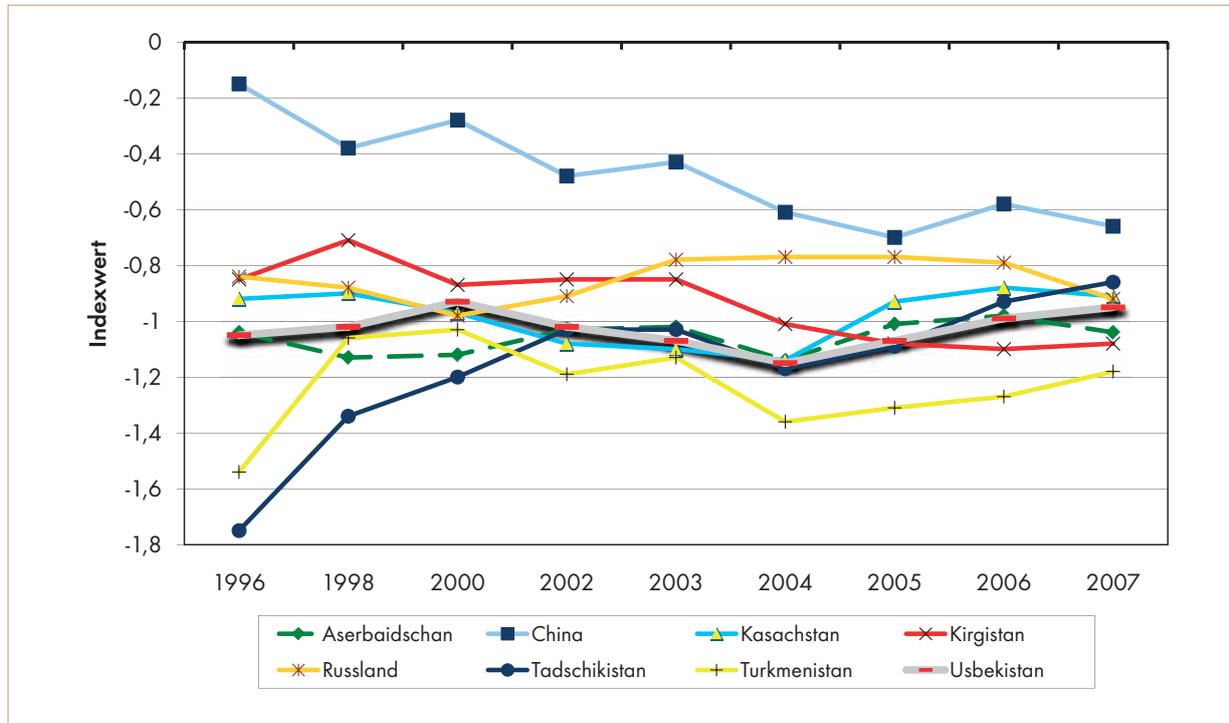


Tabelle 5: Worldwide Governance Indicators: Korruptionskontrolle 1996–2007

	1996	1998	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Aserbaidtschan	-1,04	-1,13	-1,12	-1,03	-1,02	-1,14	-1,01	-0,98	-1,04
China	-0,15	-0,38	-0,28	-0,48	-0,43	-0,61	-0,70	-0,58	-0,66
Kasachstan	-0,92	-0,90	-0,97	-1,08	-1,10	-1,14	-0,93	-0,88	-0,91
Kirgistan	-0,85	-0,71	-0,87	-0,85	-0,85	-1,01	-1,08	-1,10	-1,08
Russland	-0,84	-0,88	-0,98	-0,91	-0,78	-0,77	-0,77	-0,79	-0,92
Tadschikistan	-1,75	-1,34	-1,20	-1,03	-1,03	-1,17	-1,09	-0,93	-0,86
Turkmenistan	-1,54	-1,06	-1,03	-1,19	-1,13	-1,36	-1,31	-1,27	-1,18
Usbekistan	-1,05	-1,02	-0,93	-1,02	-1,07	-1,15	-1,07	-0,99	-0,95

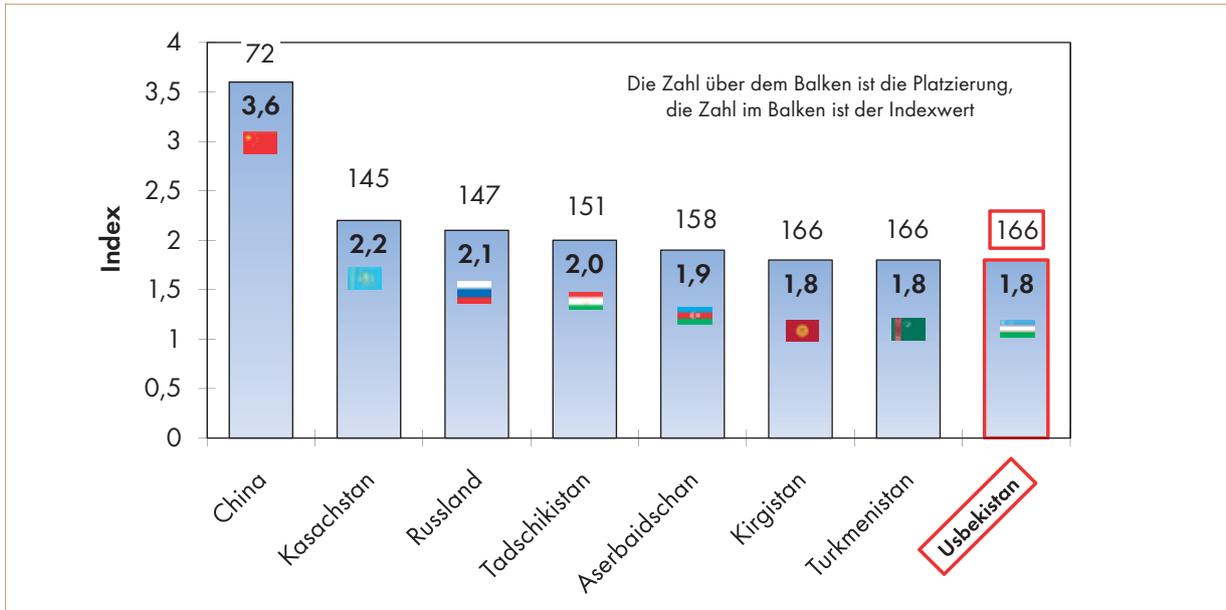
Quelle: <http://info.worldbank.org/governance/wgi2007/>

Zu der Methodik der Rankings siehe Zentralasien-Analysen 17

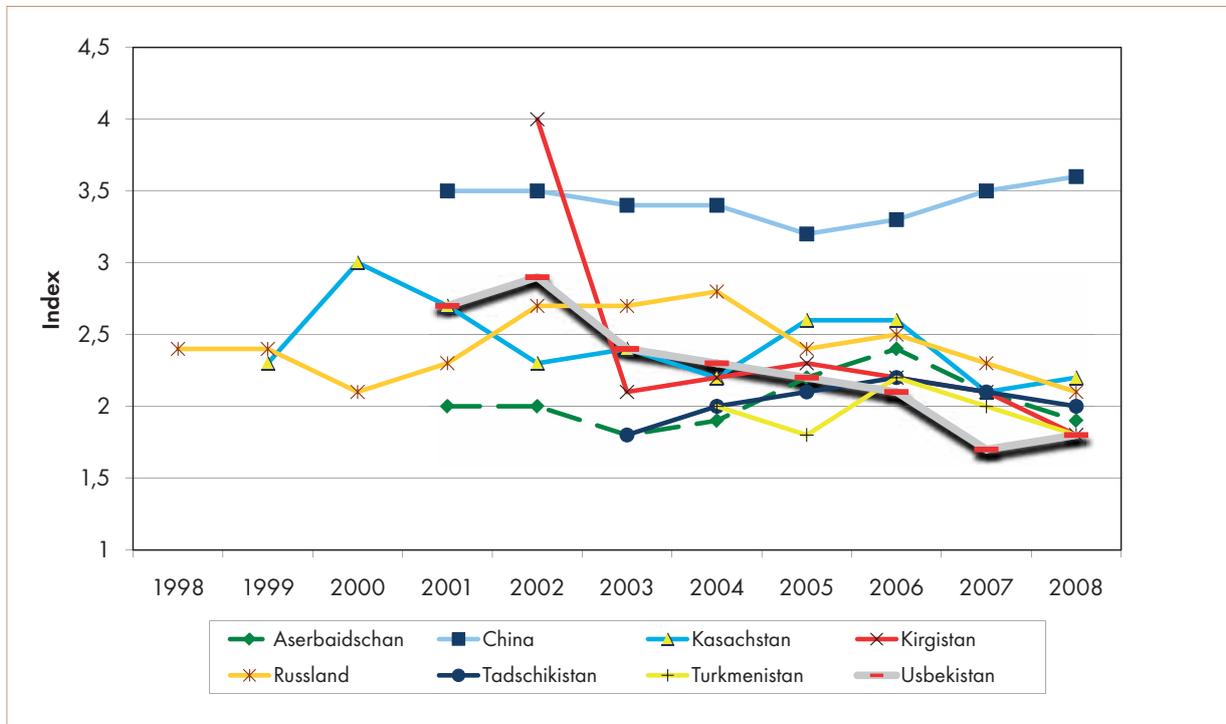
<http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=../zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen17.pdf>

## Corruption Perception Index

Grafik 6: Corruption Perception Index 2008: Indexwert und Platzierung



Grafik 7: Corruption Perception Index 1998–2008



Quelle: <http://www.transparency.org>

Zu der Methodik der Rankings siehe Zentralasien-Analysen 17

<http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=../zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen17.pdf>

**Tabelle 6: Corruption Perception Index 1998–2008**

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Aserbaidschan	-	-	-	2,0	2,0	1,8	1,9	2,2	2,4	2,1	1,9
China	-	-	-	3,5	3,5	3,4	3,4	3,2	3,3	3,5	3,6
Kasachstan	-	2,3	3,0	2,7	2,3	2,4	2,2	2,6	2,6	2,1	2,2
Kirgistan	-	-	-	-	4,0	2,1	2,2	2,3	2,2	2,1	1,8
Russland	2,4	2,4	2,1	2,3	2,7	2,7	2,8	2,4	2,5	2,3	2,1
Tadschikistan	-	-	-	-	-	1,8	2,0	2,1	2,2	2,1	2,0
Turkmenistan	-	-	-	-	-	-	2,0	1,8	2,2	2,0	1,8
Usbekistan	-	-	-	2,7	2,9	2,4	2,3	2,2	2,1	1,7	1,8

Quelle: <http://www.transparency.org>

Zu der Methodik der Rankings siehe Zentralasien-Analysen 17

<http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=../zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen17.pdf>

Grafiken S. 6–12 zusammengestellt von Henryk Alff, Christina Hinz und Heiko Pleines

## Analyse

### Nicht frei von Konflikten – Die Entwicklung der türkisch-zentralasiatischen Beziehungen von 1992 bis heute

Von Fahri Türk, Edirne/Türkei

#### Zusammenfassung

Die türkische Zentralasienpolitik der letzten 17 Jahre war diversen Schwankungen unterworfen, die vor allem durch die Prioritätensetzung der verschiedenen türkischen Regierungen bedingt waren. Dies hat bis heute Auswirkungen nicht nur auf die politischen, sondern auch auf die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen des Landes zu den zentralasiatischen Staaten. Während aber die Wirtschafts- und Kulturbeziehungen vor allem zu Turkmenistan, aber auch Kasachstan, sich in Phasen politischen Desinteresses weiter entwickelten, ist das Verhältnis zu Usbekistan in jeder Hinsicht problematisch.

Nach der Auflösung der Sowjetunion rückten die überwiegend turksprachigen Staaten Zentralasiens erstmalig in den Blickpunkt der türkischen Außenpolitik. Man begann, Beziehungen zu diesen Ländern im politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereich aufzubauen. Allerdings war die türkische Haltung gegenüber Zentralasien anfangs sehr emotional und von pantürkischem Denken, also der aus dem späten 19. Jahrhundert stammenden Idee, alle turksprachigen Völker Euroasiens in einem eigenständigen Staat zu vereinen,

geprägt. Denn während der Präsidentschaft von Turgut Özal (1989–1993) und Süleyman Demirel (1993–2000) spielten pantürkistische Intellektuelle eine bestimmende Rolle. Erst als die Idee einer pantürkischen Einheit Mitte der 1990er Jahre aufgrund spürbarer Differenzen zwischen den zunehmend selbstbewussteren zentralasiatischen politischen Eliten und dem türkischen Habitus des »Großen Bruders« an Bedeutung verlor, kristallisierte sich allmählich eine pragmatischere Politik heraus. Seit 1995 setzte sich Ankara zum Ziel, besonders die wirt-

schaftlichen und kulturellen Kontakte zu den zentralasiatischen Staaten zu vertiefen. In der Amtszeit von Präsident Ahmet Necdet Sezer (2000–2007) wurde Zentralasien dann aber stark vernachlässigt. Die Konzentration der türkischen Interessen auf die Turkstaaten der Kaspischen Region (Aserbaidschan, Turkmenistan und Kasachstan) unter der AKP-Regierung seit 2002 trug aber erheblich zur Intensivierung der türkisch-zentralasiatischen Beziehungen bei. Die Besuchsdiplomatie hochrangiger türkischer Politiker in den letzten zwei Jahren ist ein deutliches Beispiel dafür.

Die türkische Zentralasienpolitik stützt sich vor allem auf zwei Säulen. Die erste ist der Bereich der Bildung. Zum einen startete die Türkei schon im Jahre 1992 ein Programm, das zentralasiatischen Jugendlichen ein Studium in der Türkei ermöglichen sollte, zum anderen gründeten sowohl der türkische Staat wie auch türkische Privatinstitutionen (z. B. die Gülen-Bewegung) zahlreiche Schulen in den zentralasiatischen Staaten. Die zweite Säule bildet die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Sie basiert auf türkischen Direktinvestitionen in der Region sowie dem Handel der Türkei mit den zentralasiatischen Staaten. Hier kommt türkischen Privatunternehmen eine besondere Bedeutung zu. Türkische Bau- und Infrastrukturkonzerne bekommen dank ihrer Nähe zu Regierungskreisen in der Türkei und in den zentralasiatischen Staaten milliardenschwere Aufträge. Die Baufirma Sehil İnşaat in Turkmenistan ist nur ein Beispiel, sie erhielt insgesamt 62 Aufträge in Turkmenistan. Zurzeit errichtet das Unternehmen zwei Universitäten und eine Polizeiakademie in Turkmenistan, daneben führt Sehil İnşaat drei Hotel- und ein Feriendorfprojekt in der freien Tourismusregion »Awasa« am Kaspischen Meer durch, die im September 2009 fertig gestellt sein sollen.

### Besuchsdiplomatie

Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und den zentralasiatischen Staaten wurden Anfang der 1990er Jahre aufgenommen. In der Folge unterzeichnete die türkische Regierung zahlreiche Abkommen über die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit den Regierungen der Region. Die anfänglich guten Beziehungen Ankaras vor allem zu Usbekistan und Turkmenistan verschlechterten sich aber rasch. Mitte der 1990er Jahre bot die Türkei usbekischen Oppositionellen wie Abdurrachim Polatow und Mohammad Salih Zuflucht vor dem Karimow-Regime. Darüber hinaus warf die usbekische Führung der Türkei vor, in Attentate auf Karimow verwickelt zu sein. Im Falle Turkmenistans beruhte die Verschlechterung auf der mit der Erlan-

zung des Neutralitätsstatus vom 12. Dezember 1995 verbundenen internationalen Isolationspolitik Aschchabads und der reservierten Haltung des verstorbenen turkmenischen Präsidenten Saparmurad Nijasow (Turkmenbaschi). Nach einem diplomatischen Affront wurden die politischen Beziehungen im Oktober 1999 auf Eis gelegt. Die wirtschaftlichen Beziehungen, vor allem die Aktivitäten türkischer Firmen, blieben davon aber unberührt. Erst nach dem Tod des Turkmenbaschi im Dezember 2006 waren dann auch die Voraussetzungen für eine Wiederbelebung der politischen Beziehungen gegeben.

Dass der türkische Präsident Abdullah Gül der Entwicklung der türkisch-zentralasiatischen Beziehungen eine hohe außenpolitische Priorität einräumt, lässt sich bereits daran erkennen, dass er schon kurz nach seiner Wahl im Dezember 2007 Aserbaidschan, Turkmenistan und Kasachstan besuchte. Beim Gegenbesuch des neuen turkmenischen Präsidenten Gurbanguly Berdymuchamedow in Ankara Ende März 2008 wurden drei Kooperationsverträge unterzeichnet. Bereits ein gutes halbes Jahr später traf Präsident Gül im November 2008 erneut mit Berdymuchammedow und seinem aserbaidisch-amerikanischen Amtskollegen İlham Alijew im turkmenischen Urlaubsressort »Awasa« am Kaspischen Meer zusammen. Die Türkei bemühte sich dabei, den Streit um die Aufteilung des Kaspischen Meeres zwischen Aserbaidschan und Turkmenistan zu schlichten. Auch der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdoğan besuchte zeitgleich Zentralasien, er stattete im Oktober 2008 Aschchabad einen offiziellen Besuch ab, wo er an einer Tagung des türkisch-turkmenischen Unternehmerverbandes teilnahm.

Im Mai 2009 besuchte Präsident Gül auch Kirgistan und Tadschikistan. Da die türkische Regierung großen Wert auf eine Normalisierung der Beziehungen zu Usbekistan legt, will das türkische Staatsoberhaupt auch Taschkent besuchen, konnte aber bis zum heutigen Tag keinen Termin bei seinem usbekischen Amtskollegen Karimow erhalten.

### Die Beziehungen im Bildungsbereich

Bereits im Februar 1992 wurden vom türkischen Bildungsministerium Protokolle über Grundprinzipien der Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten im Bildungsbereich unterzeichnet. Seitdem führt das Ministerium jedes Jahr Seminare über die türkische Sprache und Kultur sowie Einführungsveranstaltungen in das nationale Bildungssystem der Türkei durch, an denen zwischen 1992 und 2008 insgesamt 831 Personen aus Zentralasien teilnahmen. Außerdem stellt das Ministe-

rium den zentralasiatischen Staaten Schulbücher und Bildungsmaterial zur Verfügung. An nationalen Feiertagen werden regelmäßig LehrerInnen und SchülerInnen aus diesen Ländern in die Türkei eingeladen.

Im Hochschulsesemester 1992/93 startete die türkische Regierung ein Programm für Studierende aus den überwiegend turksprachigen Republiken Zentralasiens und anderen Gebieten der ehemaligen Sowjetunion. Jeder Teilnehmer dieses Programms erhält derzeit vom Bildungsministerium ein monatliches Stipendium in Höhe von 175 Türkischen Lira (ca. 116 US-Dollar). Darüber hinaus werden die Studien- und Visa-Gebühren sowie die Krankenversicherung der Studierenden vom türkischen Staat übernommen. Jedem zentralasiatischen Studierenden wird ein kostenloser Wohnheimplatz zur Verfügung gestellt. Zusätzlich erhalten sie Sonderleistungen für Bücher und Kleidung. Ziel dieses Projektes ist es, eine türkeifreundliche Generation von jungen Zentralasiaten heranzuziehen und freundschaftliche Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten aufzubauen. Die Verbreitung von Kenntnissen der türkischen Sprache und Kultur gehört ebenfalls zu den Zielen des Programms. Allerdings muss man feststellen, dass das Programm mit einigen Problemen behaftet ist: Die Sprachkurse zu Beginn sind offenbar zu kurz, die Stipendien zu niedrig, Integrationsschwierigkeiten tun ein Übriges. Nur jeder zehnte Student aus Zentralasien schließt sein Studium in der Türkei auch ab.

Im Oktober 2008 gab es insgesamt 2.391 zentralasiatische und aserbaidshische StudentInnen an türkischen Hochschulen und Universitäten sowie am Sprachlernzentrum TÖMER in Ankara. Mit 563 Personen stellen die Turkmenen die größte Gruppe der Zentralasiaten. Selbst das nicht zu den überwiegend turksprachigen Republiken zählende Tadschikistan ist mit insgesamt 63 Lernenden vertreten, dagegen gab es 2008 nur noch 19 usbekische Studierende in der Türkei. Denn die Krise in den türkisch-usbekischen Beziehungen ab Mitte der 1990er Jahre betraf nicht nur die Politik, sondern das gesamte Verhältnis zwischen beiden Staaten. Die usbekische Regierung warf der usbekischen Opposition im türkischen Exil vor, versucht zu haben, die in der Türkei studierenden usbekischen Jugendlichen politisch zu beeinflussen und zog sie aus der Türkei zurück. (siehe Tabelle S. 19)

Vom türkischen Bildungsministerium wurden zu Beginn der 1990er Jahre auch insgesamt 15 Schulen in Zentralasien (einschließlich Tadschikistans) und Aserbaidschan eröffnet. Außerdem gründeten dem liberal-islamischen Reformer Fethullah Gülen nahe stehende Geschäftsleute Schulen in Zentralasien. Die Anhänger

dieser Bewegung haben offensichtlich höchste Unterstützung: Türkische Staats- bzw. Ministerpräsidenten besuchen diese Schulen während ihrer Auslandsreisen und der Weg zu einer Neugründung im Ausland wird oft durch einen Empfehlungsbrief von der Staatsspitze der Türkei geebnet, ganz besonders gilt dies für die Ära Özal.

Die Gesamtzahl der im Allgemeinen als »Türk Okulları« (Türkische Schulen) bezeichneten Bildungseinrichtungen der Gülen-Bewegung ist für Zentralasien und Aserbaidschan auf 89 zu beziffern, keine davon befindet sich in Usbekistan. Die dortige Führung hatte bereits 1994 türkische Lehrer unter dem Vorwurf, Propaganda für den Islam gemacht zu haben, ausgewiesen. Die Hälfte der Schulen der Gülen-Bewegung wurde dann im Schuljahr 1999–2000 und die andere Hälfte ein Jahr später verboten. (siehe Tabelle S. 20)

Darüber hinaus gibt es in Zentralasien auch mehrere Universitäten, die von türkischer Seite gegründet wurden: Die türkisch-kasachische Universität (Hoca Ahmet Yesevi Üniversitesi) und die türkisch-kirgisische Universität (Manas Üniversitesi) werden überwiegend vom türkischen Staat, die Süleyman Demirel Üniversitesi in Almaty und die Atatürk Alatau Üniversitesi in Bischkek von der türkischen Privatwirtschaft finanziert.

### **Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Türkei und Zentralasien**

Die Türkei und die zentralasiatischen Staaten arbeiten seit 1992 nicht nur im Bereich der Bildung, sondern auch in Wirtschaft und Technologie eng zusammen. Die Türkei legt großen Wert auf die Entwicklung bilateraler Wirtschaftsbeziehungen. Das bilaterale Handelsvolumen zwischen der Türkei und den Staaten der Region stieg kontinuierlich an.

Türkische Geschäftsleute investierten ca. 6,5 Milliarden US-Dollar in den zentralasiatischen Staaten. Mehr als Tausend türkische Firmen sind heutzutage in Zentralasien tätig. Allein in Turkmenistan gibt es 400 Unternehmen türkischer Herkunft im Bau-, Energie- und Textilsektor, die im Jahr 2007 Projekte im Wert von mehr als 3 Mio. US-Dollar realisierten. Türkische Bauunternehmen führen ca. 95 Prozent der gesamten Bauaufträge Turkmenistans aus. Die Konföderation Türkischer Geschäftsleute und Industrieller (TUSKON) veranstaltete im Jahre 2006 in Istanbul ein Gipfeltreffen, um die Geschäftsmöglichkeiten für türkische Investoren in Zentralasien zu verbessern. Mit Erfolg: Im Rahmen dieser Veranstaltung knüpften türkische Firmen Geschäftskontakte im Wert von mehr als 1 Milliarde US-Dollar.

Allerdings haben türkische Unternehmen in Zentralasien auch mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu

kämpfen: einer aufgrund der geringen Reformbereitschaft der Regierungen schwach entwickelten Marktwirtschaft, einem erschwerter Zugang für neue türkische Firmen auf den zentralasiatischen Markt, einer schlechten Zahlungsmoral zentralasiatischer Auftragsgeber, fehlenden Akkreditierungsmechanismen sowie Wechselkurs- und Visa-Problemen.

Türkische Investoren in Zentralasien gründen in der Regel Joint-Ventures mit überwiegend staatlichen Partnern, die meisten Investitionen werden im Bau- und Infrastruktursektor getätigt.

Kasachstan ist in Hinsicht auf Direktinvestitionen und die Anzahl der Joint-Ventures der wichtigste Partner der Türkei in Zentralasien: Insgesamt wurden und werden hier 1.500 Projekte gemeinsam realisiert. Die Investitionssumme türkischer Unternehmen in Kasachstan beläuft sich auf 3 Milliarden US-Dollar. Die Turkuaz Holding als einer der Großinvestoren besitzt zwei Ölraffinerien in Kasachstan und ist am Bau von Wohnungen sowie der Modernisierung des Flughafens in Aktau beteiligt. Der Bau des Flughafens von Astana wurde von der Alorko Holding durchgeführt, die Sembol İnşaat war unter anderem an der Ausführung der von Norman Foster geplanten Pyramide der Verständigung in Astana beteiligt. Bekir Okan, Eigentümer der Okan Holding, führte von 1992 bis Mitte 2009 Projekte im Wert von 500 Millionen US-Dollar in Kasachstan durch, u. a. im Wohnungsbau. Darüber hinaus tätigte die Okan Holding dort im gleichen Zeitraum Direktinvestitionen in Höhe von insgesamt 580 Millionen US-Dollar. Im Jahr 2009 will das Unternehmen außerdem zusätzliche 100 Millionen US-Dollar in Kasachstan investieren. Nach Angaben von Okan engagieren sich türkische Bauunternehmer vorwiegend als Subunternehmer kasachischer Investoren in Kasachstan.

Hinsichtlich der Höhe türkischer Direktinvestitionen in Zentralasien steht Turkmenistan mit 260 Mio. US-Dollar nach Kasachstan an zweiter Stelle. Die Textilindustrie nimmt daran den Löwenanteil ein, schon 1996 gab es in Turkmenistan drei rein türkische Textilfirmen (Nebo, Kotam, und Linkway İplik Fabrikası).

Von türkischen Firmen wurden allein 350 Bau- und Infrastrukturprojekte in Turkmenistan durchgeführt, deren Projektkosten sich im Jahr 2004 auf 5,5 Milliarden US-Dollar beliefen. Die Çalık Holding ist vor allem an Großprojekten im Energiesektor Turkmenistans beteiligt. Sie errichtete bis zum Jahr 2008 in Turkmenistan fünf mit Erdgasturbinen betriebene Elektrizitätswerke mit einer Kapazität von insgesamt 880 MW. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass A. Çalık lange Zeit engste Beziehungen zum verstorbe-

nen turkmenischen Präsidenten Nijasow unterhielt und der Sohn des türkischen Premierministers Erdoğan der Schwager von Çalık ist.

In der Energiefrage wird von türkischer Seite großer Wert auf den Transport des turkmenischen Erdgases über die Türkei nach Europa gelegt. Die türkische Regierung will einerseits ihre Bezugsquellen diversifizieren, andererseits beim Transport des turkmenischen Erdgases nach Europa als Transitland eine wichtige Rolle spielen. In jüngster Zeit versucht die türkische Regierung, ihre energiewirtschaftlichen Beziehungen zu Turkmenistan und Kasachstan auszubauen. So besuchte der türkische Energieminister Hilmi Güler im September 2008 Turkmenistan, wo er mit Präsident Berdymuchammedow Gespräche über eine Beteiligung der Türkei an der Erschließung neuer Erdgasfelder am Kaspischen Meer führte, die allerdings noch ohne endgültige Entscheidungen endeten. Dieses Vorhaben ist ein mittelfristiges Ziel des türkischen Energieministeriums, um den Energiebedarf des Landes zu decken.

Auf geringerem Niveau entwickelten sich die Wirtschaftsbeziehungen zu Usbekistan. Während in der ersten Hälfte der 1990er Jahren nur klein- und mittelständische türkische Unternehmen in Usbekistan tätig waren, investierten ab 1995 hauptsächlich türkische Großunternehmen in diesem Land. Nach Angaben von Nadir Haşimov, Botschaftsrat in der usbekischen Vertretung in Ankara, gab es im August 2008 619 türkische Unternehmen in Usbekistan. Die Höhe der türkischen Investitionen in Usbekistan belief sich im März 2008 auf ca. 1 Milliarde US-Dollar. Der Schwerpunkt des Engagements türkischer Unternehmer liegt im Textilsektor, die Bursel Holding gründete beispielsweise zwölf Fabriken. Die Usbekistanreise des türkischen Premierministers Erdoğan im Dezember 2003 führte noch zu verstärkten Investitionen in diesem Bereich. Zuletzt wurde im April 2008 in Taschkent für 17 Millionen US-Dollar die Textilfabrik »Baypak İplik Fabrikası« eröffnet und 270 Arbeitsplätze geschaffen. Die Koç Holding (Automobilindustrie), Aysel und Tekfen İnşaat (Bauindustrie), die Demir Holding (Nahrungsmittelindustrie) und Tempo Elit (Baulemente) sind weitere türkische Firmen in Usbekistan. Seit dem Amtsantritt des Präsidenten Gül ist allerdings keine Verbesserung der türkisch-usbekischen politischen Beziehungen zu beobachten und die wirtschaftlichen Kontakte sind nicht frei von Konflikten. Die türkische Zuckerfabrik »Türkşeker« hat zum Beispiel 1993 im Gebiet Choresm eine Zuckerfabrik gebaut. Diese schuldet der türkischen Fabrik noch 3,2 Millionen US-Dollar, was Anfang Februar 2008 eine

diplomatische Krise zwischen Ankara und Taschkent hervorrief, die bis heute nicht gelöst ist.

### Fazit und Ausblick

Seit dem Amtsantritt von Staatspräsident Abdullah Gül im August 2007 hat die Türkei ihre Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten intensiviert, was auch durch die Zentralasienreisen des Staatsoberhauptes im Dezember 2007, November 2008 und Mai 2009 deutlich wurde. Man kann davon ausgehen, dass sich die Türkei auch in den kommenden Jahren bemühen wird, ihre Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten (vor allem zu Usbekistan) weiter auszubauen und damit versuchen

wird, die Versäumnisse der Zeit der Präsidentschaft von A. Necdet Sezer auszugleichen. Die fehlenden Kontakte auf allerhöchster Ebene während seiner Amtszeit (2000 – 2007) haben den türkischen Interessen in Zentralasien schwer geschadet. Zum einen konnte man die schlechten politischen Beziehungen zu Usbekistan nicht verbessern, zum anderen die kulturellen Verbindungen nicht vertiefen, man hat also zwei wichtige Säulen der türkischen Zentralasienpolitik vernachlässigt.

Der Türkei fehlt eine durchdachte, planmäßige Zentralasienpolitik, sie ist vielmehr abhängig von der Prioritäten der jeweiligen Regierung und der weltpolitischen Konjunktur.

### Über den Autor:

Fahri Türk promovierte an der FU Berlin über die deutsch-türkischen Waffengeschäfte (1871–1914). Er arbeitete am Zentrum für eurasische strategische Studien in Ankara (ASAM) und unterrichtet heute am Fachbereich Politikwissenschaften der Universität von Trakya in Edirne/Türkei. Studienaufenthalte in England, Kasachstan und Russland.

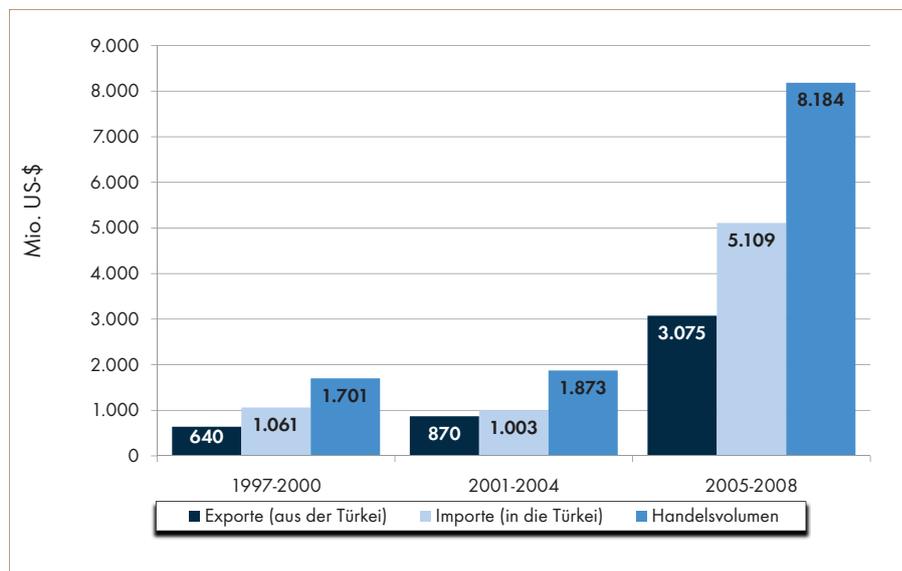
### Lesetipps:

- Rainer Freitag-Wirminghaus, Vom Panturkismus zum Pragmatismus. Die Türkei und Zentralasien, in: *Machtmosaik Zentralasien = Osteuropa* 57 (2007) 8–9, S. 339–355;
- Prospects for a Torn Turkey: Turkey's Future, and Its Implications for Central Asia, the Caucasus, and the U.S. Interest The Central Asia Caucasus Institute, November 17, 2008 [http://www.silkroadstudies.org/new/inside/forum/CACI\\_2008\\_1117.html](http://www.silkroadstudies.org/new/inside/forum/CACI_2008_1117.html)

## Tabellen und Grafiken zum Text

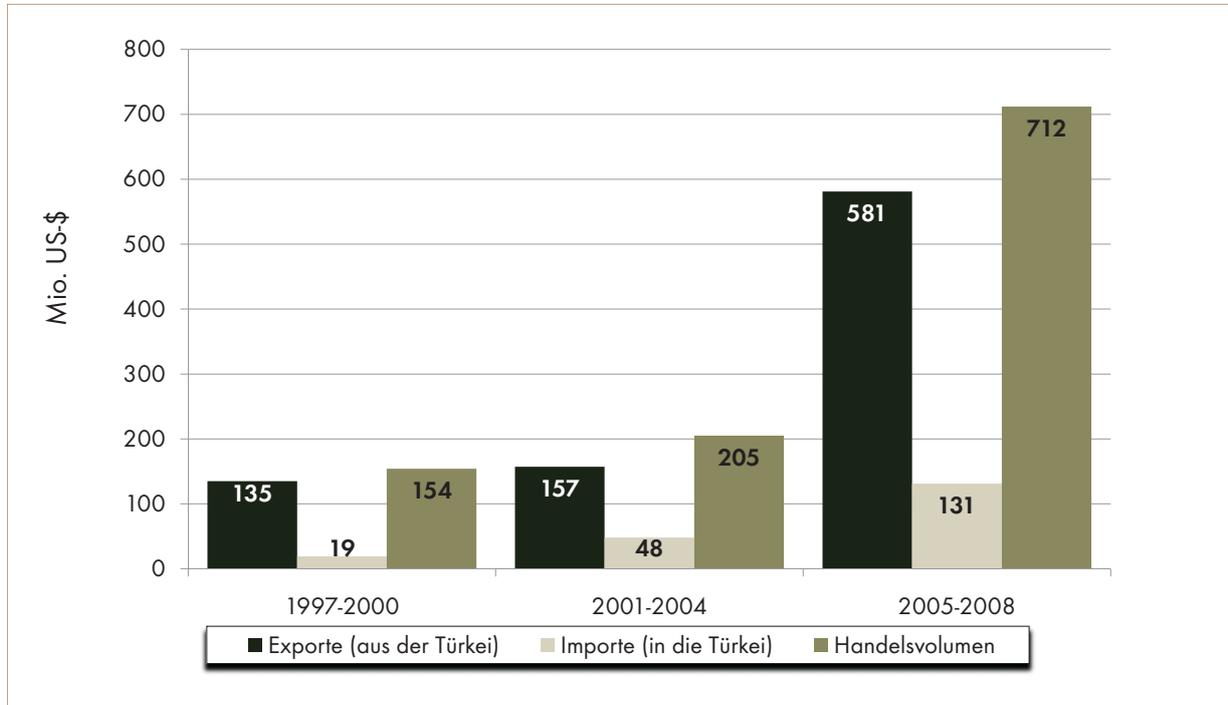
### Der türkische Außenhandel mit den zentralasiatischen Staaten

#### Der türkische Außenhandel mit Kasachstan 1997– 2008 v

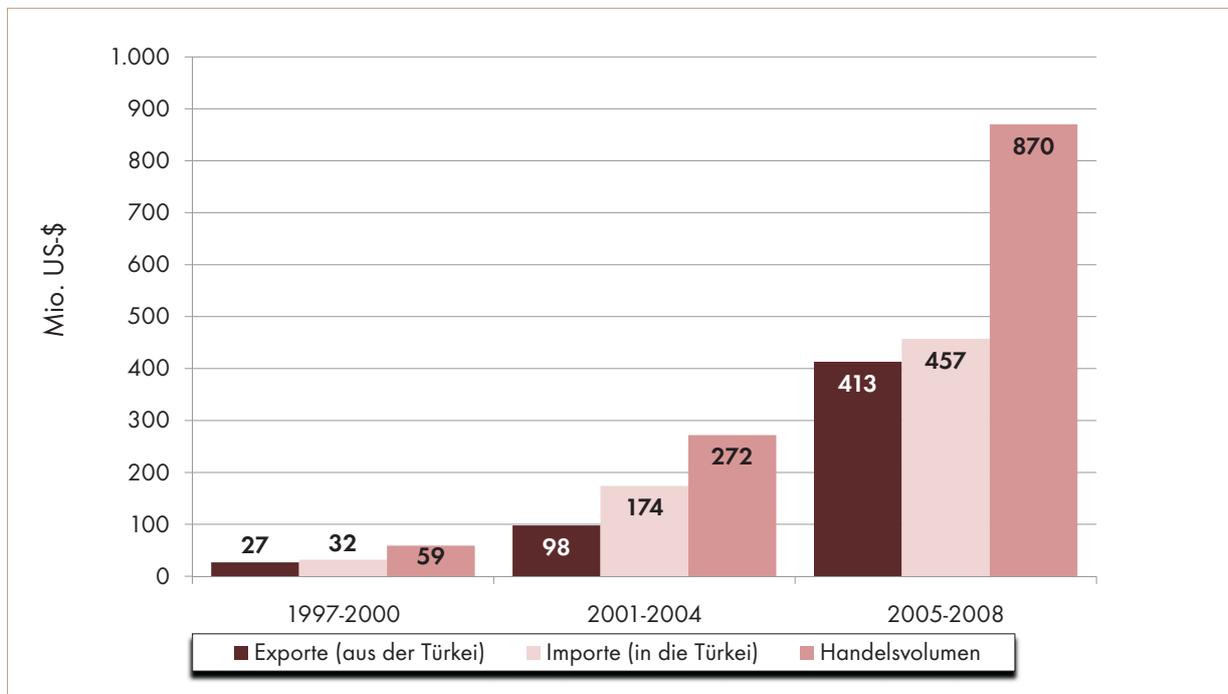


Quelle: Devlet İstatistik Kurumu, [http://tuik.gov.tr/VeriBilgi.do?tb\\_id=12&ust\\_id=4](http://tuik.gov.tr/VeriBilgi.do?tb_id=12&ust_id=4)

Der türkische Außenhandel mit Kirgistan 1997– 2008 (in Mio. US-Dollar)

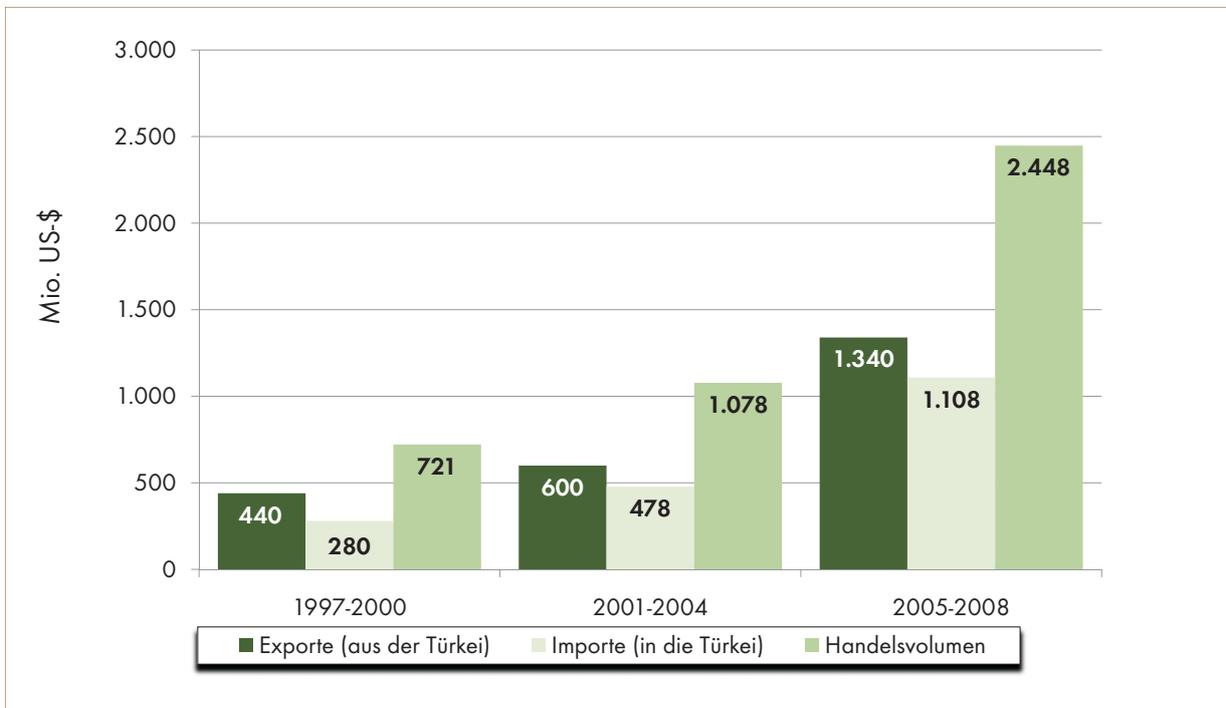


Der türkische Außenhandel mit Tadschikistan 1997– 2008 (in Mio. US-Dollar)

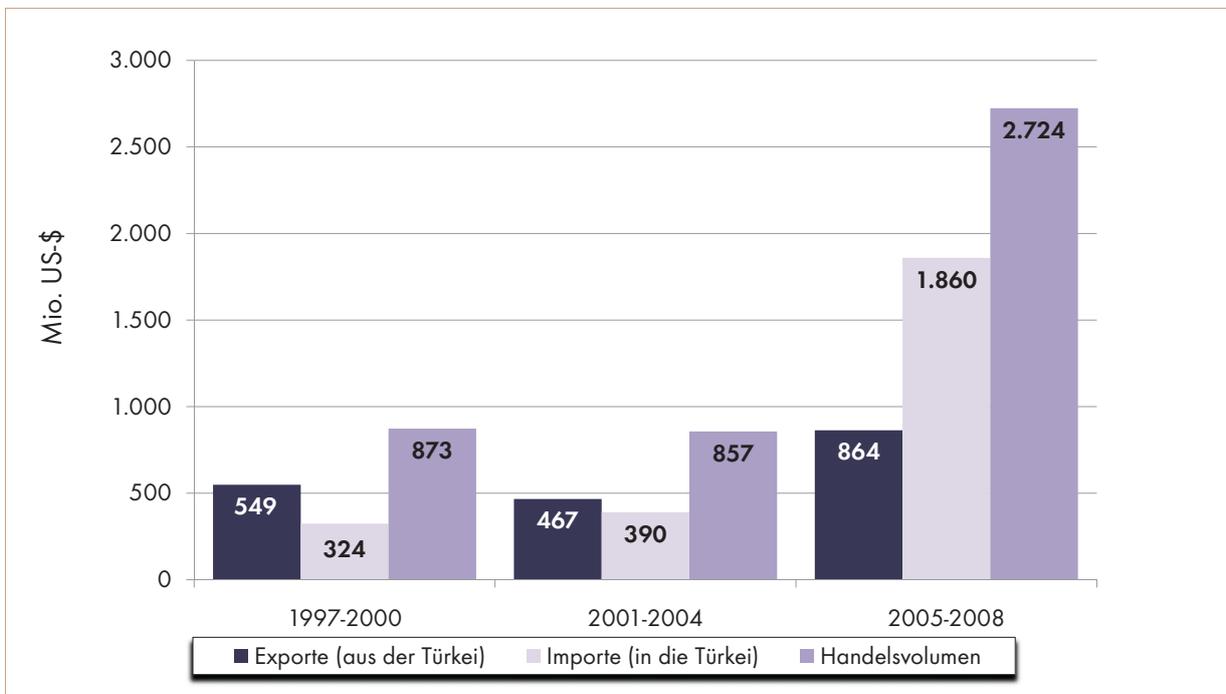


Quelle: Devlet İstatistik Kurumu, [http://tuik.gov.tr/VeriBilgi.do?tb\\_id=12&ust\\_id=4](http://tuik.gov.tr/VeriBilgi.do?tb_id=12&ust_id=4)

Der türkische Außenhandel mit Turkmenistan 1997– 2008 (in Mio. US-Dollar)



Der türkische Außenhandel mit Usbekistan 1997– 2008 (in Mio. US-Dollar)



Quelle: Devlet İstatistik Kurumu, [http://tuik.gov.tr/VeriBilgi.do?tb\\_id=12&ust\\_id=4](http://tuik.gov.tr/VeriBilgi.do?tb_id=12&ust_id=4)

**Der türkische Außenhandel mit den zentralasiatischen Staaten 1997–2008 (in Mio. US-Dollar)**

Land	Zeitraum	Exporte (aus der Türkei)	Importe (in die Türkei)	Handelsvolumen
Kasachstan	1997–2000	640	1.061	1.701
	2001–2004	870	1.003	1.873
	2005–2008	3.075	5.109	8.184
	<i>Insgesamt</i>	<i>4.585</i>	<i>7.173</i>	<i>11.758</i>
Turkmenistan	1997–2000	440	280	721
	2001–2004	600	478	1.078
	2005–2008	1.340	1.108	2.448
	<i>Insgesamt</i>	<i>2.380</i>	<i>1.866</i>	<i>4.247</i>
Usbekistan	1997–2000	549	324	873
	2001–2004	467	390	857
	2005–2008	864	1.860	2.724
	<i>Insgesamt</i>	<i>1.880</i>	<i>2.574</i>	<i>4.454</i>
Kirgistan	1997–2000	135	19	154
	2001–2004	157	48	205
	2005–2008	581	131	712
	<i>Insgesamt</i>	<i>874</i>	<i>198</i>	<i>1.071</i>
Tadschikistan	1997–2000	27	32	59
	2001–2004	98	174	272
	2005–2008	413	457	870
	<i>Insgesamt</i>	<i>538</i>	<i>663</i>	<i>1.201</i>
<i>Gesamt</i>		<i>10.257</i>	<i>12.474</i>	<i>22.731</i>

Quelle: Devlet İstatistik Kurumu, [http://tuik.gov.tr/VeriBilgi.do?fb\\_id=12&ust\\_id=4](http://tuik.gov.tr/VeriBilgi.do?fb_id=12&ust_id=4)

**Zentralasiatische Stipendiaten in der Türkei (Stand 2008)**

Länder	TÖMER (Sprachlern- institut für Türkisch- Lernende)	Fachhoch- schulen	Bachelor- studium	Master- studium	Promotion	Insgesamt
Aserbaidschan	68	2	237	173	177	657
Kasachstan	112	21	208	101	38	480
Kirgisien	42	28	319	161	59	609
Usbekistan	1	-	14	4	-	19
Tadschikistan	1	-	51	9	2	63
Turkmenistan	18	-	522	17	6	563
<i>Insgesamt</i>	<i>242</i>	<i>51</i>	<i>1.351</i>	<i>465</i>	<i>282</i>	<i>2.391</i>

Quelle: Abteilung für Lehre und Studium von Ausländern des türkischen Bildungsministeriums.  
<http://yeogm.meb.gov.tr/istatistik/ulkeler.html>

## Schulen der Fethullah-Gülen-Bewegung im Jahr 2008

Land	Zahl der Schulen	Zahl der Schüler	Zahl der Lehrkräfte
Kasachstan	29	5.539	570
Usbekistan	18	3.334	210
Turkmenistan	13	3.295	353
Kirgisien	12	2.093	291
Tadschikistan	5	694	107
Aserbaidtschan	12	3.023	338
<i>Insgesamt</i>	<i>89</i>	<i>17.978</i>	<i>1.869</i>

Quelle: Bayram Balcı, *Orta Asya'da İslam Misyonerleri. Fethullah Gülen Okulları [Islamische Missionare in Zentralasien. Die Schulen der Fethullah-Gülen Bewegung]*, Istanbul 2008, S. 191.

### Dokumentation

## Vom schwelenden Konflikt zum zukünftigen Flächenbrand?

### Die blutigen Proteste in Xinjiang und ihre Auswirkungen auf Zentralasien: Ein Blick in die Presse

Als sich am 5. Juli 2009 eine große Menschenmenge auf dem Platz des Volkes in der Millionenstadt Urumqi in der chinesischen Provinz Xinjiang versammelte, reagierte die internationale Öffentlichkeit wie gewohnt überrascht. Als es dann und auch in den folgenden Tagen zu massiven Ausschreitungen mit offiziell 184 Todesopfern, Hunderten Verletzten und Festgenommenen kam, umso mehr. Zu wenig ist noch immer bekannt über die isolierte Region, aus der unter chinesischem Druck von jeher nur wenige unabhängige und gesicherte Informationen nach außen dringen.

Und so wird auch dieses Mal unklar bleiben, wie es genau zu den Tumulten kam. Anfangs forderten uigurische Demonstranten die Aufklärung von Ereignissen, die wenige Tage zuvor zu heftigen Ausschreitungen zwischen han-chinesischen und uigurischen Arbeitern in einer Fabrik der südchinesischen Provinz Guangdong geführt hatten. Während die chinesische Führung diese Vorfälle noch gegenüber dem Ausland herunterspielen konnte, erwies sie sich gegenüber der angestauten Wut in der Heimatprovinz der Uiguren als machtlos: Gewalt brach aus, provozierte neue Gewalt, die erst nach Tagen unter massivem Polizei- und Armeeeinsatz, mit Ausgangssperren und Verhaftungen in allen Teilen Xinjiangs unter Kontrolle gebracht werden konnte.

Während die chinesische Führung sogleich von der Einmischung separatistischer Gruppen aus dem Ausland sprach, liegen die Ursachen für die Gewaltausbrüche tiefer. Groß sind die zwischenethnischen Unterschiede in der zunehmend von Han-Chinesen besiedelten Provinz, groß auch die sozioökonomischen Differenzen zwischen den Gruppen. Viele Uiguren und andere muslimische Minderheiten in der Provinz fühlen sich gegenüber der zuwandernden Bevölkerung ökonomisch benachteiligt. Der Zuwanderungsdruck sowie der Bruch zwischen Anspruch und Realität der Autonomiegesetze lässt zudem Ängste vor einer Verdrängung der eigenen Kultur aufkommen.

Die Führungen der zentralasiatischen Nachbarrepubliken reagierten zurückhaltend auf die gewaltsamen Proteste in ihrer Nachbarschaft. Zu eng sind die ökonomischen Beziehungen mit China: Kasachstan und Kirgistan wickeln jeweils zwei Drittel ihres bilateralen Handelsvolumens mit dem Reich der Mitte über die Provinz Xinjiang ab.

Die vorübergehende Schließung der kasachstanisch-chinesischen Grenze und das Schweigen gegenüber den, wie es heißt, inneren Angelegenheiten Chinas, hat jedoch auch andere Gründe. Zum einen haben sich die Mitgliedstaaten der SCO dazu verpflichtet, jegliche politische Einflussnahme in den anderen Mitgliedsstaaten zu unterlassen. Zum anderen leben auf dem heutigen Gebiet Kirgistans und besonders Kasachstans seit dem Ende des 19. Jahrhunderts größere uigurische Gruppen (nach offiziellen Angaben in Kirgistan 2009 ca. 51.900, in Kasachstan 2008 ca. 237.000 Menschen), deren Interessen es einerseits zu vertreten gilt, ohne dabei andererseits das Konfliktpotential im eigenen

Land zu steigern. Während die Behörden in Kirgistan uigurische Organisationen trotz hoch kochender Emotionen ob des chinesischen Vorgehens zur Besonnenheit aufgefordert und Proteste unterbunden haben, genehmigten die kasachstanischen Behörden kleinere Gedenkveranstaltungen und erst mit fast zweiwöchiger Verspätung, am 19.7.2009, eine Demonstration im Zentrum Almatys. Mit ca. 8.000 Teilnehmern war dies die größte ihrer Art in Kasachstan seit vielen Jahren: Ein wichtiges Zeichen nicht nur an die Führung in Peking, sondern auch in Astana.

Die hier vorliegenden Auszüge aus zentralasiatischen Medien geben das Echo auf die Ereignisse in Xinjiang in Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan wider. Im Vergleich zur verhaltenen Reaktion staatlicher Vertreter werden unterschiedliche, klar formulierte Positionen zu den Ursachen der Unruhen vertreten und auf die Risiken eines sich destabilisierenden Xinjiang für das ethnisch ebenfalls heterogene Zentralasien verwiesen.

Die beigefügte Karte stellt die Bevölkerungsverteilung und –mehrheiten in Xinjiang und darüber hinaus die Orte der zurückliegenden Zusammenstöße dar. Sie beruht auf Datenmaterial aus der kasachstanischen Zeitschrift *vox populi*.

*Henryk Alff*

## Streitkräfte zogen in die aufständische Stadt in China ein

Internetportal Asia-Plus, 09.07.2009

[www.asiaplus.tj/articles/122/3802.html](http://www.asiaplus.tj/articles/122/3802.html)

[...]

Die Unruhen in der Provinz Xinjiang im Nordwesten Chinas halten bereits mehrere Tage an.

Am Dienstag brachen die Proteste der Uiguren mit neuer Stärke aus. Die Demonstranten fordern von den Behörden die Freilassung ihrer während der Ausschreitungen am 5. Juli festgenommenen Verwandten. Ein BBC-Korrespondent wurde Augenzeuge einer Demonstration hunderter älterer Frauen, die Polizisten mit Fäusten drohten, während sie die Freilassung ihrer inhaftierten Angehörigen und Landsleute forderten.

Han-Chinesen bekräftigten hingegen ihre Absicht, sich und ihr Eigentum vor den Angriffen der nationalen Minderheit zu schützen.

Am Dienstagabend gingen Hunderte von Han-Chinesen auf die Straße. Nach Augenzeugenberichten waren sie mit Eisenstangen und Messern bewaffnet.

[...]

Sicherheitskräfte gingen gegen die chinesischen Demonstranten mit Tränengas und Schlagstöcken vor. Über die Stadt wurde eine Ausgangssperre verhängt.

Wie am Mittwoch Vertreter des Uigurischen Weltkongresses mit Sitz in München erklärten, seien in den Zusammenstößen allein in Urumqi, nicht zu sprechen von anderen Städten Xinjiangs, mehr als 840 Menschen ums Leben gekommen. »Wir fordern die chinesische Regierung auf, die Verantwortlichen für die Gewalt und den Tod zweier uigurischer Arbeiter in einer Fabrik in Guandong zur Verantwortung zu ziehen«, sagte der Generalsekretär der Organisation, Dolkun Isa.

Uigurische Exilorganisationen riefen auch die internationale Gemeinschaft zur Verurteilung der Ereignisse auf. Sie sollte, nach den Worten Isas, »ihre Beunruhigung über die brutale Niederschlagung der friedlichen Proteste der Uiguren und die unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt gegen sie ausdrücken.«

Die chinesische Führung erklärte, dass hinter den Protesten uigurische Separatisten aus dem Ausland steckten.

[...]

Chinesische Massenmedien kritisieren westliche Journalisten, die »Verbrecher in Schutz nehmen« und »die Hirngespinnste von Befürwortern der Unabhängigkeit Xinjiangs verbreiten« würden. Der Pressesekretär des chinesischen Außenministeriums, Tsin Gan, erklärte, dass es in Urumqi nicht »friedliche Proteste, sondern mutwillige Morde, Brandstiftungen und Plünderungen« gegeben habe und jene, die das Gegenteil behaupteten, »die Tatsachen verdrehen würden, um Verwirrung zu stiften.« Er äußerte die Hoffnung, dass »andere Staaten die Fakten anerkennen und separatistische Kräfte nicht unterstützen« werden.

*Aus dem Russischen von Henryk Alff*

## Die uigurische Wahl

Zeitschrift vox populi Nr 12 (16), 15. bis 31.07.2009

<http://www.voxpopuli.kz/articles/2/1/459>

Von Adil Kaukenow

»China ist eher bereit, Peking aufzugeben als Xinjiang.« – diese bereits vergessenen Worte Mao Zedongs haben heute neue Aktualität erlangt. In den vergangenen Jahren war vom Problem des Separatismus in Xinjiang kaum noch die Rede. Es wurde der dauerhafte Eindruck geschaffen, die chinesische Führung hätte die Unruheprovinz mit »Zuckerbrot und Peitsche« befriedet, indem sie einerseits enorme Mittel in das Programm zur »Großen Erschließung des Westens« investierte und andererseits brutal gegen Andersdenkende vorging.

Doch die tragischen Ereignisse, die zum Tod von 184 Menschen, nach Angaben des Uigurischen Weltkongresses sogar zu noch wesentlich mehr Opfern führten, demonstrieren anschaulich, dass auf den Kessel zwischenethnischer Widersprüche lediglich ein Deckel gelegt wurde. Unter dem Druck der Krise und sozialer Probleme ist die Anspannung schließlich ausgebrochen und hat zu unvorhersehbaren und erschütternden Folgen geführt. Doch was stellt heute Xinjiang dar? Sind die Zusammenstöße am Beginn des Monats Einzelereignisse oder Teil eines grundlegenden Prozesses? Wo liegen die Wurzeln der zwischenethnischen Widersprüche in Xinjiang? Und wirken sich diese Vorgänge auf das Leben in Zentralasien aus?

[...]

## Die Chronik des Grauens

Zeitschrift vox populi Nr 12 (16), 15. bis 31.07.2009

<http://www.voxpopuli.kz/articles/2/1/460>

Von Adil Kaukenow

**Die blutigen Unruhen zwischen Uiguren und Han-Chinesen, die sich am 5. Juli in Urumqi ereigneten, haben die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit erneut auf die »uigurische Frage« und die zwischenethnischen Probleme in Xinjiang gelenkt.**

[...]

Kacharman Koschamberdijew, Vizepräsident des Uigurischen Weltkongresses:

[...]

Am 5. Juli kam es zu Protesten von Uiguren, am 7. Juli von Han-Chinesen. Etwa 1.000 kräftige Menschen gingen auf die Straßen, das betrachte ich als Zeichen der Provokation. Die chinesische Führung initiierte sogar in der Kaiserzeit Ereignisse, die sie danach mit Gewalt niederzuschlug.

Es gab nie zwischenethnische Widersprüche zwischen Uiguren und Han-Chinesen, und es gibt sie auch jetzt nicht. Es ist die Kommunistische Partei, die versucht, hier Zwietracht zwischen den Ethnien zu säen, aber das sind keine zwischenethnischen Zusammenstöße. China unterhält enge Beziehungen zum pakistanischen Geheimdienst und die so genannte »Ostturkestanische Islamische Partei« ist ein Klon, der von den Geheimdiensten Chinas geschaffen wurde.

Doch der Grund der Aufstände ist anderer Stelle zu suchen. Das 1984 verabschiedete Autonomie-Gesetz fordert Bildung in der Nationalsprache – schon dieses Prinzip wurde verletzt. Darüber hinaus gibt es nicht in einem chinesischen Privatunternehmen, nicht in einem großen Industriebetrieb, nicht zu reden von der Rüstungsindustrie, uigurische Mitarbeiter. Sie sind dort Einzelpersönlichkeiten.

In die Wohnviertel der Han-Chinesen gehen keine Uiguren mehr und andersherum – es kommt gleich zu Problemen, Schlägereien.

Konstantin Syrojeschkin, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kasachstanischen Institut für Strategische Studien:

Es ist wichtig hervorzuheben, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Konflikte in Xinjiang han-chinesische Zivilbevölkerung beteiligt war. Davor mischte sie sich in die Zwistigkeiten zwischen Uiguren und Staatsmacht nicht ein. [...] Es hat sich etwas zusammengebraut. Was wir jetzt in Xinjiang beobachten, ist ein rein zwischenethnischer Zusammenstoß. Die Position der Han-Chinesen ist einfach: »Wir haben hier investiert, gebaut, und nun wollt ihr unseren Beitrag nicht anerkennen, ihr sagt »Haut ab von hier!« Doch ist das eben nicht ganz korrekt.

Was die Version der chinesischen Führung über ausländische Einmischung betrifft, ist alles denkbar. Wir vernachlässigen die Bedeutung des Internets. Nicht ohne Grund sind zuerst die Studenten auf die Straße gegangen. Im Zimmer jedes Studenten der Universität von Xinjiang steht ein Rechner mit Internet.

[...]

Am 1. Juli erschien ein Protestaufruf des Uigurischen Weltkongresses zu den Vorkommissionen in der Provinz Guangdong im Internet. Und darüber hinaus, findet man, wenn man auf deren Homepage sucht, noch weitere früher veröffentlichte Dokumente mit ähnlichen Botschaften.

Um ehrlich zu sein, glaube ich nicht, dass Rabiya Kadeer sich mit irgendjemandem in China in Verbindung gesetzt, Handlungen koordiniert hat, das ist keine Frauensache. Aber, dass ihre Organisation dorthin Beziehungen unterhält, steht außer Frage.

*Aus dem Russischen von Henryk Alff*

## Ostturkestan am Rande des Flächenbrands

Zeitung Respublika, Nr. 25 (130) vom 10.07.2009

<http://www.respublika-kaz.info/news/politics/4384/>

*Von Anatolij Iwanow*

Das offizielle Astana befindet sich gerade in einer Art Angststarre, ist es doch seit Erlangung der Unabhängigkeit noch nie in eine solch schwierige Lage geraten. Falls die zwischenethnischen Zusammenstöße im benachbarten Xinjiang anhalten, werden die kasachstanische Führung und auch die der anderen zentralasiatischen Staaten viele Pläne begraben können. Berücksichtigt man den sich verschärfenden Charakter der Zusammenstöße zwischen Uiguren und Han-Chinesen, ist diese Perspektive durchaus realistisch.

[...]

Auch der Regierungsvertreter der autonomen Region Xinjiang, Nur Bekri, leistet seinen Beitrag (an der offiziellen chinesischen Berichterstattung über die Unruhen – Anm. d. Redaktion). In Stellungnahmen in den staatlichen Fernsehkanälen erklärte er unumwunden, dass hinter den Ausschreitungen in Urumqi der Weltkongress der Uiguren unter Vorsitz von Rabiya Kadeer stehe.

Dies sei alles Ergebnis der chinesischen kommunistischen Propaganda, glaubt Nasym, eines der aktiven Mitglieder der in Kasachstan nicht registrierten uigurischen Bewegung:

»Sagen Sie, ist es möglich einen Menschen des Versuches zur Destabilisierung der Situation in Xinjiang zu beschuldigen, der Menschenrechtler ist und schon mehrere Male für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen wurde? Die tatsächlichen Wurzeln der aktuellen Ereignisse in Urumqi, Kaschgar, Kuldscha und anderen Städten Xinjiangs liegen nicht so sehr im politischen, wie im ökonomischen Bereich begründet. Bevor die chinesischen Behörden in Urumqi die Telekommunikations- und Internetverbindungen und in den uigurischen Stadtvierteln auch den Strom gekappt hatten, konnte ich mit meinen Verwandten sprechen. Und sie alle sagten mir, dass nicht die Ansprache Kadeers oder die Vorfälle in der Provinz Guangdong Hauptgründe für die Ausschreitungen waren. Kaum einer weiß davon, doch alles begann bereits am 2. Juli auf den Basaren der Stadt, als Händler uigurischer Herkunft sahen, dass ihre Marktstände von Han-Chinesen besetzt worden waren. Sie fragten nach Gründen dafür, doch niemand wollte irgendetwas erklären. Ähnliches war auch an den beiden darauf folgenden Tagen zu beobachten. Ist das etwa nicht beleidigend? So gingen die Leute eben auf die Straße, um die Wahrheit zu erfahren.«

[...]

Und Nasym hat noch ein weiteres gewichtiges Argument für den ökonomischen Hintergrund der in Xinjiang begonnenen Unruhen:

»Zweifellos haben die Chinesen viel für die Entwicklung der Region getan. Jeder, der vor 15 Jahren in Urumqi oder Kuldscha war, weiß, woran diese Städte erinnerten. Sie befanden sich faktisch im Zustand der Vernachlässigung. Rasendes Wachstum setzte ein, als China westlichen Investoren die Türen öffnete. Es begann in ganz China, aber in Xinjiang war es besonders auffällig. Sie verstehen schon: billige Arbeitskraft, große Mengen an Bodenschätzen. Wolkenkratzer tauchten auf, Hochstraßen, verschiedene Autobahnkreuze. Und einige Zeit war auch alles normal. Nicht sehr lange, aber es war so. Kein Uigure hat sich aufgeregt. Sie freuten sich sogar, ohne dem massenhaften Erscheinen vieler Han-Chinesen besondere Bedeutung beizumessen. Sie lebten gut zusammen, niemand rührte jemanden an. Die Probleme begannen vor zwei Jahren und stehen in Zusammenhang mit der weltweiten Krise. Die chinesische Führung sagt doch nur, dass bei ihnen alles in Ordnung sei und es keine Krise gäbe. Völliger Unsinn. Denken Sie nur mal nach, wohin die ganze Produktion von Gebrauchsgegenständen »Made in China« gewandert ist?«

[...]

Was man auch sagen mag, die Situation ist tatsächlich sehr, sehr ernst. Deshalb erstaunt auch die Position, die das offizielle Astana dazu einnimmt. Kopf in den Sand! Teilweise kann man die kasachstanische Führung verstehen: Es ist noch kein Jahr vergangen, dass Peking Kasachstan 10 Mrd. US-Dollar zur Verfügung gestellt hat. Doch verlangt ja niemand von der Regierung Kasachstans, die Innenpolitik Chinas zu kritisieren. Ausreichend wäre ja, seine Beunruhigung in Verbindung über die Vorfälle in Xinjiang kundzutun und gleichzeitig seine Vermittlungsdienste für den Prozess der Regulierung des ethnischen Konflikts in Xinjiang anzubieten.

Es scheint allerdings, dass solche Perspektiven Astana nicht reizen. Es ist wesentlich leichter, weit entfernt von Kasachstan in der Rolle des Friedensstifters aufzutreten, irgendwo im Nahen Osten. Und ruhiger wird es sein und mit weniger Verantwortung verbunden – den palästinensisch–israelischen Konflikt haben sogar die Großmächte bisher vergeblich zu schlichten versucht. Doch wenn Xinjiang brennt, werden sich auch die chinesischen Milliarden in Luft auflösen...

[...]

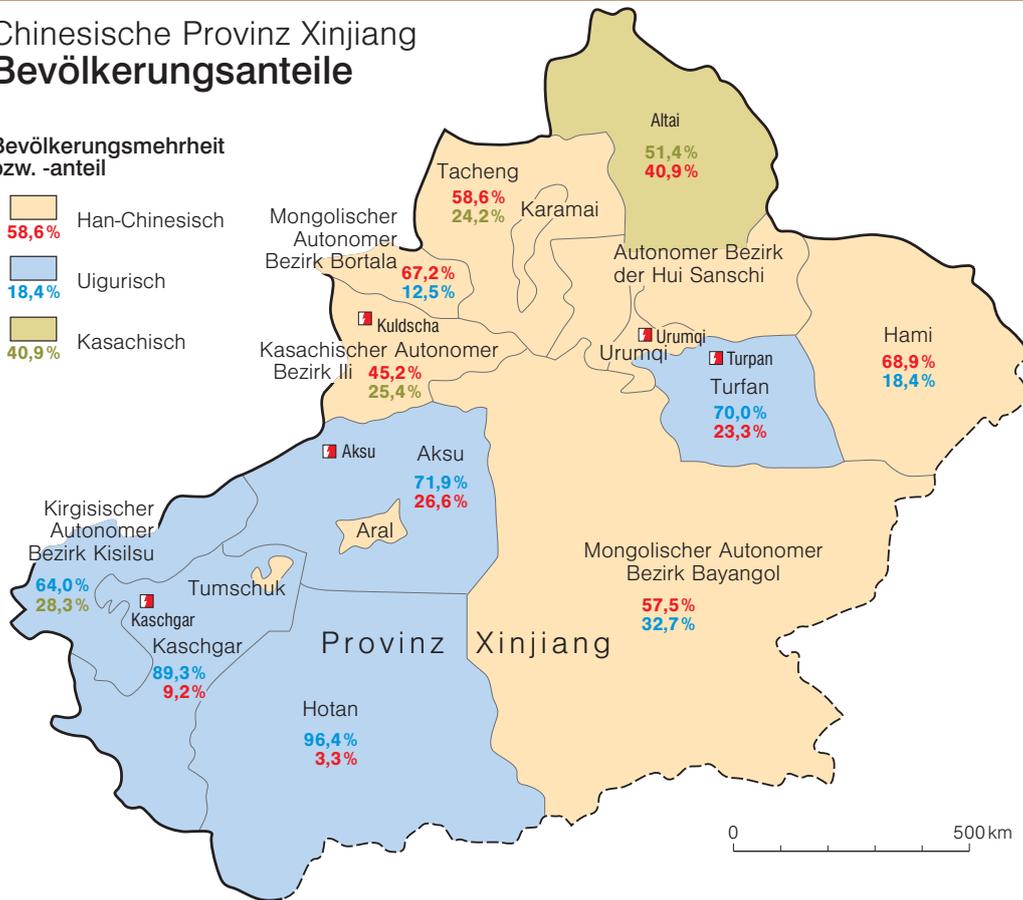
*Aus dem Russischen von Henryk Alff*

**Karte**

**Chinesische Provinz Xinjiang  
Bevölkerungsanteile**

Bevölkerungsmehrheit  
bzw. -anteil

- Han-Chinesisch  
58,6%
- Uigurisch  
18,4%
- Kasachisch  
40,9%



- Staatsgrenze
- Provinzgrenze
- Grenze der Verwaltungseinheit
- Orte mit Ausschreitungen vom 5. bis 7. Juli 2009

Quelle:  
Zeitschrift vox populi Nr. 12 (16)  
vom 15.7. bis 31.7.2009



**Dokumentation****Wie der Alte zum Neuen wurde****Zahlen und Kommentare zu den Präsidentschaftswahlen in Kirgistan**

Am 23. Juli 2009 wurde in Kirgistan mit Kurmanbek Bakijew erwartungsgemäß der amtierende Präsident von der Bevölkerung wiedergewählt. Der Ablauf des Wahltages und die Höhe des Wahlergebnisses brachten aber einige unerwartete Überraschungen.

Bakijew war am 10. Juli 2005 als Nachfolger des in der sog. »Tulpenrevolution« gestürzten Askar Akajew zum ersten Mal ins Amt gewählt worden. Die hohen Erwartungen der Bevölkerung, die von Bakijews Regierung eine Verbesserung ihrer Lage in nahezu allen Lebensbereichen erwartet hatte, erfüllten sich jedoch nicht. Viele Beobachter konstatierten im Gegenteil sogar noch eine Verschlechterung im Hinblick auf Korruption und Schwäche des Staates. Auch schon vor der globalen Finanzkrise wiesen außerdem die Wirtschafts- und Sozialdaten Kirgistan als zweitärmsten Staat der Region aus. (Siehe Zentralasien-Analysen Nr. 14/2009.) Die moralisch diskreditierte, uneinige und ungeschickt agierende Opposition des Landes war aber nicht in der Lage, aus dieser Situation Profit zu schlagen. (Siehe Zentralasien-Analysen Nr. 11/2008.)

Die Amtszeit des kirgisischen Präsidenten beträgt laut Verfassung fünf Jahre. Der vorgezogene, sommerliche Termin beruhte auf einem Urteil des Verfassungsgerichtes und führte dazu, dass die Phase der Wahlvorbereitung und des Wahlkampfes sehr kurz war.

Zwar hatten sich Vertreter der Oppositionsparteien darum bemüht, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen, um die Stimmen der unzufriedenen Bevölkerung zu bündeln. Allerdings mit nur mäßigem Erfolg, denn letztlich gelang es nach langen Debatten nur zwei Parteien, sich auf einen Kandidaten zu einigen und die Vereinigte Volksbewegung zu bilden.

Nachdem zwischenzeitlich über 20 Personen ihre Kandidatur angekündigt hatten, standen letztlich sechs Namen auf den Wahlzetteln. In alphabetischer Reihenfolge waren dies:

- **Almasbek Atambajew**, (Jg. 1956), Kandidat der Vereinigten Volksbewegung und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, mehrmals Minister und 2007 Premierminister;
- **Kurmanbek Bakijew**, (Jg. 1949), Amtsinhaber und Vorsitzender der Regierungspartei Ak Schol, einziger aus dem Süden stammender Kandidat, 2000–2002 Premierminister;
- **Nurlan Motujew**, (Jg. 1969), Unternehmer, Mitbegründer und Vorsitzender der Joomart-Partei und stellvertretender Vorsitzender der Kirgisischen Moslem-Union;
- **Jenischbek Nasaralijew**, (Jg. 1961), Arzt und Drogentherapeut, Mitglied der Asaba-Partei;
- **Temir Sarijew**, (Jg. 1963), Großunternehmer, Mitbegründer und Vorsitzender der Partei Ak-Schumkar;
- **Toktajim Umetalijewa**, (Jg. 1962), Vorsitzende der Assoziation der NGOs und nichtkommerziellen Organisationen, einzige Frau im Kandidatenfeld.

Schon vor dem Wahltag bestand kein Zweifel, dass der Sieger am 23. Juli Kurmanbek Bakijew heißen würde. Auch wenn die Bevölkerung enttäuscht und desillusioniert von der Politik der letzten Jahre ist, hat sie in Kirgistan wie ganz Zentralasien die Tendenz, immer wieder den Amtsinhaber zu wählen. Der vorgezogene Termin wirkte zudem ebenso für Bakijew, wie die Tatsache, dass die staatliche Administration ihn bevorzugt behandelte. Bakijew konnte aber auch deshalb den Wahlkampf dominieren, weil ihm mit 35,5 Mio. Som (ca. 829.000 US-Dollar) mehr als neunmal soviel Geld zur Verfügung stand wie dem einflussreichsten Gegenkandidaten Atambajew. So war Bakijew auf Plakaten und in Fernsehspots omnipräsent, während man nach Werbung seiner Gegenkandidaten vielerorts suchen musste. Durch ihr Gerangel um Teilnahme bzw. Absage an kostenlosen TV-Debatten brachten sich Oppositionsvertreter allerdings auch selber ins Abseits.

Sorge hatte man um das Zustandekommen der Wahlen. Da die ca. 2,7 Mio. Wahlberechtigten wenig Interesse am Wahlkampf gezeigt hatten und der Tag der Abstimmung mitten in der Ferienzeit lag, fürchtete die Administration, dass das gesetzlich vorgeschriebene Quorum von 50 % verfehlt werden könnte.

Der Wahltag brachte dann insofern Überraschungen, als die Kandidaten Atambajew und Nasaralijew am Nachmittag aus Protest gegen die von ihren Vertretern beobachteten Wahlfälschungen und die Verhaftung von Atamba-

jew-Anhängern auf einer Protestdemonstration in Balykschy (Issyk-Kul) erklärten, dass sie ihre Kandidatur zurückziehen würden. Allerdings hatte dies nur symbolische Bedeutung, da ein Rückzug zu diesem Zeitpunkt juristisch gar nicht möglich war. Die zweite nachmittägliche Überraschung war die unerwartet hohe Wahlbeteiligung, die schon gegen Mittag die kritische Marke von 50 % überschritten haben soll, nach Meinung von Beobachtern allerdings nicht auf ganz legalem Weg erreicht worden sein kann. Und schließlich war zwar nicht der Sieg Bakijews überraschend, aber doch die Höhe seines Ergebnisses, das am Wahlabend mit mehr als 86 % angegeben wurde.

Die Opposition, vor allem Atambajew, erklärte, dass sie das Ergebnis nicht anerkennen würde und versuchte, ihre Anhänger zu mobilisieren. Dies blieb aber genauso ohne Erfolg wie Atambajews Versuch, in Moskau Unterstützung für seine Position zu finden. Den Beschwerden der Atambajew-Anhänger wurde zwar nachgegangen – die am 27.7. bekannt gegebenen offiziellen Endergebnisse lagen für Bakijew um ca. 10 % unter den vorläufigen vom 24.7. und für die Oppositionskandidaten entsprechend etwas höher – am grundsätzlichen Wahlausgang änderte dies allerdings nichts. Kurmanbek Bakijew hat am 2. August 2009 den Amtseid abgelegt und seine zweite Amtszeit offiziell begonnen.

OSZE/ODHIR und EU haben den Ablauf der Wahlen mit ungewöhnlich deutlichen Worten kritisiert, während die Wahlbeobachter der GUS und SCO sie als den Gesetzen entsprechend, frei und fair, beurteilten.

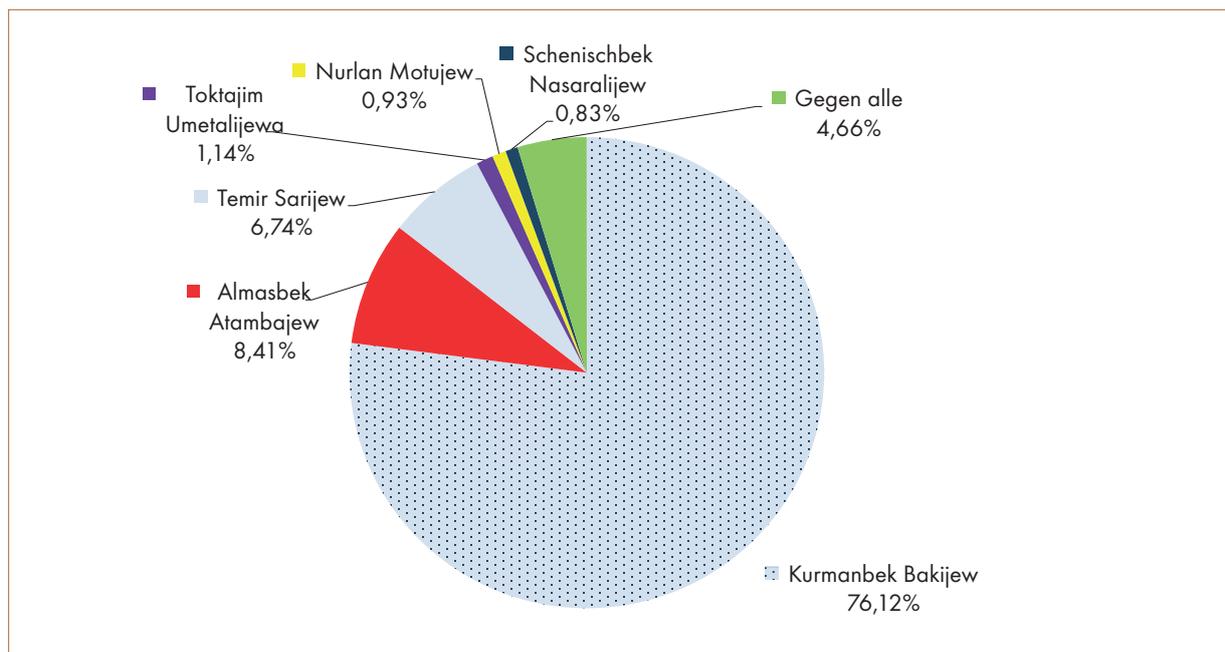
In der folgenden Dokumentation finden Sie die Wahlergebnisse, ausgewählte Ergebnisse einer repräsentativen Meinungsumfrage unter der kirgisischen Bevölkerung zu wahlrelevanten Themen vom Mai dieses Jahres sowie offizielle und inoffizielle Kommentare zur Wahl. Die offiziellen endgültigen Ergebnisse sind (noch) nicht auf der Website der Wahlkommission veröffentlicht, die in der Presse publizierten variieren nach unseren Recherchen geringfügig.

Die Wahl wurde von mehr als 500 Wahlbeobachtern verschiedener internationaler Organisationen (ODHIR, EU, GUS, SCO) beobachtet. Wir haben für Sie die beiden wichtigsten – widersprüchlichen – Stellungnahmen auszugsweise übersetzt. Außerdem finden Sie auf den folgenden Seiten Kommentare aus kirgisischen und anderen zentralasiatischen Medien, sowohl regierungsnahen wie der Tageszeitung Wetscherny Bischkek wie auch kritischeren wie der Wochenzeitung Reporter Bischkek und den einschlägigen Internetportalen.

Beate Eschment

## Wahlergebnisse (Stimmenanteil in Prozent)

Wahlbeteiligung: 79,10 %



Quelle: Internetportal Fergana.ru unter Berufung auf Akipress.kg: <http://www.ferghana.ru/news.php?id=12530&mode=snews>

## Kirgistan vor den Wahlen – ein Stimmungsbild

Erstellt von: International Republican Institute ([www.iri.org](http://www.iri.org)) und Baltic Surveys Ltd./The Gallup Organization ([www.gallup.com](http://www.gallup.com)) mit finanzieller Unterstützung von USAID

Durchführungszeitraum: 22.4. bis 9.5.2009

### Internetadresse:

<http://www.iri.org/eurasia/kyrgyzstan/pdfs/2009%20July%2013%20Survey%20of%20Kyrgyzstani%20Public%20Opinion,%20April%2022-May%209,%202009.pdf>

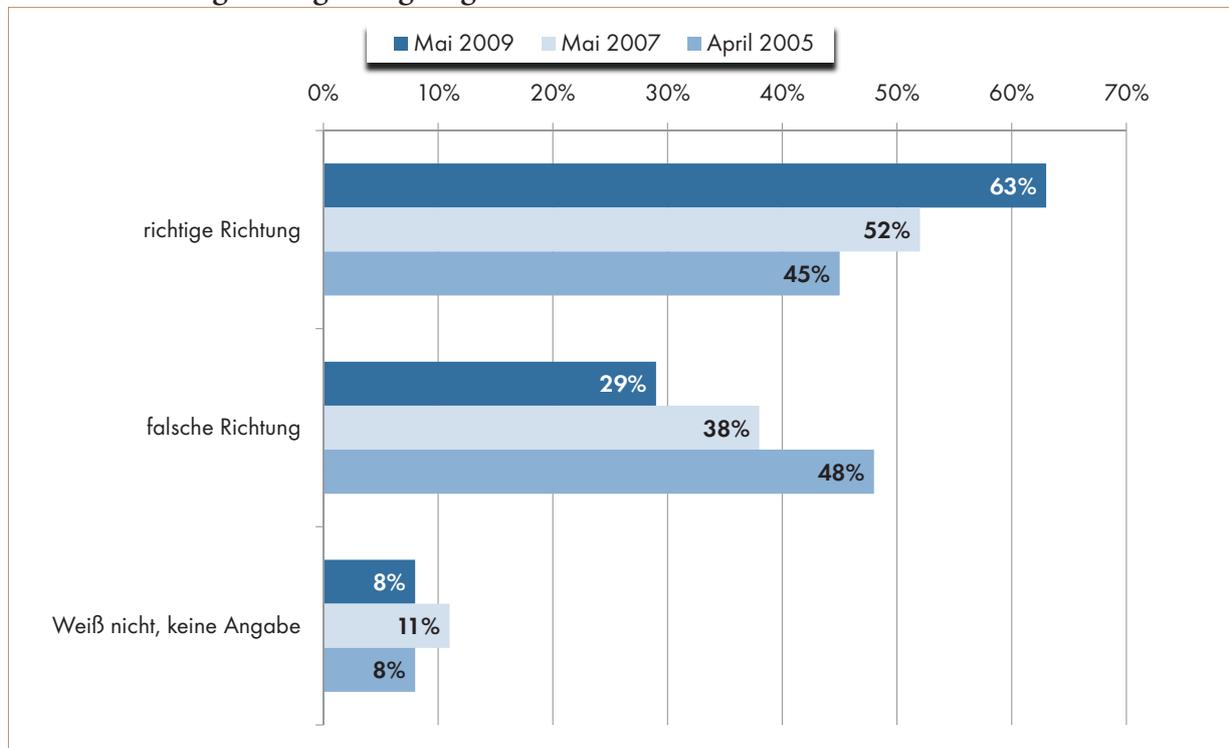
### Beschreibung:

Diese von IRI und Baltic Surveys Ltd./The Gallup Organization durchgeführte Umfrage ist die siebente ihrer Art in Kirgistan seit der Märzrevolution 2005. Sie fand dieses Mal im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen statt. Einige ausgewählte Ergebnisse sollen deshalb hier die gesellschaftliche Meinung über die politischen und sozioökonomischen Verhältnisse kurz vor dem Wahlgang illustrieren.

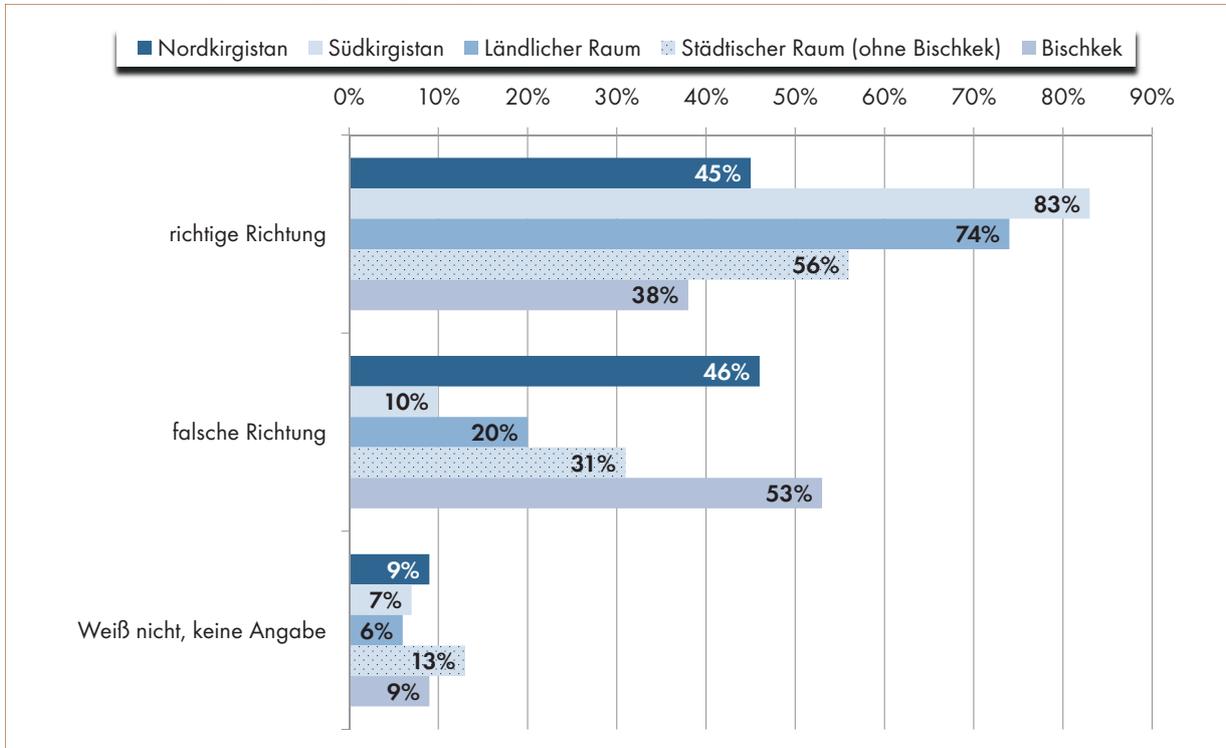
Befragt wurden insgesamt 1.500 volljährige Personen. Die Umfrage ist in Bezug auf Alter, Geschlecht, Bildung und Religionszugehörigkeit repräsentativ. Hinsichtlich ethnischer Zugehörigkeit der Befragten sind Kirgisen (75 %) und Russen (11 %) gegenüber Usbeken (9 %) und anderen ethnischen Gruppen (5 %) angesichts ihres tatsächlichen Bevölkerungsanteils leicht überrepräsentiert.

### 1. (Allgemeine) Stimmung im Land

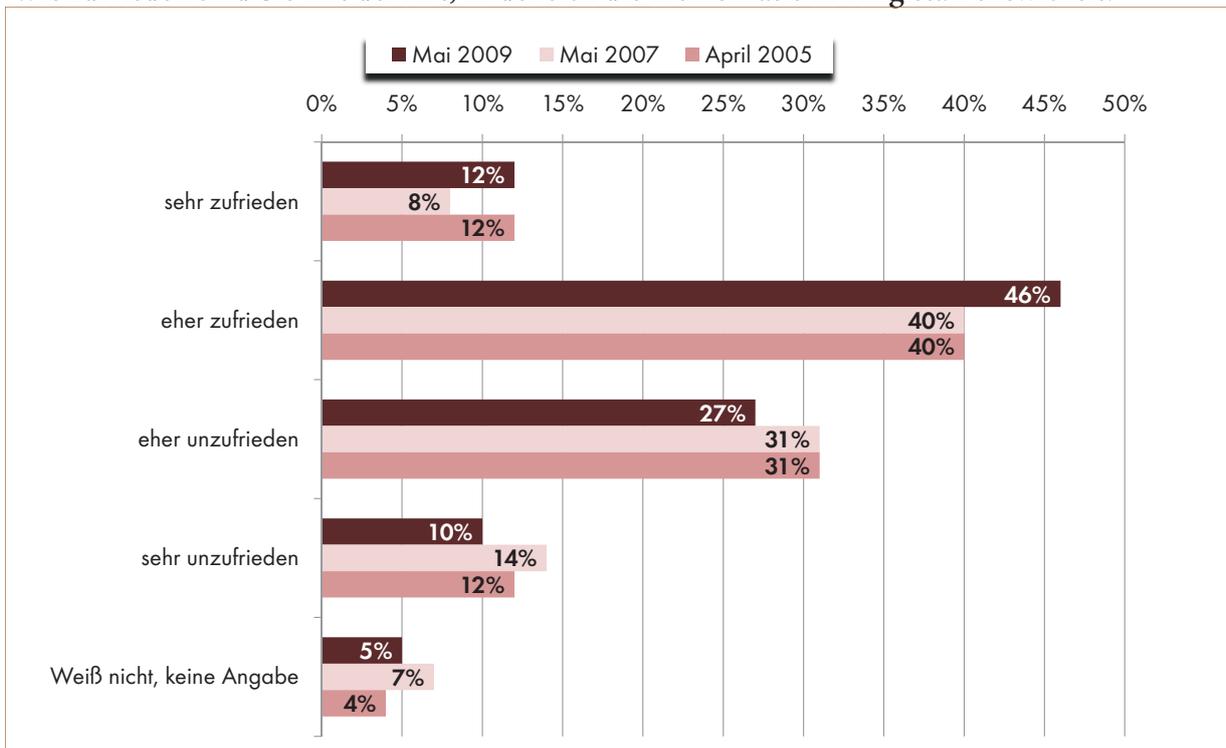
#### Die Entwicklung in Kirgistan geht grundsätzlich in die...



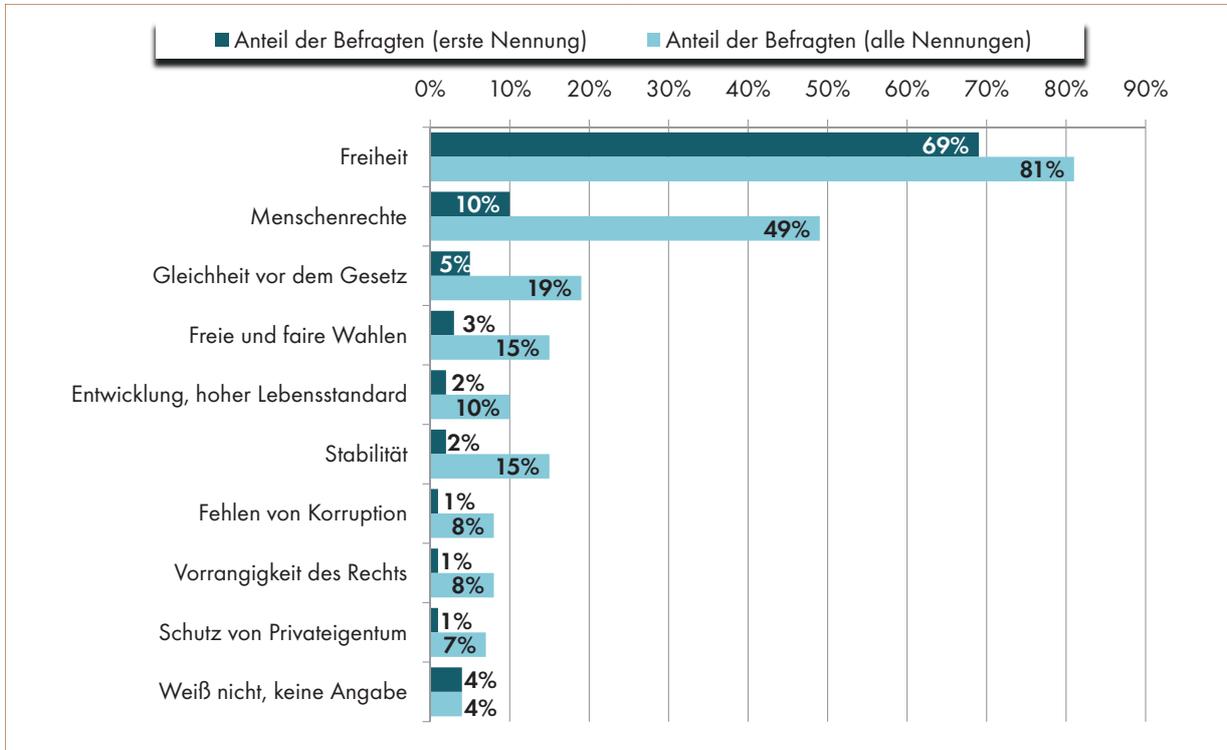
Die Entwicklung in Kirgistan geht grundsätzlich in die...



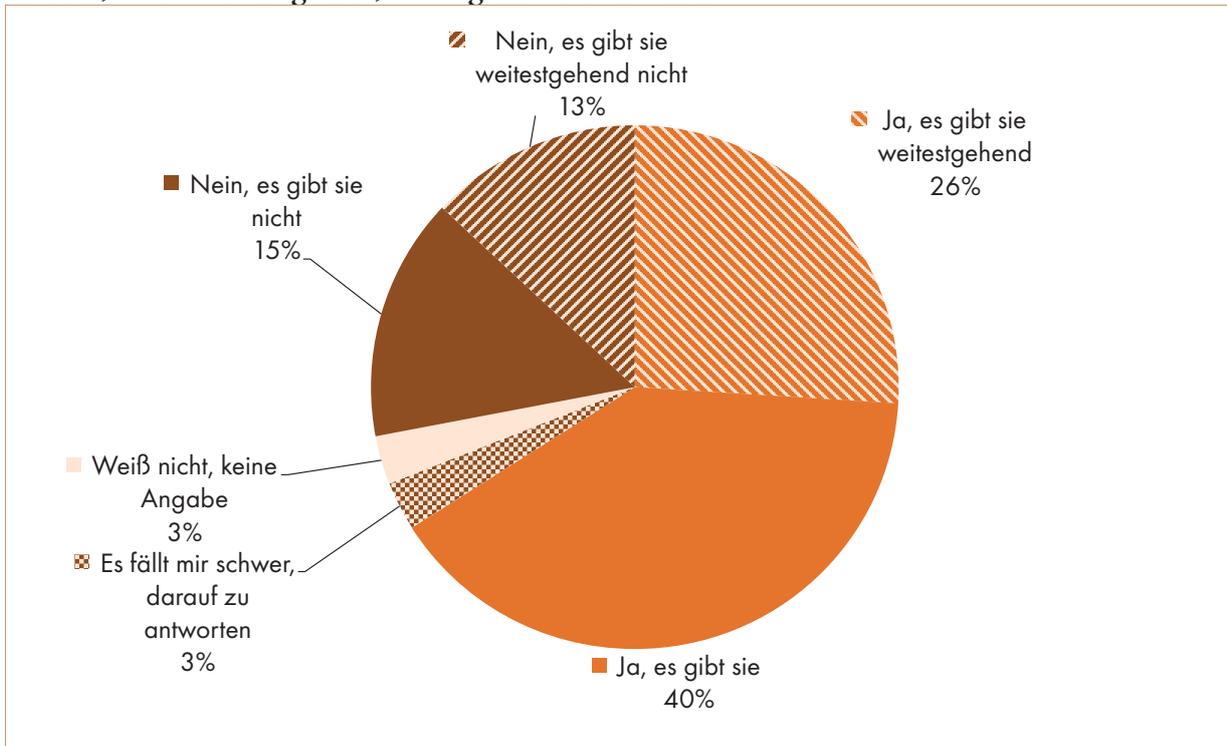
Wie zufrieden sind Sie mit der Art, in der sich die Demokratie in Kirgistan entwickelt?



Was bedeutet Demokratie für Sie? (drei Nennungen erlaubt)

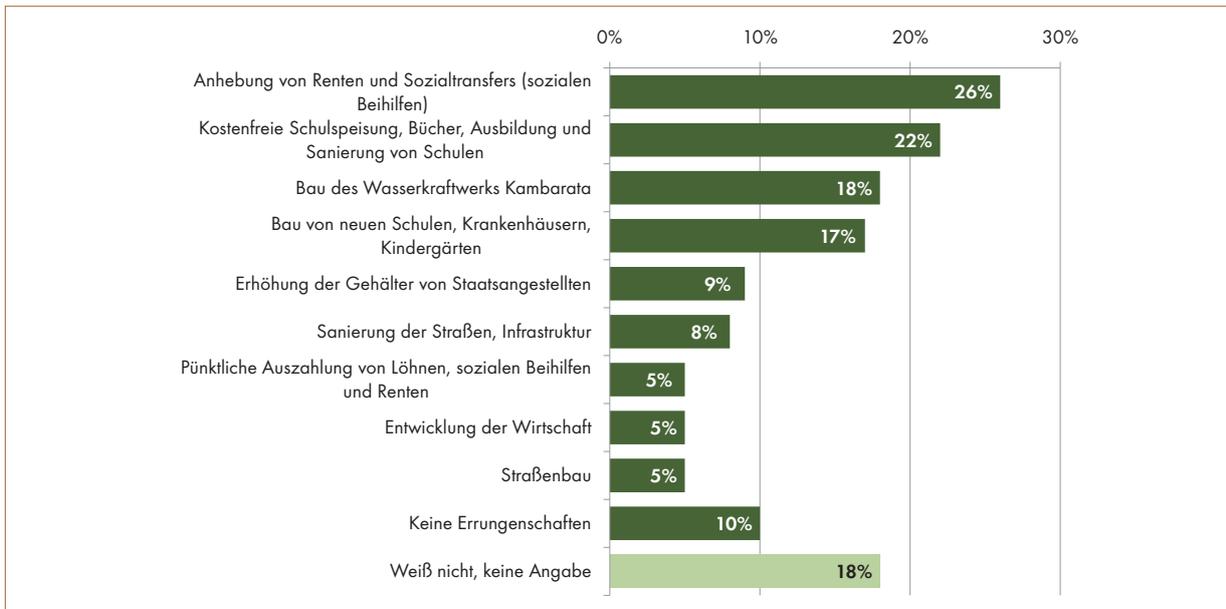


Gibt es, Ihrer Meinung nach, in Kirgistan Demokratie?



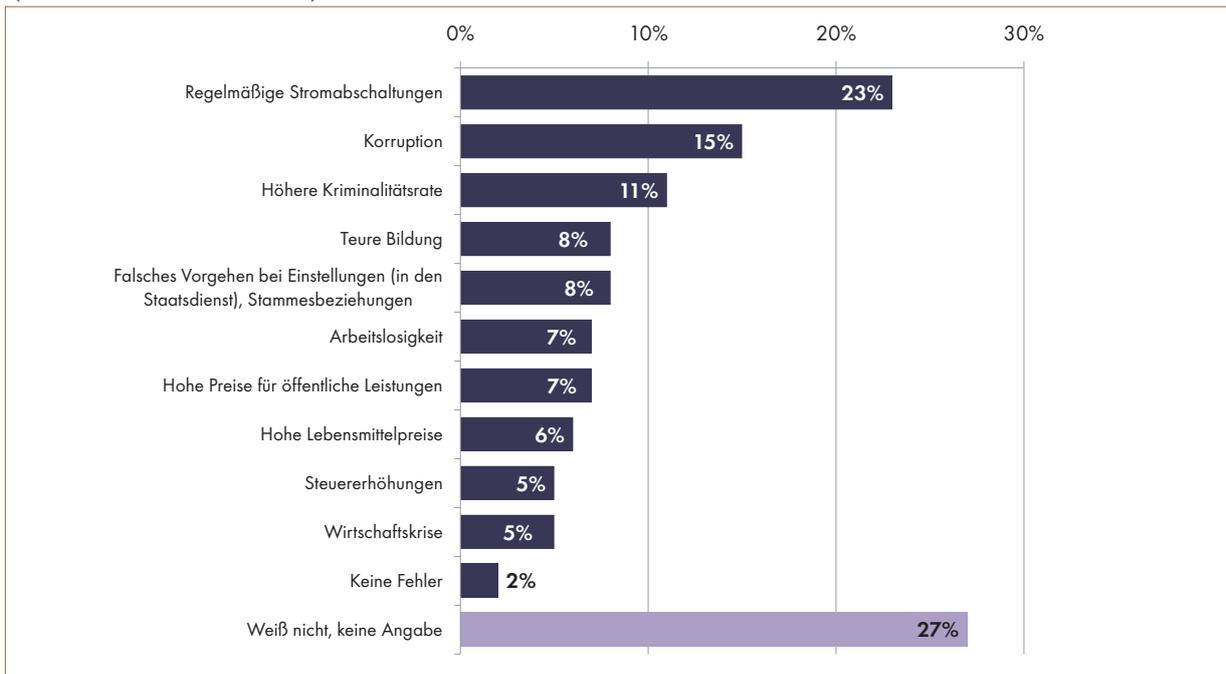
## 2. Politik

Was waren die wichtigsten Errungenschaften in der Amtszeit Präsident Kurmanbek Bakijew?  
(drei Antworten erlaubt)



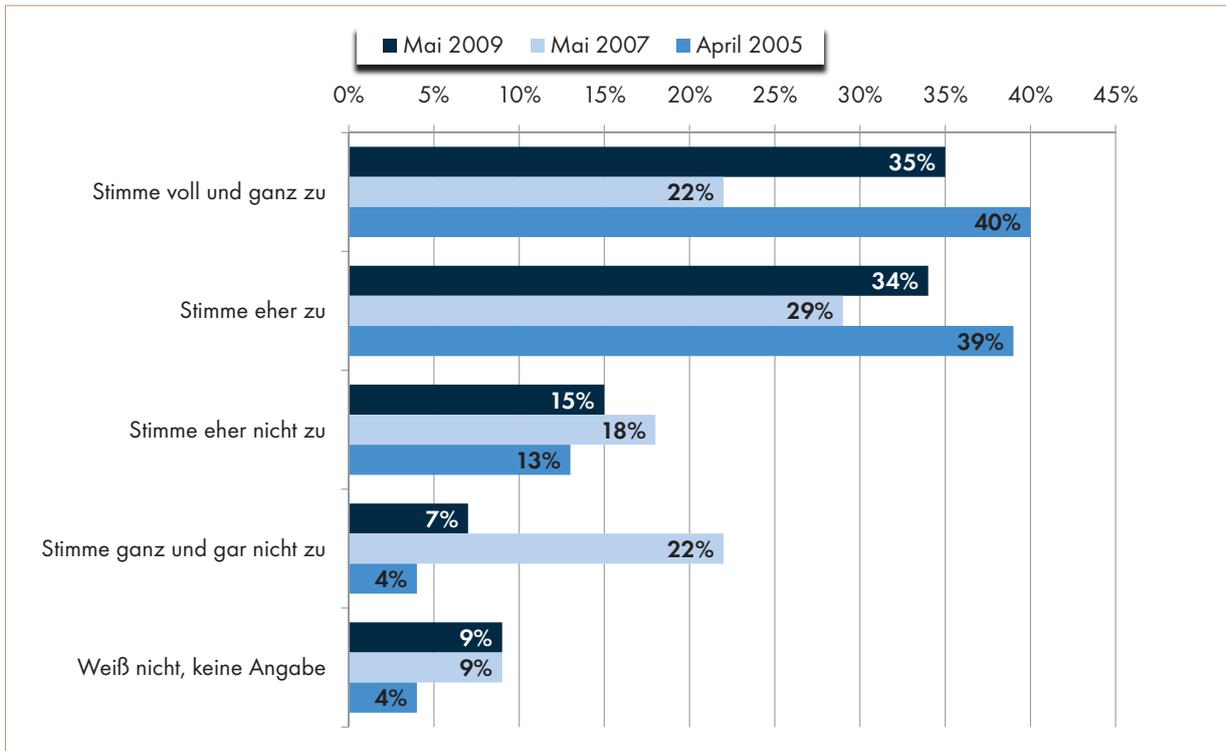
Anmerkung der Redaktion: Nur Antworten über 5 % genannt

Was waren die größten Fehler in der Amtszeit Präsident Kurmanbek Bakijew?  
(drei Antworten erlaubt)



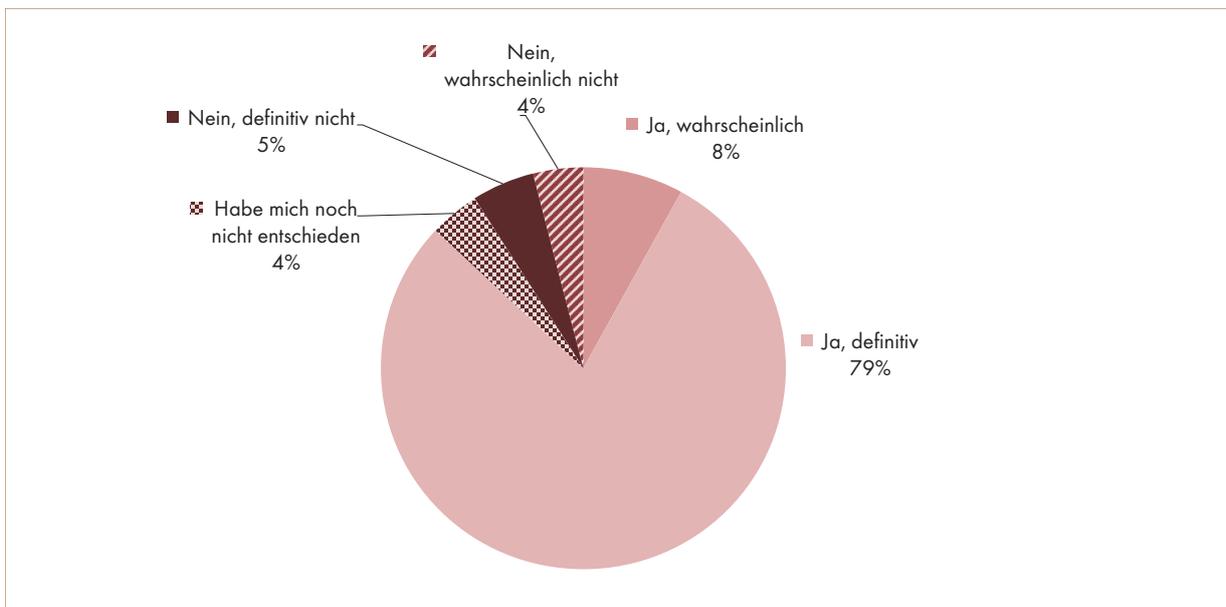
Anmerkung der Redaktion: Nur Antworten über 5 % genannt

Stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht: »Es ist gesund für Kirgistan, eine aktive Opposition zu haben.«



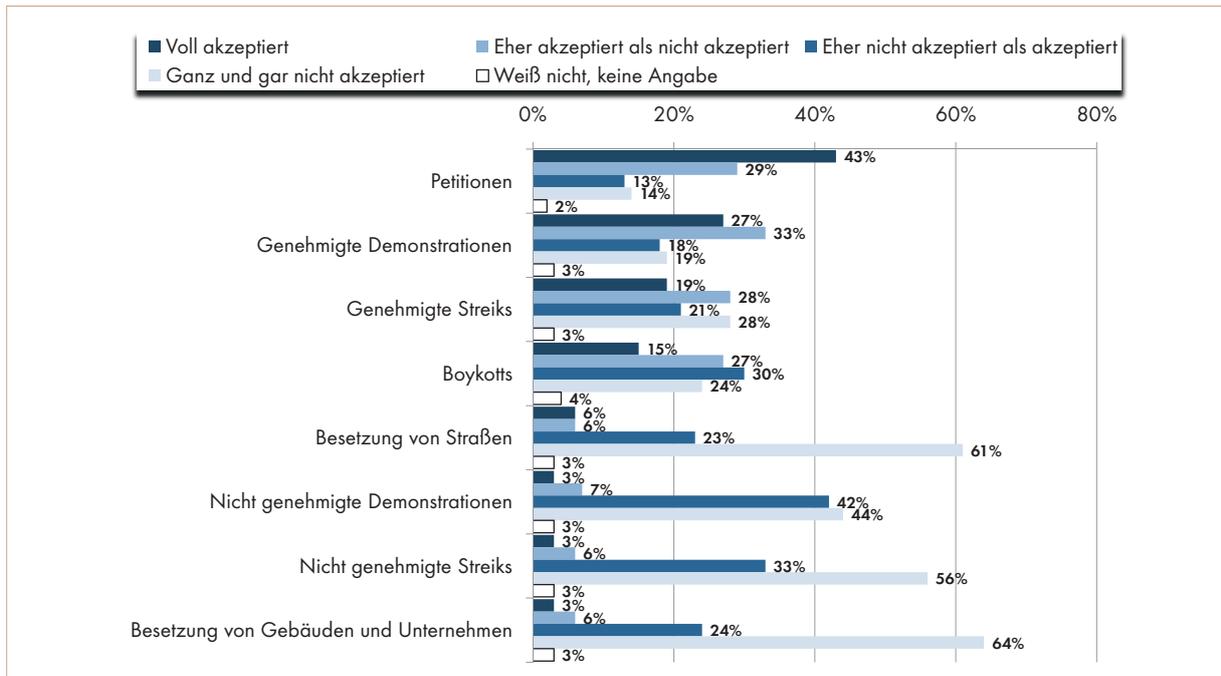
### 3. Wahlen

Werden Sie zu den bevorstehenden Wahlen gehen?



#### 4. Werte

Inwieweit sind, nach Ihrer Meinung, die folgenden Formen des Protests von der Bevölkerung akzeptiert?



## Kommentare und offizielle Stellungnahmen zur Wahl

Die kirgisischen Präsidentenwahlen haben, trotz einiger positiver Elemente, Schlüsselvorgaben der OSZE nicht erfüllt

Presseerklärung der OSZE/ODHIR-Wahlbeobachtungsmission, Bischkek, 24.7.2009

[http://www.osce.org/odihr-elections/item\\_1\\_39014.html](http://www.osce.org/odihr-elections/item_1_39014.html)

[...]

»Wir sind erfreut, dass wir einen gewissen politischen Pluralismus und eine aktive Zivilgesellschaft beobachten konnten, doch wurde dies durch ein insgesamt ungleiches Spielfeld untergraben, auf dem der Unterschied zwischen der regierenden Partei und dem Staat verschwamm«, sagte Senator Consiglio Di Nino, der Special Coordinator der OSZE-Kurzzeit-Beobachter und Vorsitzende der Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

»Bedauerlicherweise hat diese Wahl nicht den erhofften Fortschritt gezeigt und erneut nicht die Schlüsselstandards erreicht, zu denen sich Kirgistan als Teilnehmerstaat der OSZE verpflichtet hat. Der Ablauf des Wahltags war eine Enttäuschung. Wir hoffen, dass unsere Einschätzung und Empfehlungen konstruktiv als Grundlage für eine ernsthafte Überprüfung der Organisation zukünftiger Wahlen in Kirgistan genutzt werden«, sagte Radmila Sekerinska, die Vorsitzende der OSZE/ODHIR-Wahlbeobachtungsmission.

Die Wähler konnten sich zwischen einer Reihe von Präsidentschaftskandidaten entscheiden und die Zivilgesellschaft spielte eine bedeutende Rolle im Wahlprozess. Doch Beobachter betonten, dass der Amtsinhaber durch den Missbrauch administrativer Ressourcen und tendenziöse Berichterstattung der Medien im Wahlkampf einen unfairen Vorteil gegenüber seinen Herausforderern hatte, der es den Wählern nicht ermöglichte, informiert abzustimmen.

Die Wahlbeobachter registrierten sowohl Fälle von Behinderungen des Wahlkampfes der Opposition, wie auch von Druck und Einschüchterung von Anhängern der Opposition. Die beobachteten Mängel trugen zu einer Atmosphäre des Misstrauens bei und untergruben das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Durchführung wirklich demokratischer Wahlen.

Der Wahltag war überschattet von vielen Problemen und Unregelmäßigkeiten, einschließlich ballot box stuffing,<sup>1</sup> Ungenauigkeiten in den Wählerlisten und multiple voting.<sup>2</sup> Der Prozess verschlechterte sich weiter mit der Auszählung der Stimmen und der Tabellierung der Ergebnisse, die von den Beobachtern in mehr als der Hälfte der Beobachtungen als negativ evaluiert wurden.

[...]

*Inoffizielle Übersetzung aus dem Englischen von Henryk Alff*

Das ausführlichere »Statement of Preliminary Findings and Conclusions der OSCE/ODHIR-Mission« finden Sie unter:

[http://www.osce.org/documents/odhir-el/2009/07/39015\\_en.pdf](http://www.osce.org/documents/odhir-el/2009/07/39015_en.pdf)

## **Erklärung der GUS-Wahlbeobachtermission zu den Beobachtungsergebnissen bei der Vorbereitung und Durchführung der Präsidentschaftswahlen in der Kirgisischen Republik**

<http://cis.minsk.by/main.aspx?uid=14476>

[...]

Die Mission bewertet die von den Staatsorganen der Kirgisischen Republik und der Zentralen Wahlkommission ergriffenen Maßnahmen zur Durchführung freier und demokratischer Wahlen als positiv.

[...]

Die Arbeit der Zentralen Wahlkommission war offen und transparent, auf die Sicherstellung gleicher Bedingungen für die Kandidaten und die Wahlrechte der Bürger der Kirgisischen Republik ausgerichtet. Die Sitzungen der Zentralen Wahlkommission fanden unter Teilnahme internationaler Beobachter, Vertreter politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen, Journalisten statt.

[...]

Die Massenmedien der Kirgisischen Republik berichteten breit über den Wahlkampf. Zur Informierung der Wählerschaft über die Präsidentschaftswahlen wurden systematisch Wahlwerbespots in kirgisischer und russischer Sprache ausgestrahlt, die die Bürger zur Teilnahme an der Wahl aufforderten und deren Ablauf erklärten. Auf Zeitungsseiten wurden regelmäßig Beiträge über die Abstimmung und die grundlegenden Etappen des Wahlkampfes veröffentlicht. Auch wurden Informationsplakate, Broschüren und Flugblätter ähnlichen Inhalts und Bekanntmachungen im öffentlichen Nahverkehr verbreitet.

[...]

In der Kirgisischen Republik wurden, nach Meinung der Mission, Bedingungen geschaffen, die es den Präsidentschaftskandidaten erlaubten, einen Wahlkampf zu führen, was ein wichtiges Element für die Sicherstellung demokratischer Wahlen ist.

[...]

Der Wahlkampf verlief in einer freien Atmosphäre.

[...]

Am Tag der Abstimmung besuchten die Vertreter der Mission 1.037 Wahllokale in Bischkek und den Gebieten des Landes.

In den Wahllokalen, die von Beobachtern der GUS aufgesucht wurden, lief die Stimmabgabe ruhig, ohne Beeinträchtigung der Rechte der Präsidentschaftskandidaten, unter Beisein nationaler Beobachter ab.

In ihren Berichten hoben die GUS-Beobachter einige Mängel und Versäumnisse hervor: den gleichzeitigen Aufenthalt von zwei Wählern in einer Wahlkabine, Schlangen vor den Wahlkabinen, das Fehlen von Informationen über

1 Eine oder mehrere Personen »stopfen« illegalerweise einen ganzen Stapel von Wahlzetteln in die Urne.

2 Eine Person wählt in einem oder verschiedenen Wahllokalen mehrfach.

die Präsidentschaftskandidaten in Wahllokalen, das Fehlen der notwendigen Angaben im großformatigen Protokoll mit den Abstimmungsergebnissen.

Darüber hinaus kam es im Wahllokal Nr. 197 zu einer Verletzung der Wahlordnung. Damit im Zusammenhang hat die Zentrale Wahlkommission die Ergebnisse der Abstimmung in diesem Wahllokal für ungültig erklärt.

[...]

### Schlussfolgerungen

Schlussfolgerungen und Urteile der Mission beruhen auf den Ergebnissen der Analyse des während der Beobachtung der Präsidentschaftswahlen gesammelten Faktenmaterials und der Mitteilungen.

Die Beobachtermission der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten:

- ist der Ansicht, dass die Wahlen des Präsidenten der Kirgisischen Republik am 23. Juli 2009 in Übereinstimmung mit den Normen der im Land geltenden Wahlgesetzgebung durchgeführt wurden;
- betont, dass die Präsidentschaftswahlen offen und frei waren und unter Beachtung der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten der Bürger abliefen;
- stellt fest, dass die genannten Wahlen sich als ein wichtiger Faktor der weiteren Demokratisierung des öffentlichen Lebens des Landes erweisen.

*Inoffizielle Übersetzung aus dem Russischen von Henryk Alff*

### Dritte Amtszeit ausgeschlossen

Vetschernij Bischkek, Nr. 137 (9805) vom 24.7.2009

*Von Alexandr Tusow*

[...]

Natürlich interessierte die Medien vor allem, mit welchen Maßnahmen Bakijew im Falle einer Wiederwahl seine zweite Amtszeit beginnen will.

»Ich möchte tiefgreifende Reformen im Bereich der staatlichen Verwaltung und in der Bildungspolitik auf den Weg bringen«, sagte Kurmanbek Bakijew.

[...]

Man dürfe nicht nach alten Maßstäben leben und denken. Wir benötigen gebildete, junge Führungskräfte mit unkonventionellen Denkansätzen und neuem Blick, die auf neue Weise an die Lösung von Problemen herangehen.

Es kam die Frage auf, ob man ihn als den einzigen Führer in der zentralasiatischen Region ansehen könne, der offen erklärt, dass er nicht versuchen werde, eine dritte Amtsperiode zu bleiben und dieses Versprechen auch halte.

Bakijew sagte, dass er kein Mensch sei, der seinen Posten um jeden Preis behalten wolle: »Der gesamte Prozess des Machtwechsels soll unter strenger Beachtung des Gesetzes vonstatten gehen. Im Falle einer Wiederwahl werde ich darauf drängen, dass dem nächsten Präsidenten das Land nicht in so einem Zustand übergeben wird, wie ich es vorgefunden habe. Sondern wirtschaftlich erfolgreich, wohlhabend, entwickelt und stabil.«

[...]

In Bezug auf die Meinung, dass während der Wahlen administrative Ressourcen (zum Vorteil des Amtsinhabers, Anm. der Redaktion) genutzt worden sein könnten, meinte Bakijew, dass eine solche Behauptung keine Grundlage besitze.

»Ich bin davon überzeugt, dass sich die heutigen Wahlen durch eine besonders hohe Aktivität der Wähler auszeichnen werden. Die Stimmung im Volk ist heute eine ganz andere. Jeder weiß, dass von (seiner Beteiligung an) der Wahl das Schicksal des Staates, seine eigene Zukunft, abhängt. Der Bären dienst, der einem durch die Nutzung administrativer Ressourcen erwiesen wurde, gehört der Vergangenheit an. Dafür besteht keinerlei Notwendigkeit«, unterstrich Bakijew.

[...]

*Aus dem Russischen von Henryk Alff*

## Der 23. Juli: Ein absurder Tag

Wochenzeitung »Reporter Bischkek«, Nr. 26 (72) vom 24.7.2009

Von Redaktion »Reporter Bischkek«

Die Opposition hatte im Ärmel den Trumpf versteckt und am 23. Juli spielten die Gegner des Präsidenten ihn aus. Der Verzicht Almasbek Atambajews und Schenischbek Nasaralijews, an den Wahlen teilzunehmen, gab dieser langweiligen Volksabstimmung unerwartet doch noch irgendwie Farbe. Doch der Trumpf der Opposition ist dennoch nicht ein Ass, sondern nur ein König. Das Ass zeigt demonstrativ Kurmanbek Bakijew, der eine harte, bislang einzigartige Machtvertikale aufgebaut hat.

Es war überraschend, eine Rekordwahlbeteiligung zu beobachten, wie es sie seit dem Referendum über die Erhaltung der UdSSR nicht mehr gegeben hatte. Dass sich die Zentrale Wahlkommission bemühte, genauer, bei den Bemühungen nachhalf, bis zum Mittag eine 50 %ige Wahlbeteiligung zu erreichen, spricht für eines: Die Behörde interessiert nicht einmal so sehr, für wen die Wähler stimmen, sondern, ob die Wahlen gültig sind. Geht man von der Beteiligung aus, war dies bereits um 15 Uhr, als die 60 %-Marke überschritten war, der Fall. Die Mächtigen hätten durchatmen können, doch daraus wurde nichts: Atambajew rief seine Beobachter zurück und kündigte eine Demonstration als Zeichen des Protests gegen die massenhaften Wahlfälschungen und die sich daraus ergebende Nichtanerkennung des Wahlganges bekannt.

[...]

### Fazit

Die Wahlen werden in jedem Fall für gültig erklärt werden, ungeachtet der Meinung Atambajews, Nasaralijews und Sarijews. Aber die Tatsache, dass die Opposition ihre Position deutlich machen konnten, die auf die Unterstützung der kirgisischen Tradition einer real existierenden Oppositionskraft gerichtet ist, ist schon für sich allein genommen bedeutsam.

*Aus dem Russischen von Henryk Alff*

## Bei den Wahlen in Kirgistan gewann Turkmenbaschi

Internetportal Fergana.ru, 24.7.2009

<http://www.ferghana.ru/article.php?id=6246>

Von Daniil Kislow

Der kirgisische Präsidentschaftskandidat Kurmanbek Bakijew hat auf den gesunden Menschenverstand und das eigene Selbstwertgefühl gepfeifen und sich mehr Wählerstimmen zugeschlagen (oder dankend angenommen, was andere ihm zuschlugen) als seinerzeit die Präsidenten Putin und Medwedjew, Lukaschenko und Rachmon.

Ein solches Niveau an »Vertrauen des Volkes« kann man lediglich mit den phantastischen Erfolgen anderer weithin bekannter zentralasiatischer »Helden« – Islam Karimow oder Saparmurat Nijasow (»Turkmenbaschi«) – vergleichen.

In den vier Jahren, die seit den Ereignissen der Märzrevolution des Jahres 2005 vergangen sind, hat sich der Demokrat Bakijew in ein komplettes Ebenbild seines Vorgängers Askar Akajew verwandelt, gegen dessen Führungsstil er einst so aktiv protestiert hatte.

Mit einer Krone aus orangenen Tulpen auf den kirgisischen Olymp gestiegen, hat der ehemalige Elektroingenieur aus Dschalalabad bereits die bronzenen Züge eines typischen asiatischen Führers angenommen, der zu zivilisiertem politischen Handeln scheinbar nicht imstande ist.

[...]

Viele in Kirgistan, ja sogar Gegner des obersten Beamten, tuscheln in den Gängen, dass Bakijew auch ohne Betrügereien und die Ausnutzung seiner Stellung problemlos gewonnen hätte. Dann hätte er vielleicht 50 oder 60 Prozent

gewonnen, und Atambajew 20 bis 30. Alles wäre ruhig und still geblieben. Irgendwie zivilisiert. Doch scheint es so, dass Zahlen, große Zahlen des Erfolgs, all jene verlocken und ablenken, die an der Quelle sitzen.

[...]

*Aus dem Russischen von Henryk Alff*

## Wahlen in Zentralasien – Wozu?

**Internetportal Uznews.net, 30.7.2009:**

[http://www.uznews.net/news\\_single.php?lng=ru&sub=top&cid=1&nid=10852](http://www.uznews.net/news_single.php?lng=ru&sub=top&cid=1&nid=10852)

Die letzte Parodie auf gerechte und freie Wahlen, die am 23. Juli in Kirgistan stattgefunden hat und die zweite Amtszeit Kurmanbek Bakijews bestätigt hat, stellt die Region vor eine Frage: Wahlen, wofür nur?

Der vorhersehbare Sieg Präsident Kurmanbek Bakijews bei den Wahlen in Kirgistan am 23. Juli hat die zentralasiatische Region noch weiter von Träumen und Hoffnungen eines baldigen möglichen Aufbaus wirklich demokratischer Staaten entfernt.

Seit dem Moment des Zerfalls der UdSSR hat es nicht in einem der fünf Staaten der Region auch nur eine Wahl gegeben, die man als frei und fair hätte bezeichnen können, die den internationalen Standards für die Durchführung von Wahlen für die höchsten Staatsämter genügt hätten.

Darüber hinaus sind in der Region gefälschte Wahlen, bei denen die Gewinner mehr als 75 Prozent der Stimmen erhalten und ihre wichtigsten Konkurrenten weit abgeschlagen abschneiden, zur Norm geworden. Daher stellt sich die Frage, ob die Durchführung von Wahlen unter den genannten Umständen überhaupt einen Sinn hat.

[...]

Den Sieg Bakijews haben die Führer der Länder der Region mit einem Gefühl der Genugtuung aufgenommen, hat er sich doch ins allgemeine Bild eingefügt, getan, was alle tun, und niemandem mit unerwarteten Überraschungen der freien Meinungsäußerung der Bürger Schwierigkeiten beschert.

[...]

Wahlen sind eine teure Show, die über die Mittel vieler Länder der Region gehen.

[...]

Möglicherweise ist die Zeit gekommen, den fehlerhaften Demokratisierungsprozess, wie er in Zentralasien seine Wurzeln geschlagen hat, zu revidieren?

Brauchen wir denn tatsächlich diese teuren, gefälschten Wahlen?

Überdenkt man diese Frage, muss man eine von zwei Lösungen verfolgen: Entweder unterbindet man, dass die herrschenden Präsidenten alle paar Jahre ihr Ego auffrischen und lässt sie einfach lebenslang regieren oder man kommt zu fairen und freien Wahlen, bei denen die Leute sagen können, wen sie als ihren Führer sehen wollen.

*Aus dem Russischen von Henryk Alff*

## Chronik

## Vom 20. Juni bis zum 20. August 2009

## Kasachstan

20.6.2009	Präsident Nursultan Nasarbajew fordert Investoren auf, sich besonders im Agrarsektor zu engagieren, meldet Interfax.
20.6.2009	Präsident Nasarbajew äußert sich positiv zu der von Wladimir Putin vorgeschlagenen Gründung eines neuen Wirtschaftsblockes (Russland, Belarus, Kasachstan), der geschlossen der WTO beitreten könnte.
22.6.2009	Wie die Agentur für Statistik mitteilt, ist die Stahlproduktion Kasachstans in den ersten fünf Monaten des Jahres 2009 um 19,3 % gegenüber dem Vorjahr gesunken.
22.6.2009	In einer Rede vor dem Parlament kündigt Premierminister Karim Massimow einen bedeutenden Stellenabbau im öffentlichen Dienst des Landes an.
23.6.2009	Die Generalstaatsanwälte von Russland und Kasachstan, Jurij Tschaika und Kairat Mami, unterschreiben ein Protokoll über eine zukünftige Zusammenarbeit.
23.6.2009	Wirtschaftsminister Bachit Sultanow konstatiert eine Schrumpfung der kasachstanischen Wirtschaft im 1. Halbjahr 2009 um 2 bis 2,5 %.
23.6.2009	Die Weltbank prognostiziert Kasachstan für 2009 einen BIP-Rückgang von 1,5 %, meldet KazTAG.
23.6.2009	Mehrere Menschenrechtsgruppen schließen sich im Kampf gegen die Folter in Kasachstan zu einer Koalition zusammen.
24.6.2009	Geheimdienstchef Amangeldy Schabdarbajew sieht hinter den jüngsten Festnahmen in Staatsbetrieben und Behörden Ermittlungserfolge seines Apparates und nicht, wie von Kritikern behauptet, politische Intrigen.
24.6.2009	Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer trifft zu politischen Gesprächen und zur Teilnahme am Forum des Rates der Euro-Atlantischen Partnerschaft in Astana ein.
25.6.2009	Der Aufsichtsratsvorsitzende des kanadischen Bergbauunternehmens Cameco, Gerald Grandey, sieht in der Verhaftung des Ex-Kazatomprom-Chef Muchtar Dschakijew eine Gefährdung des Investitionsklimas in Kasachstan.
25.6.2009	Das drittgrößte Finanzunternehmen Kasachstans, die Narodny Bank, meldet für das 1. Quartal 2009 einen Gewinnrückgang um 59 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.
25.6.2009	Die BTA Bank macht allein im Mai einen Verlust von 1.400 Mrd. Tenge (9,5 Mrd. US-Dollar), die Alliance Bank meldet für denselben Zeitraum Verluste von 595 Mrd. Tenge (4 Mrd. US-Dollar).
25.6.2009	Die seit März in Usbekistan wegen illegalen Grenzübertritts festgehaltenen 26 kasachstanischen Staatsbürger sollen in den nächsten Tagen nach Kasachstan abgeschoben werden, teilt ein Sprecher des Außenministeriums mit.
26.6.2009	Der stellvertretende Minister für Energie und Ressourcen, Aset Magauow, erklärt, dass Kasachstan aufgrund geringer Kapazitäten bei der Gasförderung nicht am Nabucco-Projekt teilnehmen könne.
26.6.2009	Die Kazkommertsbank, Kasachstans zweitgrößtes Finanzunternehmen, meldet für das 1. Quartal 2009 einen Gewinnrückgang von 70 %.
26.6.2009	Die Zeitung Respublika veröffentlicht in ihrer aktuellen Ausgabe Dokumente, die die Anschuldigungen gegen Ex-Kazatomprom-Chef Dschakijew widerlegen sollen.
26.6.2009	Die bekannte Kasachstan-Expertin und Mitarbeiterin des Carnegie Endowment of Peace in Washington, Martha Brill Olcott, äußert auf der 71. Parlamentarischen Versammlung der NATO die Überzeugung, dass Kasachstan langfristig eine demokratische Gesellschaft euro-atlantischen Typs werden könne.
26.6.2009	Der Medienbeauftragte der OSZE, Miklos Haraszi, fordert Präsident Nasarbajew auf, die Gesetzesänderungen zu Internet und Onlinemedien nicht zu unterzeichnen.
26.6.2009	KazMunaiGaz wird mit dem Erwerb des letzten 25 %-Anteils Gesamteigentümer des rumänischen Ölkonzerns Rompetrol.
28.6.2009	Das Außenministerium beauftragt ein PR-Unternehmen in Washington mit der Verbesserung seines internationalen Images, das noch immer durch den Film »Borat« belastet sei, meldet die amerikanische Zeitung The Hill.

29.6.2009	Präsident Nasarbajew konstatiert trotz anhaltender Krise eine erneute Belebung im Bausektor des Landes, meldet KazTAG.
29.6.2009	Im Schacht Tentekskaja des Unternehmens ArcelorMittal kommen durch austretendes Methangas drei Bergleute ums Leben. Im Juni 2008 hatte es bei einem Unfall im selben Schacht bereits fünf Tote gegeben.
30.6.2009	Der israelische Präsident Shimon Peres trifft zu seinem ersten Staatsbesuch in Kasachstan ein. Bei einem Treffen mit seinem kasachstanischen Amtskollegen werden vor allem Fragen der bilateralen Zusammenarbeit erörtert.
1.7.2009	Die Ehefrauen der vom Geheimdienst KNB festgenommenen Ex-Kazatomprom-Manager bezeichnen deren in mehreren Fernsehkanälen ausgestrahlten Stellungnahmen über ihre hervorragenden Haftbedingungen als Inszenierung.
1.7.2009	Beim 3. Forum der Weltreligionen in Astana treffen Vertreter aller wichtigen Glaubensgemeinschaften der Welt zusammen. Ziel des von Präsident Nasarbajew initiierten Formats ist die Stärkung des zwischenreligiösen Dialogs.
1.7.2009	Präsident Nasarbajew erklärt auf dem Forum der Weltreligionen, dass die Ausarbeitung eines neuen universellen Vertrags zur Verbreitung von Atomwaffen notwendig sei.
2.7.2009	Nach Angaben des Bauunternehmens KazStroiService ist die Kumkol–Kenkijak-Pipeline vom Kaspischen Meer zur chinesischen Grenze fertig gestellt.
2.7.2009	Die Nationalbank meldet, dass die Auslandsverschuldung im 1. Quartal 2009 um 2,5 % auf 105,7 Mrd. US-Dollar gefallen ist. Die Verschuldung des Banksektors sank um 13,1 % auf 34,1 Mrd. US-Dollar.
2.7.2009	Die Investitionsbank Goldman Sachs zieht sich von der Beratung zur Restrukturierung der Schulden der BTA Bank zurück.
3.7.2009	KazTAG meldet, dass OSZE-Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut sich positiv über den Stand der Vorbereitung des OSZE-Vorsitzes Kasachstans geäußert habe.
6.7.2009	Die Agentur für Bankenaufsicht beschließt die Entlassung mehrerer Topmanager der Eurasian Bank wegen ihrer vorherigen Tätigkeit bei der Alliance Bank.
7.7.2009	Die Regierung gibt eine Reisewarnung für die chinesische Provinz Xinjiang heraus, die Ausstellung von Touristenvisa für kasachstanische Staatsbürger wird durch eine Abmachung mit der chinesischen Botschaft ausgesetzt.
7.7.2009	Der indische Vizepräsident Hamid Ansari trifft auf persönliche Einladung Präsident Nasarbajews in Astana ein.
8.7.2009	Das Consulting-Unternehmen Standard & Poor's hat das Rating für den Staatskonzern KazMunaiGaz auf BBB – mit negativer Tendenz – gesenkt, weil es dessen Liquidität gefährdet sieht.
8.7.2009	Nationalbankchef Grigorij Martschenko konstatiert, dass der Tiefpunkt der zweiten Welle der Krise in Kasachstan durchschritten sei.
9.7.2009	Der Sonderbeauftragte der EU für Zentralasien, Pierre Morel, und Vertreter der EU-Kommission in Kasachstan treffen zu Gesprächen über die Finanzkrise und den OSZE-Vorsitz Kasachstans mit Abgeordneten und Mitarbeitern des Außenministeriums in Astana zusammen.
10.7.2009	Der Under Secretary of State für politische Fragen, William Burns, informiert Präsident Nasarbajew in Astana über die Ergebnisse des Moskau-Besuches von US-Präsident Barack Obama.
10.7.2009	KazMunaiGaz erwirbt 100 % des petrochemischen Kombinats in Pawlodar und gibt Pläne bekannt, bis August den Konzern MangystauMunaiGaz zu übernehmen.
11.7.2009	Präsident Nasarbajew unterschreibt trotz vieler Proteste das neue Gesetz zu Internet und Online-Medien.
13.7.2009	Kasachstan hat seinen Teil der Gaspipeline Central Asia – China, die Turkmenistan mit der chinesischen Provinz Xinjiang verbinden wird, fertig gestellt.
13.7.2009	Ein Sprecher des Außenministeriums äußert die Vermutung, dass die Verabschiedung des umstrittenen Gesetzes zu Internet und Onlinemedien keinen direkten Einfluss auf den OSZE-Vorsitz Kasachstans im kommenden Jahr haben werde.
14.7.2009	Der Chef des Schweizer Roten Kreuzes, Guy Mettan, bittet in einem Brief an Präsident Nasarbajew um die Überprüfung der Haftbedingungen von Ex-Kazatomprom-Chef Dschakijew.

15.7.2009	Nationalbankchef Martschenko dementiert Berichte über eine erneute Abwertung der Tenge noch in diesem Jahr und droht Vertretern der Geschäftsbanken, die das öffentlich verbreiten, mit ernststen Konsequenzen.
15.7.2009	Der Chef der Finanzpolizei, Murat Schumanbai, erklärt, dass keine Ermittlungen gegen bereits aus dem Land geflüchtete ehemalige Manager der Alliance Bank laufen.
15.7.2009	Die Abgasnorm Euro-2 tritt in Kasachstan in Kraft.
15.7.2009	Wie aus dem Innenministerium verlautet, wurden bei einer Razzia in den letzten zwei Tagen insgesamt 1,5 t Drogen sichergestellt, darunter 3,5 kg Opium.
16.7.2009	Jerik Utembajew, kasachstanischer Botschafter in Belgien, teilt mit, dass sein Land in Verhandlungen mit der Europäischen Investmentbank um einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. Euro stehe.
17.7.2009	Zu einem inoffiziellen Treffen der Präsidenten der GUS-Staaten reisen aus Zentralasien nur Präsident Nasarbajew und sein tadschikischer Amtskollege Emomali Rachmon nach Moskau.
17.7.2009	Durch Untersuchungen der Generalstaatsanwaltschaft werden Fälle der Hinterziehung von Haushaltsmitteln im Verteidigungsministerium bekannt.
17.7.2009	Eurasianet.org meldet unter Berufung auf eine neue Umfrage von Baltic Surveys/The Gallup, dass die Beliebtheit Präsident Nasarbajews unter den Kasachstanern trotz Krise nach wie vor hoch sei.
19.7.2009	An einer Massendemonstration im Zentrum Almatys, zu der uigurische Organisationen in Kasachstan aufgerufen hatten, nehmen 8.000 Personen teil.
20.7.2009	Vize-Premierminister Jربول Orynabajew sieht bisher keine Anzeichen für einen signifikanten Anstieg der Arbeitslosigkeit aufgrund der Krise.
21.7.2009	Wirtschaftsminister Sultanow prognostiziert für das 3. Quartal erstmals seit einem halben Jahr einen BIP-Anstieg, berichtet KazTAG.
21.7.2009	Innerhalb weniger Tage erkrankten in den Gebieten Südkasachstan und Kysylorda mehrere Menschen an Krim-Kongo-Fieber, es kommt zu Todesfällen. Eine Untersuchungskommission unter Leitung von Gesundheitsminister Schaksylyk Doskalijew wird eingerichtet.
22.7.2009	Der Bürgermeister von London, Ian Luder, reist zu bilateralen Gesprächen nach Kasachstan.
23.7.2009	In Kasachstan werden die ersten sechs Fälle von Schweinegrippe-Erkrankungen registriert.
24.7.2009	Der Fernsehkanal KTK meldet eine Erhöhung der Studiengebühren im Land um bis zu einem Drittel. Im Durchschnitt kostet ein Studienjahr an einer staatlichen Universität nun ca. 300.000 Tenge (ca. 1.500 Euro).
25.7.2009	Unter den 16 Toten des Flugzeugunglücks in der iranischen Stadt Maschhad am 24.7.2009 sind zehn kasachstanische Staatsbürger.
25.7.2009	Die BTA Bank veröffentlicht auf ihrer Homepage eine Warnung an Kreditgeber vor Verlusten von bis zu 97 %, da die sich die Zahlungsfähigkeit der Bank weiter verschlechtere.
25.7.2009	KazTAG meldet die Entlassung des ehemaligen KNB-Chefs Nartai Dutabajew von seinem Posten als Vizepräsident von Kazatomprom.
28.7.2009	Präsident Nasarbajew gratuliert dem Team Astana für den überragenden Sieg bei der Tour de France in der Mannschafts- und Fahrerwertung.
28.7.2009	Die Frau von Ex-Kazatomprom-Chef Dschakijew, Dschamilija Dschakijewa, verweigert weiterhin die Zusammenarbeit mit dem KNB.
29.7.2009	In einer Stellungnahme lobt der IWF Kasachstan für seine Anti-Krisen-Politik, fordert jedoch auch schnelle Schritte bei der Restrukturierung von Schulden der Banken BTA und Alliance.
29.7.2009	Der bekannte Menschenrechtsaktivist Jewgenij Schowtis ist an einem Autounfall beteiligt, bei dem ein Fußgänger ums Leben kam, meldet die kasachstanische Presse. Schowtis weist Vorwürfe, er hätte im alkoholisierten Zustand am Steuer gesessen, zurück.
30.7.2009	RFE/RL meldet, dass nach den ersten 14 in Astana und Almaty bestätigten Ansteckungsfällen mit dem Schweinegrippe-Virus, Bürger bereits auf den Kauf von Schweinefleisch verzichten und Flüge nach Europa stornieren.
31.7.2009	Das Eisenbahnunternehmen Kazakstan Temir Zholy präsentiert ein Modernisierungsprogramm bis 2020 mit einem Finanzumfang von 36,5 Mrd. US-Dollar.

3.8.2009	Der chinesische Botschafter in Kasachstan, Chen Goping, erklärt, dass Touristen und Geschäftsleute nun wieder sicher nach Xinjiang reisen könnten.
5.8.2009	Nationalbankchef Martschenko kündigt Umstrukturierungen des Bankensystems des Landes für Herbst dieses Jahres an.
5.8.2009	Nach Angaben des Bildungsministeriums hat sich die Anzahl der Hochschulstudenten in Kasachstan seit 2006 um 142.000 auf 633.000 verringert. Grund sei die demographische Entwicklung und ein verstärktes Interesse an mittleren Fachschulabschlüssen.
6.8.2009	Präsident Nasarbajew drückt in einer Stellungnahme sein Vertrauen in das Bankensystem aus und weist Berichte über einen zukünftig wachsenden Einfluss ausländischer Banken zurück.
7.8.2009	Reuters meldet unter Berufung auf das Bildungsministerium, dass mit Beginn des Schuljahres Religionsunterricht in den Schulen des Landes obligatorisch werde. Über die Art und Ausrichtung des Unterrichts ist noch nichts bekannt.
8.8.2009	Der ehemalige Redakteur der oppositionellen Zeitung Alma-Ata Info, Ramasan Jesergepow, wird von einem Gericht in der Stadt Taras, Gebiet Schambyl, zu drei Jahren Haft wegen der Aneignung und Verbreitung geheimer Dokumente verurteilt. Menschenrechtler, Journalisten und oppositionelle Politiker kritisierten das Urteil scharf und kündigten Proteste an.
10.8.2009	Die türkische Handelskette Migros gibt die Eröffnung des größten Supermarkts Kasachstans in der A-Port Shopping Mall, ihrerseits der größten ihrer Art, vor den Toren Almatys bekannt.
10.8.2009	Präsident Nasarbajew fordert die Einrichtung einer Regierungskommission zur Koordinierung der Vorbereitungen des OSZE-Vorsitzes Kasachstans.
10.8.2009	Premierminister Massimow diskutiert mit einer Delegation von Abgeordneten des US-Kongresses die Zusammenarbeit im Öl- und Gassektor.
12.8.2009	Präsident Nasarbajew fordert bei einem Arbeitstreffen mit dem Kabinett, den Staatshaushalt für 2010 unter Maßgabe der Erhaltung der Staatsreserven auszuarbeiten.
13.8.2009	Kazatomprom wird in diesem Jahr mit voraussichtlich 14.000 t Jahresförderung zum größten Uran-Produzenten der Welt aufsteigen, meldet die Unternehmensführung.
13.8.2009	Das oberste Gericht Kasachstans lehnt eine Überprüfung des Gerichtsurteils gegen den ehemaligen Redakteur der Zeitung Alma-Ata Info ab.
13.8.2009	Die BTA Bank fordert von der oppositionellen Wochenzeitung Respublika 400.000 US-Dollar Schadenersatz, da die Berichterstattung der Zeitung seit März dieses Jahres das Unternehmen bei Klienten, Partnern und Investoren diskreditiert hätte, meldet Interfax.
14.8.2009	Auf einer Pressekonferenz des Bildungsministeriums wird bekannt, dass unter den Stipendiaten des vom Präsidenten initiierten Stipendienprogramms »Bolaschak« (dt. Zukunft) vor allem Kinder von Staatsangestellten und nur wenige von Arbeitern und einfachen Angestellten sind.
16.8.2009	Wegen eines Brandes in einem Gefängnis der Stadt Uralsk müssen 40 Menschen evakuiert werden.
17.8.2009	Nach Angaben der Agentur für Statistik sind die Immobilienpreise im Juli um weitere 2,4 % mit negativer Tendenz gefallen. Ein Quadratmeter Wohnfläche in Almaty kostet nun im Mittel zwischen 1.426 und 1.518 US-Dollar.
17.8.2009	Für die Überwachung des Internets wird ein spezieller neuer Dienst bei der staatlichen Agentur für Information und Kommunikation eingerichtet.
17.8.2009	Vor einem Gericht in Astana beginnt der Prozess gegen den ehemaligen Umweltminister Nurlan Iskakow und seine Stellvertreter.
18.8.2009	Interfax meldet unter Bezug auf Finanzminister Bolat Schamischew, dass die Staatsverschuldung Kasachstans am 1. Juli 1.346 Mrd. Tenge (8,9 Mrd. US-Dollar) erreicht habe.
18.8.2009	Bei einem Regierungstreffen äußert Wirtschaftsminister Sultanow die Überzeugung, dass Kasachstan nun die wirtschaftliche Talsohle durchschritten habe und sich in der Phase der Erholung befinde.
19.8.2009	Im Gebiet Süd-Kasachstan werden zwei Frauen, die am Kongo-Krim-Fieber erkrankt waren, gesund aus dem Krankenhaus entlassen.
19.8.2009	Vertreter von politischen Parteien und Journalisten, die ein Komitee zur Verteidigung des verhafteten Chefredakteurs des Alma-Ata Info gebildet haben, wenden sich mit einem Appell an den Nationalen Sicherheitsrat.

20.8.2009	Der Verkauf von Neuwagen ist in den ersten sieben Monaten des Jahres 2009 um 57% zurückgegangen, meldet die Zeitschrift Kursiv.
20.8.2009	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass sie im August 96 illegale Spielhallen geschlossen hat.

## Kirgistan

21.6.2009	Präsident Kurmanbek Bakijew erörtert mit dem französischen Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan, Pierre Lelouche, durch die Situation in Afghanistan hervorgerufene Sicherheitsrisiken.
22.6.2009	Mit der Unterzeichnung eines neuen Vertrages wird die Stationierung amerikanischer Truppen auf dem Manas-Flughafen unter neuem Namen fortgesetzt. Die Nutzungsgebühr beträgt nun 60 Mio. US-Dollar (bisher 17 Mio.). Außerdem werden die USA mehrere Mio. US-Dollar in Technik des Flughafens, Landebahnen und Unterbringung der Soldaten investieren.
23.6.2009	Nach Angaben von Industrie- und Energieminister Iljas Dawydow schuldet Kirgistan Usbekistan 21 Mio. US-Dollar für Gaslieferungen.
23.6.2009	Eine unabhängige Prüfungsmission kommt bei einer zweiwöchigen Kontrolle des State Budget Support Programmes der Europäischen Kommission bezüglich der sachgerechten Durchführung zu einem grundsätzlich positiven Ergebnis.
23.6.2009	Bei einem Polizeigrößeinsatz im Gebiet Dschalalabad werden fünf der Mitgliedschaft in der IMU verdächtige Männer und ein Mitarbeiter des nationalen Sicherheitsdienstes getötet.
24.6.2009	Nach Angaben aus der Staatsagentur für Tourismus stehen 2009 32 Mio. Som (ca. 747.000 US-Dollar) aus dem Staatshaushalt für die Entwicklung des Tourismus zur Verfügung.
25.6.2009	Stichproben in den Regionen des Landes haben eine Reihe von Fehlern und Versäumnissen bei der Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen vor Ort ergeben, meldet die zuständige Zentrale Wahlkommission.
26.6.2009	Das Parlament ratifiziert das neue Abkommen mit den USA über das Transitzentrum auf dem Manas-Flughafen.
26.6.2009	In Osch treffen die Außenminister und hochrangige Vertreter der Sicherheitsbehörden Kirgistans und Usbekistans zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit zusammen.
26.6.2009	Das UNESCO World Heritage Committee nimmt auf seiner 33. Sitzung in Sevilla den Sulajman Too (Salomon-Berg) in Osch in die Liste des Weltkulturerbes auf.
29.6.2009	Im Gebiet Osch zündet ein Mann bei einer Polizeikontrolle eine Handgranate und wird von Polizisten erschossen.
29.6.2009	Premierminister Igor Tschudinow trifft in der Schweiz ein. Es sind Treffen mit Bundespräsident Hans-Rudolf Merz, Außenministerin Micheline Calmy-Rey u. a. vorgesehen.
29.6.2009	Präsident Bakijew erklärt, dass das US-Transitzentrum auf dem Manas-Flughafen den nationalen Interessen Kirgistans entspreche.
30.6.2009	Nach Angaben des Finanzministeriums sind die Einnahmen des Staates in den ersten fünf Monaten des Jahres um 21,5% gegenüber dem Vorjahr gestiegen.
30.6.2009	Die Türkei gewährt dem Verteidigungsministerium Militärhilfe im Wert von 700.000 US-Dollar.
1.7.2009	Das russische Verteidigungsministerium teilt mit, dass die russische Luftwaffenbasis in Kant in den kommenden Monaten Manöver auf ihrem Übungsgelände im Gebiet Issyk-Kul durchführen werde.
2.7.2009	Nach Angaben aus dem Ministerium für Industrie, Erdöl und Energieressourcen sind für 2009 Stromexporte von 1 Mrd. kWh nach Kasachstan und voraussichtlich auch Usbekistan geplant.
3.7.2009	An einer vom staatlichen Fernsehen übertragenen Live-Debatte zwischen den Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen nehmen der Amtsinhaber Bakijew und sein wichtigster Gegenkandidat Almasbek Atambajew nicht teil.
3.7.2009	Das Industrieministerium teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass die Industrieproduktion in der ersten Hälfte 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 20% gesunken sei.
6.7.2009	Präsidentschaftskandidat Atambajew lehnt es ab, an einer für den 15.7.2009 vorgesehenen Fernsehdebatte mit dem Kandidaten Temir Sarijew teilzunehmen, da dort versucht werden sollte, eine Spaltung der Opposition vorzuführen.

7.7.2009	Präsident Bakijew setzt das Abkommen mit den USA über das Transitzentrum auf dem Manas-Flughafen mit seiner Unterschrift in Kraft.
7.7.2009	Eine russische Delegation unter Leitung des stellvertretenden Premierministers Igor Setschin trifft in Bischkek zu Gesprächen über eine Verstärkung der bilateralen Zusammenarbeit ein.
7.7.2009	Die Stadtverwaltung von Bischkek stattet die Polizei mit 50 Fahrrädern zur besseren Kontrolle von Parks und Grünanlagen aus.
7.7.2009	Die parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, Karin Kortmann, trifft zusammen mit Bundestagsabgeordneten und Vertretern von GTZ und KfW zu einem dreitägigen Arbeitsbesuch in Bischkek ein.
8.7.2009	Die erste Rückversicherungsgesellschaft des Landes nimmt die Arbeit auf.
8.7.2009	Im Gebiet Dschalalabad wird ein Mann unter dem Verdacht festgenommen, im letzten Jahr an Terror-Trainings im Ausland teilgenommen zu haben.
9.7.2009	Das russische Außenministerium bestreitet Berichte über die Einrichtung einer zweiten Militärbasis in Kirgistan, gleichzeitig meldet Interfax die Ankunft einer hochrangigen russischen Delegation in Bischkek zu Gesprächen über dieses Thema.
9.7.2009	Eine neue oppositionelle Bewegung mit dem Namen »Für Stabilität und Entwicklung Kirgistans« gibt ihre Gründung bekannt. Ihr gehören ca. 3.000 Mitglieder aus den nördlichen Regionen des Landes an.
10.7.2009	Außenminister Kadyrbek Sarbajew empfängt Radmila Sekerinska, Vorsitzende der OSZE/ODHIR-Wahlbeobachtungsmission zu einem Gespräch über die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen.
10.7.2009	Die russische Tageszeitung Iswestija publiziert ein Interview mit Präsident Bakijew, in dem dieser den Vertrag über das US-Transitzentrum auf dem Manas-Flughafen als gemeinsamen Erfolg von Russland, USA, Kirgistan und zentralasiatischen wie europäischen Politikern bezeichnet. Die traditionell engen Beziehungen zu Russland seien davon nicht berührt.
12.7.2009	Der amerikanische Under Secretary of State, William Burns, gibt in Bischkek die Bildung einer gemeinsamen amerikanischen-kirgisischen Kommission für einen politischen Dialog auf hoher Ebene bekannt.
12.7.2009	In einem Krankenhaus in Osch stirbt der Journalist Almas Taschijew an den Verletzungen, die ihm von betrunkenen Polizisten am 4.7.2009 in Nookat beigebracht worden waren. Taschijew arbeitete für die unabhängige Zeitung Agym.
12.7.2009	In Usgen, nahe Osch, wird ein usbekischer Staatsbürger unter dem Verdacht der Verbindung mit internationalen Terrororganisationen verhaftet.
13.7.2009	Innenminister Moldomusa Kongantijew gibt bekannt, dass die sterblichen Überreste des seit September 2008 vermissten Sohnes des Parlamentariers Dschusupan Dschejenbekow gefunden wurden.
14.7.2009	Das US-amerikanische Transitzentrum auf dem Manas-Flughafen nimmt vertragsgemäß seine Arbeit auf.
14.7.2009	Das US Central Command übergibt der kirgisischen Drogen-Kontroll-Agentur feierlich acht Autos und technische Geräte.
15.7.2009	Die EBRD stellt 35 Mio. US-Dollar für den Ausbau der Straße Osch-Isfana im kirgisischen Teil des Fergana-Tals zur Verfügung.
15.7.2009	Die EU-Kommission stuft weiterhin alle kirgisischen Fluggesellschaften als unsicher ein und hält das Landeverbot in der EU aufrecht.
15.7.2009	Unbekannte überfallen am Abend Händler auf dem Dordoi-Basar, dem größten Umschlagsplatz für Waren aus China in Zentralasien. Bei einer Schießerei kommt ein Wachmann ums Leben, die Täter flüchten unerkannt und ohne Beute.
15.7.2009	Aus gut informierten Kreisen in Bischkek verlautet, dass intern die Schaffung einer neuen russischen Militärbasis im Fergana-Tal nahe Osch diskutiert werde.
16.7.2009	Nach wochenlangen Protesten teilt das Sekretariat des Präsidenten mit, dass der Grenzkontrollpunkt Torugart nach China an seinem bisherigen Standpunkt bleibe. Überlegungen, ihn wegen seiner Lage auf dem über 3.500m hohen gleichnamigen Pass ohne Infrastruktur 50km weiter in tiefer gelegenes kirgisisches Territorium hinein zu verlegen, hatten Gerüchte über Gebietsabtretungen an China und die Blockade der Straße durch die örtliche Bevölkerung zur Folge gehabt.
16.7.2009	In Bischkek wird das 3. Internationale Forum für Menschenrechte im Beisein von Premierminister Tschudinow und dem Vorsitzenden des OSZE-Zentrums in Bischkek, Andrew Tesoriere, eröffnet.

17.7.2009	Ein Vertreter der Vereinigten Opposition behauptet auf einer Pressekonferenz, dass versucht worden sei, den Präsidentschaftskandidaten Atambajew mit einer psychotropischen Substanz zu vergiften.
17.7.2009	Das Verfassungsgericht beschließt, dass der Präsident des Landes während seiner Amtszeit seine Mitgliedschaft in einer Partei ruhen lassen muss.
17.7.2009	In Bischkek finden Verhandlungen über den Beitritt Kirgistans in die Zollunion von Russland, Belarus und Kasachstan statt.
17.7.2009	Ein Polizist des Reviers Nookat wird wegen des Todes des Journalisten Almasbek Taschijew angeklagt.
17.7.2009	Das Komitee für Staatssicherheit teilt mit, dass es 18 Personen wegen des Verdachts der Unterstützung terroristischer Aktivitäten festgenommen hat.
20.7.2009	Die ADB stellt 50 Mio. US-Dollar für die Rekonstruktion der für den Handel mit China zentralen Straße Bischkek–Torugart bereit.
20.7.2009	Der Führer der Bewegung für den Abzug der amerikanischen Truppen von der Luftwaffenbasis Manas, Aleksandr Tiperow, fordert auch das Ende des neuen Transitzentrums, das die gleichen Aufgaben wie zuvor die Luftwaffenbasis habe.
23.7.2009	Während der Präsidentschaftswahlen kommt es in Balykschy zu einem Zusammenstoß zwischen Anhängern des Kandidaten Atambajew, die gegen Wahlfälschungen demonstrieren und der Polizei. Zwei Personen werden verhaftet. Aus Protest ziehen die Kandidaten Atambajew und Jenischbek Nasaralijew ihre Kandidatur symbolisch zurück.
24.7.2009	Die Zentrale Wahlkommission übergibt der Generalstaatsanwaltschaft Materialien über Unregelmäßigkeiten in Wahllokalen, die von Vertretern des Kandidaten Atambajew gesammelt worden waren.
24.7.2009	Radmila Sekerinska, Vorsitzende der OSZE/ODHIR-Wahlbeobachtungsmission in Kirgistan, drückt auf einer Pressekonferenz die Enttäuschung ihrer Organisation über den Ablauf der Wahlen, die keinen Fortschritt zeigten und nicht den OSZE-Standards entsprachen, aus.
24.7.2009	Die Vertreter der Wahlbeobachtungsmissionen der GUS und der SCO erklären, dass die Wahlen den Gesetzen des Landes entsprechend zufriedenstellend abgelaufen seien.
26.7.2009	Der unterlegene Präsidentschaftskandidat Atambajew fliegt nach Moskau, um bei der russischen Regierung Unterstützung für seine wahlkritische Position zu suchen.
27.7.2009	Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Damir Lisowkij, wendet sich gegen die Kritik der OSZE und erklärt die Wahlen für den Gesetzen entsprechend.
27.7.2009	Die Vereinigte Volksbewegung des Kandidaten Atambajew erklärt, dass sie die offiziellen Wahlergebnisse nicht anerkenne, da sie auf Fälschungen beruhen.
28.7.2009	Im Gebiet Osch wird ein Erdbeben der Stärke 4,5 – 5 registriert.
29.7.2009	Im Bezirk Aksy, Gebiet Dschalalabad, sollen 167 Personen unter Milzbrandverdacht stehen. Der Bezirk wird unter Quarantäne gestellt.
29.7.2009	Während nicht genehmigter Proteste der Opposition gegen die Präsidentschaftswahlen werden mehr als 50 Personen festgenommen und zu mehrtägigen Haft- oder Geldstrafen verurteilt.
30.7.2009	RIA.Nowosti meldet unter Bezug auf den Berater des russischen Präsidenten, Sergej Prichodko, dass sich die russische und kirgisische Regierung trotz usbekischer Proteste in Bezug auf die Schaffung eines neuen russischen Stützpunktes im Süden des Landes einig seien.
30.7.2009	Die ersten beiden Schweinegrippe-Fälle in Kirgistan werden gemeldet.
30.7.2009	Das Verfassungsgericht erklärt die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen für gültig.
31.7.2009	In Tscholpon-Ata beginnt ein informeller CSTO-Gipfel an dem die Präsidenten aller Mitgliedsstaaten teilnehmen.
1.8.2009	Präsident Bakijew trifft am Rande des CSTO-Gipfels mit seinem russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedjew zusammen. Ergebnis ist u. a. ein Memorandum zur Einrichtung einer neuen russischen Militärbasis in Kirgistan.
2.8.2009	Präsident Bakijew wird bei einer im Fernsehen übertragenen Zeremonie feierlich für seine 2. Amtszeit vereidigt.
4.8.2009	Eine friedliche Demonstration von Mitgliedern mehrerer Jugendorganisationen für Menschenrechte im Zentrum von Bischkek endet mit der Festnahme von fünf Jugendlichen.

4.8.2009	Bei einem Telefongespräch vereinbaren Präsident Bakijew und sein türkischer Amtskollege Abdullah Gül eine engere Zusammenarbeit beider Staaten.
4.8.2009	Im Toktogul-Stausee befinden sich 11.498 Mrd. m <sup>3</sup> Wasser und damit mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Das Industrie- und Energieministerium hat damit seine Zielvorgabe (am 1.10. ein Wasserstand von 11 Mrd. m <sup>3</sup> ) bereits erreicht.
4.8.2009	Nach den neuesten Zahlen aus dem Ministerium für ökonomische Entwicklung und Handel sind der kirgisische Export im 1. Halbjahr 2009 um 17 % und der Import um 23,3 % gesunken.
5.8.2009	In Bischkek wird ein mit Hilfe der OSZE eingerichtetes Anti-Terror-Ausbildungszentrum für die Polizei eingeweiht.
6.8.2009	Nikolaj Bordjuscha, Generalsekretär der CSTO, erklärt in Moskau vor Journalisten, dass der Kreml noch keine Entscheidung über die Einrichtung einer weiteren Militärbasis in Kirgistan getroffen habe.
7.8.2009	Die Goldproduktion am Standort Kumtor im Gebiet Issyk Kul lag im 2. Quartal 2009 um 27 % unter der des gleichen Zeitraumes 2008, teilt die Kumtor-Gesellschaft mit.
7.8.2009	AkiPress meldet, dass es am 4.8. in einer Strafkolonie für Minderjährige im Gebiet Tschui zu Unruhen gekommen sei, die Ruhe aber bereits einen Tag später wieder hergestellt worden sei.
10.8.2009	Ca. 500 Uiguren versammeln sich in einem Randbezirk von Bischkek, um der toten Uiguren von Urumqi zu gedenken. Zwei Redner werden festgenommen, nachdem sie China des »Staatsterrorismus« beschuldigt hatten.
11.8.2009	Nach Angaben aus dem Innenministerium haben zwischen 2004 und 2008 mehr als 190.000 kirgisische Staatsbürger die russische Staatsbürgerschaft angenommen.
12.8.2009	Das russische Notstandsministerium unterstützt Kirgistan (und Tadschikistan) mit mehreren Tonnen Mehl bei der Überwindung der Folgen der globalen Finanzkrise.
13.8.2009	Die Gespräche mit Usbekistan über zukünftige Gaslieferungen wurden unterbrochen, nachdem Usbekistan die Begleichung der kompletten kirgisischen Schulden in Höhe von 18 Mio. US-Dollar gefordert hat, meldet AkiPress.
13.8.2009	Die US-Botschafterin in Bischkek, Tatiana Gfoeller, teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass USAID und Mercy Corps 40.000 sozial schwache Familien mit Lebensmittelhilfen unterstützen werden.
13.8.2009	Aus dem Justizministerium wird bekannt, dass am 10.8. in mehreren Strafkolonien Hungerstreiks und Unruhen ausgebrochen waren, die alle am Abend des 13.8. beendet wurden.
13.8.2009	Der ehemalige politische Beobachter der Zeitung Reporter Bischkek, Syrgak Abdylidajew, fühlt sich nach mehreren Übergriffen gezwungen, zu seiner Sicherheit das Land zu verlassen.
14.8.2009	Der ehemalige Innenminister Alibek Dschekschenkulow, der sich seit dem 9.3.2009 wegen des Verdachts der Beteiligung an der Ermordung eines türkischen Geschäftsmannes in Untersuchungshaft befand, wird aus der Haft entlassen, aber unter Hausarrest gestellt. Tatsächlich befindet er sich in einem Krankenhaus in der Nähe von Bischkek.
15.8.2009	Beim Einsturz einer illegalen Kohlemine in Tasch-Kumyr, Bezirk Kara-Suu, kommen drei Menschen ums Leben.
17.8.2009	Mitglieder einer Menschenrechtsorganisation unter Führung von Asisa Abdirasulowa halten eine Protestkundgebung vor dem Komitee für nationale Sicherheit ab und fordern eine baldige Reform aller Sicherheitsorgane und die Einhaltung der Menschenrechte.
17.8.2009	Vertreter der Vereinigten Opposition kommen zu einer geschlossenen Sitzung zusammen, um die Wahlergebnisse zu analysieren und ihre zukünftige Arbeit zu planen. U. a. wird eine Fusionierung von Ata-Meken und Sozialdemokratischer Partei erörtert, aber noch nicht beschlossen.
17.8.2009	Außenminister Sarbajew erörtert mit dem Chef des US Central Command, David Petraeus, Fragen der bilateralen Beziehungen.
18.8.2009	Canada stellt 27 Mio. US-Dollar für die Verbesserung von Erforschung und Bekämpfung von lebensgefährlichen Infektionskrankheiten wie Milzbrand und Pest in Kirgistan zur Verfügung.
19.8.2009	Nach Angaben des Chefs der staatlichen Energieversorgung, Feliks Kulow, wird das vom Präsidenten unterzeichnete Programm zum Bau kleiner und mittlerer Kraftwerke ca. 300 Mio. US-Dollar kosten.
20.8.2009	Der russische föderale Sicherheitsdienst (FSB) zerschlägt in Omsk einen Rauschgiftring, der Drogen von Kirgistan nach Russland schleuste.

**Tadschikistan**

20.6.2009	Präsident Emomali Rachmon unterzeichnet ein Gesetz zur Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Dienst um 15–30 %.
22.6.2009	Tojiktransgas meldet, dass nach langen Verhandlungen Usbekistan die Gaslieferungen stark erhöht hat und daher einige große Industriebetriebe die Produktion wieder aufnehmen können.
22.6.2009	Die Generalstaatsanwaltschaft dementiert Gerüchte, dass der ehemalige Innenminister Mahamdnasar Solechow während eines Polizeieinsatzes zu Tode gekommen sei.
23.6.2009	Nach heftiger Debatte beschließt die untere Kammer des Parlamentes die Einführung einer Straßennutzungsgebühr. Sie soll zuerst für die Straße Duschanbe–Chudschand–Buston–Tschanak erhoben werden.
23.6.2009	In einer Moschee in einem Außenbezirk von Duschanbe werden 40 Anhänger der radikalislamischen Bewegung der Salafiten verhaftet.
23.6.2009	Tadschikistan wird Mitglied der Eurasischen Entwicklungsbank (EDB).
25.6.2009	Außenminister Hamrochon Zarifi begibt sich zu einem Arbeitsbesuch nach Italien, um dort an einem G8-Ministertreffen über Afghanistan teilzunehmen.
25.6.2009	Bei der feierlichen Eröffnung einer usbekischsprachigen Schule im Gebiet Sogd betont Präsident Rachmon die historisch enge Verbindung zwischen Tadschiken und Usbeken und fordert Freundschaft und gutnachbarschaftliche Beziehungen.
29.6.2009	Nach Angaben eines Mitarbeiters der Nationalen Agentur für Drogenkontrolle ist die Zahl der offiziell bekannten Drogenabhängigen 2008 auf 8.645 und damit um 0,9 % gestiegen.
29.6.2009	Das russische Bildungsministerium hat die Quote für Studierende aus Tadschikistan gegenüber 2008 auf 160 verdoppelt.
29.6.2009	Eine Delegation des deutschen Bundeskriminalamtes besucht die Nationale Agentur für Drogenkontrolle.
2.7.2009	In Duschanbe werden die Ergebnisse einer vom Staatskomitee für Statistik und UNICEF in Tadschikistan durchgeführten Untersuchung zum Lebensstandard der Bevölkerung für das Jahr 2007 vorgestellt. Demnach waren 54 % der Bevölkerung Ende 2007 arm, mehr als 17 % sehr arm. Als alarmierend wird bezeichnet, dass nur 70 % der Mädchen einen Schulabschluss erreichen.
2.7.2009	Im Rahmen der Sonderoperation »Mak-2009« wird von Sicherheitskräften an der Grenze zu Afghanistan ein Lager von mehr als 200 afghanischen Widerstandskämpfern ausgehoben und große Mengen Rauschgift beschlagnahmt.
2.7.2009	An der Grenze zu Usbekistan im Bezirk Pandschakent, Gebiet Sogd, kommt ein 33-jähriger Mann beim Viehhüten durch eine Antipersonenmine zu Tode.
3.7.2009	Osada Emomali, die Tochter des Präsidenten und Vorsitzende der Konsularabteilung des Außenministeriums, wird zur Vorsitzenden des neu geschaffenen Frauenrates des Ministeriums ernannt.
6.7.2009	US Assistant Secretary für Süd- und Zentralasien, Robert O. Blake, wird von Präsident Rachmon und Außenminister Zarifi zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen sowie die Situation in Afghanistan empfangen.
7.7.2009	In Duschanbe beginnt ein zweitägiger Workshop zum Thema »Landminenfreies Zentralasien«, an dem Vertreter der fünf zentralasiatischen Staaten und Afghanistans sowie internationaler Organisationen teilnehmen.
7.7.2009	Ein Sprecher des Außenministeriums dementiert Gerüchte, dass es Gespräche mit den USA über die Nutzung eines tadschikischen Flughafens gäbe.
7.7.2009	Zwischen der Regierung und der ADB wird ein Unterstützungsabkommen über 40 Mio. US-Dollar zur Überwindung der Finanzkrise unterzeichnet.
8.7.2009	Der ehemalige Notstandsminister und Feldkommandeur im Bürgerkrieg, Mirso Ziyo, wird bei einer Spezialoperation von Truppen des Innenministeriums und des Komitees für Staatssicherheit von einem Mitkämpfer getötet. Insgesamt kommen bei der Operation gegen eine kriminelle Gruppierung um den ehemaligen Feldkommandeur Mullo Abdullo im Bezirk Tawildara im Süden des Landes 17 Menschen ums Leben.
9.7.2009	In Duschanbe wird mit Unterzeichnung der Dokumente durch die internationalen Geber-Organisationen die Axel-Bank gegründet, die der Bevölkerung und kleinen und mittelständischen Unternehmen Kredite gewähren soll. Das Gründungskapital beträgt mehr als 11 Mio. US-Dollar.
10.7.2009	Das staatliche Gasunternehmen Dujanbegaz hebt die Verbraucherpreise um 14,8 % an.

13.7.2009	Die Staatsanwaltschaft des Gebietes Chatlon hat gegen vier Personen Verfahren wegen Mitgliedschaft in der verbotenen Partei Tabligh-i Jamaat eröffnet.
14.7.2009	Präsident Rachmon und sein russischer Amtskollege Dmitrij Medwedjew vereinbaren bei einem Telefongespräch die raschere Umsetzung gemeinsamer Projekte.
14.7.2009	Vertreter der EU-Troika beenden einen dreitägigen Arbeitsbesuch in Duschanbe, bei dem über Folgen der globalen Finanzkrise, regionale Sicherheit, Wasser- und Energiefragen und Menschenrechte gesprochen und eine europäische Unterstützung für Grenzschutz und Drogenkontrollen vereinbart wurde.
14.7.2009	Der tadschikische Außenhandel ist in den ersten sechs Monaten des Jahres 2009 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast ein Drittel gesunken, meldet Asia-Plus.
14.7.2009	Präsident Rachmon trifft am Rande des Treffens blockfreier Staaten in Scharm el-Scheich mit dem Außenminister von Singapur, George Yeo, zu Gesprächen über den Ausbau der Zusammenarbeit zusammen.
15.7.2009	Der neue Kommandeur der russischen Militärbasis in Tadschikistan, Igor Krasin, tritt den Dienst an.
16.7.2009	In einem vom tadschikischen Dienst von Radio Liberty ausgestrahlten Video tritt der Führer der Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU), Tachir Juldaschew, Gerüchten über seinen Tod entgegen und betont, dass die IMU nicht mit dem Tod von Mirso Ziyo in Zusammenhang stehe.
16.7.2009	Tadschikische Gastarbeiter in Russland haben zwar infolge der Finanzkrise in der 1. Jahreshälfte ca. 30 % weniger Geld als im Vorjahreszeitraum überwiesen, dennoch lag der Umfang der Rücküberweisungen noch immer bei 1,6 Mrd. US-Dollar, so der Vorsitzende der Nationalbank, Scharif Rachimsoda.
16.7.2009	Der Direktor des Großbetriebes Vostokredmet für die Verarbeitung von atomarem Abfall, Schawkat Bobodschon, wird wegen des Verdachts der Spionage für Usbekistan verhaftet.
16.7.2009	Bei einem Feuergefecht zwischen Nationalgarde und bewaffneten Angreifern im Rascht-Tal, nordöstlich von Duschanbe, kommen fünf russische Staatsbürger kaukasischer Nationalität ums Leben, fünf weitere sowie mehrere Nationalgardisten werden verletzt.
17.7.2009	Der Entwurf eines neuen Sprachengesetzes, das tadschikisch zur Arbeitssprache in staatlichen Institutionen und Wirtschaft machen soll, ruft heftige Reaktionen bei Anhängern der russischen Sprache hervor.
18.7.2009	In Autonomem Gebiet Berg-Badachschan werden bei einer Straßenkontrolle drei Angehörige der IMU festgenommen. Bei einer anschließenden Haussuchung werden größere Mengen von Waffen gefunden.
21.7.2009	Präsident Rachmon nimmt am informellen Moskauer GUS-Gipfel teil.
21.7.2009	Nach Angaben des stellvertretenden Energie- und Industrieministers ist die Stromproduktion des Landes in der 1. Jahreshälfte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 10 % gesunken.
21.7.2009	Der Direktor der Agentur für Drogenkontrolle empfängt eine Delegation des Bundeskriminalamtes unter Leitung seines Vizepräsidenten Jürgen Stock.
24.7.2009	Nach Angaben von Finanzminister Safarali Nadschmuddinow betragen die tadschikischen Auslandsschulden im 1. Halbjahr 2009 1,47 Mrd. US-Dollar (=25,4 % des BIP für die 1. Hälfte 2009).
26.7.2009	Bei zwei nächtlichen Explosionen in Duschanbe wird niemand verletzt. Ein Zusammenhang mit der IMU wird vermutet.
28.7.2009	Das Staatskomitee für Investitionen und Staatsbesitz meldet, dass in der 1. Hälfte 2009 Investitionen im Wert von 342 Mio. US-Dollar eingeworben wurden.
28.7.2009	Im Rascht-Tal wird ein weiterer russischer Staatsangehöriger kaukasischer Nationalität unter Verdacht der Mitgliedschaft in einer islamistischen Gruppierung festgenommen.
28.7.2009	In einer von der staatlichen Nachrichtenagentur Chowar verbreiteten Rede warnt Präsident Rachmon vor Nahrungsmittelknappheit und fordert die Bevölkerung zu verstärkter Vorratshaltung auf.
28.7.2009	Nemat Asisow, ein enger Verbündeter des am 11.7. erschossenen Mirso Ziyo und Führer einer illegalen Gruppe, die Kontakte zur IMU haben soll, wird von Regierungstruppen erschossen.
29.7.2009	Während des zweitägigen Staatsbesuches des pakistanischen Präsidenten Asif Ali Zardari werden drei Kooperationsabkommen unterzeichnet.
29.7.2009	Somon-Air, die erste private Fluggesellschaft Tadschikistans, führt ihren ersten Linienflug Duschanbe-Frankfurt durch.
30.7.2009	Bei der Explosion des Autos eines hochrangigen Polizeioffiziers auf dem Gelände des größten Kleiderbasars von Duschanbe gibt es mehrere Verletzte.

31.7.2009	Der trilaterale Gipfel der Staatschefs von Tadschikistan, Afghanistan und Pakistan endet mit einer gemeinsamen Stellungnahme über engere regionale Zusammenarbeit, u. a. in den Bereichen Sicherheit, Drogenbekämpfung und Infrastruktur.
31.7.2009	Der russische Präsident Medwedjew trifft in Duschanbe zu Gesprächen mit den Staatschefs Tadschikistans, Afghanistans und Pakistans zusammen.
31.7.2009	Bei der feierlichen Inbetriebnahme des Sangtuda-1 Wasserkraftwerkes betont Präsident Rachmon in Gegenwart des russischen Präsidenten, dass das Kraftwerk, wie auch ähnliche weitere Projekte, in keiner Form gegen die Interessen anderer Staaten gerichtet seien.
1.8.2009	Auf Beschluss der Regierung werden die Preise für Strom um 25 % angehoben, Benzin und Diesel sowie Lebensmittel werden ebenfalls teurer.
2.8.2009	Präsident Rachmon und sein russischer Amtskollege Medwedjew äußern ihre Zufriedenheit mit den bilateralen Beziehungen und besprechen die zukünftige Zusammenarbeit.
2.8.2009	Bei einem Treffen der Vize-Außenminister der persischsprachigen Staaten (Tadschikistan, Afghanistan, Iran) in Teheran wird beschlossen, einen gemeinsamen Investitionsfonds zur Förderung der Zusammenarbeit in einem breiten Rahmen anzulegen.
4.8.2009	Zwei Brüder des am 28.7. erschossenen Nemat Asisow werden von Sicherheitskräften wegen Organisation einer bewaffneten Bande und illegalem Waffenbesitz festgenommen.
4.8.2009	Die ADB gewährt Tadschikistan einen Kredit in Höhe von 74 Mio. US-Dollar für Investitionen in den Bereichen Energie und Transport.
4.8.2009	Bei einer Zollkontrolle im Gebiet Sogd werden mehr als 20 kg Heroin gefunden und der Eigentümer festgenommen.
5.8.2009	Nach Angaben aus dem Energie- und Industrieministerium wurden in diesem Jahr bereits 28 Klein-Wasserkraftwerke in Betrieb genommen, 26 weitere befinden sich noch im Bau.
6.8.2009	Der kirgisische Außenminister Kadyrbek Sarbajew trifft zu einem Arbeitsbesuch in Duschanbe ein.
7.8.2009	Nach Angaben der Gesundheitsbehörden breitet sich im Westen Tadschikistans das Krim-Kongo-Fieber aus. Es soll bereits 24 Tote geben.
8.8.2009	In den Medien wird verstärkt darüber spekuliert, dass Präsident Rachmon seinen Sohn Rustam zu seinem Nachfolger aufzubauen versuche.
8.8.2009	Eine russische Mitarbeiterin der russischen Militärbasis 201 wird tot aufgefunden. Die Umstände sind unklar, offenbar handelt es sich um ein Gewaltverbrechen.
10.8.2009	Die Kulturminister der GUS-Mitgliedsstaaten treten in Duschanbe zur 24. Sitzung des Rates für kulturelle Zusammenarbeit zusammen.
12.8.2009	RFE/RL meldet, dass zwischen dem größten Unternehmen Tadschikistans, dem Aluminium-Kombinat TALCO, und der staatlichen Stromgesellschaft Barqi Tojik ein Streit um unbezahlte Rechnungen in Höhe von 22 Mio. US-Dollar entbrannt ist.
12.8.2009	Tadschikistan hat durch die Lieferung von 450 Mio. kWh Strom seine Stromschulden an Usbekistan komplett bezahlt.
12.8.2009	Umarmungen und Küsse sind ab sofort im Stadtpark von Kuljab auf Anordnung der Verwaltung verboten.
13.8.2009	Das Oberste Militärgericht verurteilt einen Mitarbeiter des Staatskomitees für nationale Sicherheit zu 19 Jahren Haft wegen Machtmissbrauchs und grausamen Mordes. Der Verurteilte hatte einen Untergebenen wegen Diebstahls von 1 kg Kartoffeln erschlagen.
13.8.2009	Asia-Plus meldet, dass in diesem Jahr wegen des feuchten Frühjahrs und der Umstellung des Anbaus von Baumwolle auf Getreide eine Rekordweizenernte eingefahren wird.
17.8.2009	Im Jahr 2009 wurden in Tadschikistan nach Angaben der Drogenkontrollagentur bislang 3,151 t Drogen beschlagnahmt.
18.8.2009	In Sogd beginnt der Prozess gegen sechs Männer, die der verbotenen IMU angehören sollen.

**Turkmenistan**

24.6.2009	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedows Buch über Achaltekiner Pferde ist in hoher Auflage in ukrainischer Sprache in Kiew erschienen.
24.6.2009	Der Sonderbeauftragte für Energiefragen des State Department, Richard Morningstar, rät Russland dazu, sich weniger über Nabucco, als über die chinesischen Interessen in Turkmenistan Sorgen zu machen, meldet Trend News.
25.6.2009	Das Staatsunternehmen Turkmengaz hat die Ausschreibung für den Bau der Pipeline »Ost–West« um einen weiteren Monat verlängert.
25.6.2009	Außenminister Raschid Meredow trifft zu einem dreitägigen Besuch in Washington ein.
26.6.2009	Präsident Berdymuchammedow reist zu Staatsbesuchen nach Kroatien und Jordanien.
27.6.2009	ITAR-TASS meldet das Erscheinen des zweiten Bandes ausgewählter Werke von Präsident Berdymuchammedow mit dem Titel »Zu neuen Höhen des Fortschritts.«
29.06.2009	Zu Ehren von Präsident Berdymuchammedow wird in Aschhabad an seinem Geburtstag ein Museum eingeweiht.
6.7.2009	AFP berichtet unter Berufung auf den Chefarchitekten von Aschhabad, Bajram Schamuradow, dass für die Hauptstadt ein neues, imposantes Wahrzeichen geplant sei.
8.7.2009	Abgeordnete des Parlaments besuchen zu Fortbildungszwecken die Parlamente von Slowenien und Österreich.
8.7.2009	Chronika Turkmenistana meldet, dass die Kenntnis der »Ruchnama«, des Hauptwerkes des vor zwei Jahren verstorbenen Präsidenten Nijasow, nach wie vor Kerngegenstand von Hochschulzugangsprüfungen ist.
11.7.2009	Mit 1,2 Mio. t statt der geplanten 1,6 Mio. t bleibt die Weizenernte hinter den Erwartungen zurück.
13.7.2009	Der georgische Premierminister, Nikoi Gulauri, reist mit einer Regierungsdelegation nach Aschhabad. Thema ist insbesondere die wirtschaftliche Zusammenarbeit.
21.7.2009	Der rumänische Präsident Traian Basescu trifft zu einem Staatsbesuch in Aschhabad ein.
22.7.2009	Anlässlich des Tages der Angestellten des Gesundheitssektors und der pharmazeutischen Industrie führt Präsident Berdymuchammedow persönlich eine Operation durch.
24.7.2009	Ein Gericht in der bulgarischen Stadt Varna lehnt die Auslieferung des turkmenischen Dissidenten mit russischer Staatsbürgerschaft Kakadschan Atajew an Turkmenistan ab.
27.7.2009	Die turkmenischen Behörden verweigern im Ausland studierenden Jugendlichen nach den Sommerferien die Ausreise aus Turkmenistan an ihren Studienort, weil die Standards an vielen dieser Hochschulen den turkmenischen Qualitätsstandards nicht entsprechen würden.
31.7.2009	RIA Nowosti meldet, dass der Bau einer neuen Gaspipeline von Turkmenistan in den Iran begonnen wurde.
1.8.2009	Präsident Berdymuchammedow unterschreibt eine Erklärung zur Wiedereinrichtung des Zirkus in Aschhabad. Dieser war von seinem Vorgänger Nijasow als dem turkmenischen Volke fremd erklärt und geschlossen worden.
3.8.2009	Die Turkmenische Initiative für Menschenrechte wendet sich mit einem Appell an internationale Organisationen, angesichts des Ausreiseverbots für Studenten an ausländischen Hochschulen der Lage der Menschenrechte im Land mehr Aufmerksamkeit zu widmen.
6.8.2009	Präsident Berdymuchammedow lädt in einem Telefongespräch seinen usbekischen Amtskollegen Islam Karimow zur Eröffnung der Gaspipeline Turkmenistan–China ein.
12.8.2009	Die turkmenischen Behörden verlangen ab sofort von allen jungen Männern, die mit einem russischen Pass oder einem Touristenvisum ausreisen, einen Nachweis des Verteidigungsministeriums über die Ableistung des Wehrdienstes.
14.8.2009	Präsident Berdymuchammedow diskutiert in einem Telefongespräch mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew für beide Staaten bedeutsame Infrastrukturprojekte.
14.8.2009	Die geplante Inbetriebnahme einer weiteren Röhre der Gaspipeline Döwletabad–Seraks–Hangeran im Dezember 2009 soll es Turkmenistan erlauben, angesichts des Lieferkonflikts mit Gazprom statt 8 Mrd. 20 Mrd. m <sup>3</sup> Gas nach Iran zu exportieren, meldet Kommersant.

15.8.2009	General David Petraeus, Chef der US Central Command, führt Gespräche im Außen- und Verteidigungsministerium sowie mit den Grenztruppen.
15.8.2009	Präsident Berdymuchammedow tadelt schriftlich die schlechte Arbeit des stellvertretenden Innenministers, Allamyrat Hadschijew.
16.8.2009	In Aschchabad wird feierlich das United Nations Development Assistance Framework (UNDAF) Programm zur Unterstützung Turkmenistans in den Jahren 2010–2015 unterzeichnet.
19.8.2009	Nach Angaben aus dem iranischen Ölministerium ist man mit Aschchabad übereingekommen, dass Turkmenistan 6 Billionen m <sup>3</sup> Gas an eine Raffinerie in Maschhad liefert.
20.8.2009	Präsident Berdymuchammedow erörtert in einem Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedjew die bilateralen Beziehungen.
20.8.2009	In Aschchabad beginnt die Baumesse Turkmengurlischik, an der sich über 100 Firmen aus 20 Ländern beteiligen.

## Usbekistan

23.6.2009	In einer Presseerklärung des Außenministeriums werden die Gründe für die usbekische Ablehnung einer gemeinsamen schnellen Eingreiftruppe der CSTO genannt: Usbekistan wünscht eine Begrenzung nur auf den Einsatz bei äußeren Bedrohungen und die schriftliche Fixierung des Konsensprinzips für den Einsatz.
23.6.2009	Präsident Islam Karimow empfängt den französischen Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan, Pierre LeLouche, zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit zur Stabilisierung der Region.
23.6.2009	Uzreport meldet, dass der Global Development Finance Report der Weltbank 2009 für Usbekistan ein BIP-Wachstum von 4,5 % prognostiziert.
23.6.2009	Usbekistan wird Mitglied der Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (IRENA), die im Januar 2009 in Bonn offiziell gegründet worden war.
24.6.2009	Fergana.ru meldet, dass ein Gericht im Gebiet Andischan eine Gruppe von Anhängern von Hizb ut-Tahrir zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt hat.
26.6.2009	Präsident Karimow setzt ein Abkommen mit Bulgarien über Zusammenarbeit im Bereich der Informationstechnologien und Telekommunikation in Kraft.
28.6.2009	Der Vorsitzende des Comitee for Asia, Pacific and Global Environment des US-Kongresses, Eni Faleomavaega, hält sich zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit beider Staaten in Taschkent auf.
28.6.2009	Präsident Karimow empfängt den chinesischen stellvertretenden Premierminister, Li Keqiang, zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen.
30.6.2009	Nach der Verkündung von Freiheitsstrafen von 8,5 bis 25 Jahren wegen eines Mordes nach einer Kneipenschlägerei versuchen die sieben Verurteilten in einem Gericht in Dschisak Selbstmord zu begehen.
30.6.2009	Im jährlichen Bericht von Freedom House wird der Stand von Demokratie und Zivilgesellschaft in Usbekistan mit der niedrigsten Note bewertet und als beängstigend bezeichnet.
1.7.2009	Die Strompreise werden um 4,2 % angehoben.
3.7.2009	Das US-amerikanische National Democratic Institute (NDI) teilt mit, dass es eine Reihe von Seminaren zur Schulung von Vertretern von Parteien über Wahlkampfstrategien u.ä. durchgeführt hat.
3.7.2009	Mit Monatsbeginn ist eine starke Preissteigerung zu beobachten, Brot kostet 15 %, Zucker 20 % mehr.
3.7.2009	Grenzsoldaten erschießen am Übergang Dostluk im Gebiet Syrdarja einen jungen Mann, nachdem bei Verhandlungen über die Höhe der für die Freilassung seines Bruders zu zahlenden (Schmiergeld)Summe keine Einigung erzielt werden konnte.
4.7.2009	Ein Gericht im Gebiet Taschkent verurteilt eine 43-jährige wegen Menschenhandels in zwei Fällen zu neun Jahren Gefängnis.
4.7.2009	Präsident Karimow empfängt den spanischen Außenminister Miguel Angel Moratinos. Die Beziehungen zwischen den Ländern werden von beiden Seiten als sehr gut bewertet.

8.7.2009	Nach Angaben der chinesischen Zollbehörden ist der Handel zwischen China und Usbekistan in den ersten vier Monaten des Jahres 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 84,4 % gestiegen.
8.7.2009	Präsident Karimow unterzeichnet ein Gesetz, mit dem Löhne, Pensionen, Stipendien und Sozialleistungen zum 1.8.2009 um durchschnittlich 25 % angehoben werden.
8.7.2009	Die Vorsitzenden der kirgisischen und usbekischen Grenztruppen treffen in Andischan zu Gesprächen über Probleme der aktuellen Zusammenarbeit zusammen.
10.7.2009	Sunatulla Bekenow wird zum neuen Wirtschaftsminister ernannt. Sein Vorgänger Batir Chodschajew wird stellvertretender Premierminister mit den Zuständigkeitsbereichen Kommunalwesen, Transport und Bauindustrie.
12.7.2009	Ein Sprecher der usbekischen Regierung lehnt die Einrichtung von neuen ausländischen Militärstützpunkten in Nachbarländern kategorisch ab.
13.7.2009	Präsident Karimow empfängt William Burns, US Under Secretary of Political Affairs, zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis und die Zusammenarbeit bei der Stabilisierung Afghanistans.
15.7.2009	Im Gebiet Namangan wird ein Angehöriger einer nichtregistrierten baptistischen Gemeinde wegen Missionierungsversuchen verurteilt.
15.7.2009	Der Direktor der nationalen usbekischen Fluglinie Uzbekiston Hava Yollari teilt mit, dass sein Unternehmen von der International Air Transport Association (IATA) als internationalen Standards von Sicherheit und Qualität entsprechend zertifiziert wurde.
16.7.2009	Usbekenergo nimmt eine neue Hochspannungsleitung in Betrieb, die das Kraftwerk Nowo-Agrensk mit dem Fergana-Tal verbindet und Importe aus Kirgistan ersetzen soll.
17.7.2009	Premierminister Schawkat Mirsijojew gibt bekannt, dass das BIP Usbekistans in der 1. Jahreshälfte um 8,2 % gestiegen sei.
17.7.2009	Das Ministerkabinett berät über die sozioökonomische Entwicklung im 1. Halbjahr 2009 und Maßnahmen gegen die Folgen der globalen Finanzkrise.
20.7.2009	Janez Lenarcic, der Direktor von ODHIR, trifft zu Gesprächen mit Außenminister Wladimir Norow u. a. in Taschkent ein.
21.7.2009	Im Prozess gegen den Journalisten und Menschenrechtler Dilmurod Sajid fordert der Staatsanwalt eine Freiheitsstrafe von 14,5 Jahren.
21.7.2009	Rustam Almatow, der Sohn des ehemaligen Innenministers Zokir Almatow, wird in Taschkent unter dem Verdacht der Menschenquälerei verhaftet. Er soll gegenüber einem Tagelöhner, den er des Diebstahls verdächtigte, brutale Selbstjustiz ausgeübt haben.
22.7.2009	Das US State Department warnt amerikanische Touristen in der neuesten Fassung der Reisewarnungen vor dem Besuch Usbekistans.
22.7.2009	Der unabhängige Journalist Kuschodbek Usmonow wird nach sechsmonatiger Haft in Andischan entlassen. In einem Interview berichtet er von schwerer Folter.
22.7.2009	Im Gebiet Batken kommt es an der Grenze zu Kirgistan zu einem Zwischenfall, nachdem zwei betrunkene usbekische Staatsbürger kirgisische Grenzer angegriffen hatten. Ca. 300 Personen schlossen sich ihnen an, mehrere Grenzer wurden durch Steinwürfe verletzt.
22.7.2009	In Taschkent beginnt eine mehrtägige Sitzung der usbekisch-tadschikischen Grenzkommission. Beraten werden sollen vier strittige Grenzabschnitte.
24.7.2009	Human Rights Watch fordert die sofortige Untersuchung der Vorwürfe über Misshandlung des in Haft befindlichen Dissidenten Jusuf Dschumajew und seine sofortige Freilassung.
26.7.2009	Vertreter deutscher Sicherheitsorgane diskutieren bei einem Treffen mit Innenminister Bahodir Matlubow in Taschkent Probleme des Terrorismus und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit.
30.7.2009	Dilmurod Sajid wird zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt.
30.7.2009	Der neue Gesundheitsminister, Adham Ikramow, ordnet an, dass das medizinische Personal Taschen von seinen Kitteln abtrennen bzw. zunähen solle, um so die Korruption zu senken.
31.7.2009	Irland hat sich bereit erklärt, zwei Guantanamo-Häftlinge usbekischer Staatsbürgerschaft aufzunehmen.

1.8.2009	Der Imam der Taschkenter Kukeldasch-Moschee, Anwar-kori Tursunow, der auch Mitglied im Komitee für religiöse Angelegenheiten der Regierung ist, wird bei einem Angriff durch mehrere Messerstiche schwer verletzt.
2.8.2009	Reporter ohne Grenzen fordert von der usbekischen Regierung die unverzügliche Freilassung des Journalisten Dilmurod Sajid.
3.8.2009	Das Außenministerium spricht sich in einer Stellungnahme nachdrücklich gegen die Schaffung einer russischen Militärbasis im Süden Kirgistans aus, weil dies destabilisierend auf die Region wirken könne.
3.8.2009	In Karschi, Gebiet Kaschkadarja, beginnt der Prozess gegen elf der Mitgliedschaft in der Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) Verdächtige.
3.8.2009	Bei einem Treffen in Moskau informiert der stellvertretende Außenminister Usbekistans, B.A. Islamow, seinen russischen Amtskollegen A.N. Borodawkin über die usbekischen Pläne für den usbekischen Vorsitz der SCO.
7.8.2009	In der 1. Jahreshälfte betrug der Handelsumsatz Usbekistans 7.3 Billionen Sum (ca. 5 Mrd. US-Dollar), 17,7 % mehr als im Vorjahreszeitraum.
7.8.2009	Radio Azattyk meldet, dass über 100 ethnisch kirgisische Bewohner eines Dorfes im Gebiet Andischan in einer Petition an die kirgisische Führung um die kirgisische Staatsbürgerschaft und die Zuteilung von Baugrundstücken ersucht haben.
9.8.2009	Chasan Asadow, Chef der Abteilung für Bekämpfung von Terrorismus und Korruption im Innenministerium, wird in seiner Wohnung ermordet aufgefunden.
10.8.2009	In Taschkent beginnen Verhandlungen zwischen dem kirgisischen Industrie- und Energieministerium und Vertretern von Uztransgaz über die Höhe und den Preis zukünftiger usbekischer Gaslieferungen.
10.8.2009	Während spezieller Anti-Terror-Operationen im Vorfeld des Unabhängigkeitstages sollen die Sicherheitskräfte bislang 415 Verbrechen aufgedeckt und 145 gesuchte Personen festgenommen haben.
10.8.2009	Der unabhängige tadschikische Journalist Schuchrat Schodijew wird an der Grenze zwischen Kasachstan und Usbekistan von usbekischen Sicherheitskräften wegen unerlaubten Waffenbesitzes und Schmuggels von verbotener Literatur verhaftet.
10.8.2009	Präsident Karimow empfängt den Sondergesandten des Präsidenten von Süd-Korea, An Sang Su, zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit.
10.8.2009	In Washington beginnen usbekische Aktivisten der oppositionellen usbekischen Bewegung Birdamlik vor dem Gebäude von Radio Liberty einen Hungerstreik, um gegen die nach ihrer Ansicht einseitig auf eine andere Oppositionsgruppe fixierte Berichterstattung des usbekischen Dienstes des Senders zu protestieren.
10.8.2009	Sattor Irsajew, Mitglied der Menschenrechtsgesellschaft von Usbekistan, wird freigelassen, seine beiden Kollegen, die mit ihm zusammen verhaftet worden waren, werden nicht amnestiert.
11.8.2009	Nach Angaben des Staatskomitees für Statistik war Russland in der 1. Hälfte 2009 der Haupthandelspartner Usbekistans (Anteil 19,6 %), gefolgt von der Schweiz (12,3 %), China (11,1 %) u. a.
12.8.2009	Während das Gesundheitsministerium Milzbrandfälle im Gebiet Taschkent dementiert, berichten Ärzte von mehreren Todesfällen durch die Infektionskrankheit.
12.8.2009	Das Direktorat der Muslime Usbekistans verbietet religiöse Eheschließungen ohne gleichzeitige bürgerliche Registrierung.
13.8.2009	Nach Unterzeichnung eines Vorvertrages mit der usbekischen Seite wird Czech Airlines ab 19.8.2009 zwei Mal wöchentlich Flüge zwischen Prag und Taschkent anbieten.
13.8.2009	Der Bürgermeister von Kitob, Gebiet Kaschkadarja, wird tot aufgefunden. Es ist noch unklar, ob es sich um Mord oder Selbstmord handelt.
14.8.2009	Fergana.ru meldet, dass auf der Baustelle des Forumspalastes in Taschkent deutsche »Gastarbeiter« zu selbst für deutsche Verhältnisse exorbitanten Löhnen arbeiten würden.
14.8.2009	In Washington brechen Aktivisten der Bewegung Birdamlik nach Gesprächen mit der Führung von Radio Liberty ihren Hungerstreik ab.
14.8.2009	Bei einer Auseinandersetzung zwischen der Polizei und einer bewaffneten Gruppe im Bezirk Bachmal, Gebiet Dschisak, soll es mehrere Tote auf beiden Seiten gegeben haben.

17.8.2009	Die chinesische Erdölgesellschaft (CNPC) teilt mit, dass das letzte Teilstück der Pipeline von Turkmenistan nach China an der Grenze zwischen Usbekistan und Turkmenistan geschlossen wurde.
18.8.2009	Während eines Gesprächs mit David Petraeus, dem Chef des US Central Command, über zentrale Sicherheitsprobleme Zentralasiens signalisiert Präsident Karimow Interesse an einer erneuten Intensivierung der bilateralen Beziehungen.
18.8.2009	Nach den Zahlen des zwischenstaatlichen statistischen Komitees der GUS gehört Usbekistan mit einer Wachstumsrate von 8,2 % zu den wenigen GUS-Ländern, die in der 1. Hälfte 2009 ein Wirtschaftswachstum verzeichnen konnten.
18.8.2009	Harakat.net meldet, dass die MAN Nutzfahrzeuge AG mit einem usbekischen Autobauer in Samarkand das Gemeinschaftsunternehmen MAN Auto-Usbekistan gegründet hat.
19.8.2009	Usbekistan erlaubt die Durchleitung von turkmenischem Strom über sein Territorium nach Tadschikistan im nächsten Winter.
20.8.2009	Der Personenverkehr auf dem neuen, 223 km langen, Eisenbahnabschnitt Toschgusor–Bojsun–Kumkorgon wird aufgenommen. Die Fahrzeit aus den südlichen Gebieten Usbekistans nach Taschkent verkürzt sich so um sieben Stunden.
20.8.2009	Mehrere Quellen melden, dass fast 180 Familien aus dem unmittelbaren Grenzgebiet zu Kirgistan im Gebiet Andischan zwangsumgesiedelt werden.

Die Zentralasien-Analysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa herausgegeben. Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment  
Redaktionsassistentz: Henryk Alff

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

ISSN 1866-2110 © 2009 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen  
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14  
e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

## Lesehinweis

### Kostenlose E-Mail-Dienste unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

#### Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

#### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

#### Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

#### *kultura.* Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [Zentralasien-Analysen@dgo-online.org](mailto:Zentralasien-Analysen@dgo-online.org)

#### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)